

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Ukraine zwischen EU und Russländischer Föderation
Zum Spannungsfeld zwischen Integrationsforderung und innerer
Entwicklung

verfasst von

Nataliya Sarapkina

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreut von: Univ.-Prof. Dr. Kerstin S. Jobst, M.A.

Meinen Eltern.

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	7
1. Einleitung	8
1.1. Vorwort	8
1.2. Forschungsfragen	10
1.3. Arbeitshypothesen	11
1.4. Theoretische Verortung und Methodik	12
1.5. Zentrale theoretische Werke	13
1.6. Relevanz für das Projekt «Internationale Entwicklung»	14
1.7. Forschungsstand und Ziele	15
2. Theorie	18
2.1. Die Transformationstheorie	18
2.2. Die grundlegenden Annahmen	19
2.3. Die Grauzonen des Transformationsparadigmas	21
2.4. Definitionen: Demokratie – hybride Regime – Autokratie	23
2.5. Die Subtypen von Demokratie	29
2.6. Akteurstheorien.....	30
2.7. Transformationsphasen.....	32
3. Die Ukraine	36
3.1. Historische und politische Entwicklungen	36
3.2. Geopolitische Rolle der Ukraine in der Weltordnung	44
3.3. Wirtschaftliche Lage	45
3.4. Regionale Vielfalt.....	49
4. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)	51
4.1. Die Beziehungen der EU zur Ukraine	51
4.2. Ziele und Felder der Zusammenarbeit	58
4.3. Unterstützungs- und Kooperations-Programme	58
4.4. Bewertung und Spannungsverhältnisse der ENP	62
5. Freihandelszone - Zollunion - Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft	69
5.1. Beziehungen Russlands zur Ukraine	69
5.2. Freihandelszone, Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und Zollunion	73
5.3. Ziele und Felder der Zusammenarbeit	77

5.4 Interessen und Spannungsverhältnisse	83
6. Innerstaatliche Probleme und Herausforderungen	89
6.1 Nationsbildung	89
6.2 Rechtsstaat und Transparenz	92
6.3 Eliten und Demokratiekonsolidierung	96
6.4 Zivilgesellschaftliche Entwicklung	105
6.5 EuroMaidan	107
7. Zusammenfassung	112
7.1 Die Dreiecksbeziehungen EU – Ukraine – Russländische Föderation	112
7.2 Perspektiven – ein Ausblick	118
Literaturverzeichnis	124
Abstract – Deutsch	134
Abstract – English	135
Lebenslauf	136

Abkürzungsverzeichnis

AA	Assoziierungsabkommen
CEECs/NIS	Central and Eastern European Countries and New Independent States of the Former Soviet Union
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreement
EAWG	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
FTA	Free Trade Association
EIDHR	European Instrument for Democracy and Human Rights
ENP	European Neighbourhood Policy
ENPI	Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
EURASEC	Eurasian Economic Community
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
IWF	Internationaler Währungsfond
MEDA	Finanzinstrument der Europäischen Union zur Umsetzung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer
NGO	Nichtregierungsorganisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
TACIS	Technical Aid to the Commonwealth of Independent States
UEPLAC	Ukrainian-European Policy Advice Center

1. Einleitung

1.1 Vorwort

Die Ukraine feierte im Jahr 2013 ihren 22. Jahrestag der Unabhängigkeit in einem Zustand der Stagnation, in dem sie sich wegen der ungelösten systemischen Widersprüche zwischen der kapitalistischen Wirtschaft und dem geerbten sowjetisch-bürokratischen Regierungssystem schon seit fast zwanzig Jahren befindet. Der Aufbruch zur einer möglichen demokratischen Entwicklung des Landes, der im Jahr 2004 mit der Orangen Revolution seinen Anfang nahm und die damit verbundenen Hoffnungen auf eine beginnende Konsolidierung einer liberalen Demokratie wurden bislang enttäuscht - das „Orange“ Projekt ist gescheitert. Im *Freedom House Index* von 2010 war die Ukraine als „free“; 2013 nur mehr als „partly free“ kategorisiert.¹ Diese Einstufung dient als Indikator und zeigt deutlich, dass die Ukraine immer mehr zu einer „Schein-Demokratie“ tendierte, wie sie in Russland vorgeführt wird.

Die „Zwei-Vektoren“-Außenpolitik der Ukraine erschwerte die Konsolidierung der Demokratie weiter. „Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine befinden sich in einer Sackgasse. Ein Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan wird ernsthaft erwogen.“² Einerseits bietet die EU vielfältige Programme zur Annäherung im Rahmen der ENP und des Assoziierungsabkommens, aber ohne jede Verbindlichkeit auf die volle EU-Mitgliedschaft. Andererseits drängt Russland zu einer Integration ganz anderer Art und anderer Verhältnisse und damit zu einer Einbindung der Ukraine in das Machtfeld Russlands.

In diesem Spannungsfeld und ohne Motivation zum EU-Beitritt ist die Ukraine einer Zerreißprobe ausgesetzt und muss Kräfte und Strukturen mobilisieren,³ um nicht nur die heutige, flüchtige Unabhängigkeit zu sichern, sondern auch die Konsolidierung von Demokratie voranzutreiben. Deshalb muss die Ukraine, um auf den Weg einer positiven, nachhaltigen Entwicklung zu kommen, die Demokratisierung aller Sphären der Gesellschaft umsetzen.

Das Assoziierungsabkommen (AA) als Meilenstein der europäischen Integration der Ukraine lag seit Anfang des Jahres 2013 bis Winter 2013 auf Eis. Die Verhandlungen wurden bereits

¹ Vgl. Freedom House Index (2010, 2013) URL: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/ukraine#.UtJsibSQOSo>

² Koch – Laugwitz (2013): 1

³ Simon (2010): 65f

abgeschlossen, aber die EU weigerte sich bis Ende November 2013, das AA zu unterzeichnen. Unterschiedliche Gründe wurden angegeben, wie vorerst die politische Repressionen und Verurteilungen zu 7 Jahren Gefängnisstrafe sowohl von Julia Timoschenko⁴, als auch von anderen Oppositionspolitikern.⁵ Die antidemokratische Entwicklung des Landes, die seit 2010 unter Präsident Viktor Janukovitsch beobachtet und von Seiten der EU kritisch betrachtet wird, ist offensichtlich. Darüber hinaus wird klar, dass das Nicht-Unterzeichnen die folgenden Generationen und die Teile der ukrainischen Bevölkerung besonders hart treffen und bestrafen wird, welche sich für eine Neuordnung und demokratische Werte einsetzen. Auch das Drängen der EU auf strenge politische Bedingungen und Konditionalität ist ohne Beitrittsperspektive für die Ukraine sehr bedenklich, da es durchaus nachvollziehbar ist, dass es ohne Motivation wie die vollwertige EU-Mitgliedschaft für die ukrainische Regierung nicht besonders attraktiv war, die kostenträchtigen und langwierigen Reformen einzuleiten, welche die EU für die AA-Unterzeichnung erwartet. In dieser Konstellation versucht Russland offensichtlich, die Ukraine wieder in ihren Machteinfluss zu bekommen und an sich zu binden.⁶ Die finanzielle Notsituation der Ukraine wird Russland ausnutzen und finanzielle Hilfe im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Russland-geführten Zollunion⁷ versprechen. Bis dato hat die Ukraine dieses Angebot abgelehnt, aber der Druck von russischer Seite nimmt nicht ab. Eine Unterzeichnung mit der eurasischen Union würde ein harter Bruch der EU-Ukraine Beziehung bedeuten, darum spielt die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens eine enorm wichtige Rolle und wird ein klares Signal sowohl an Kiew als auch an Moskau sein.

Die vorherrschenden Annahmen, dass die Ukraine die Bedeutung von demokratischen Grundwerten in der europäischen Politik unterschätzt hat, wurden bei den Treffen der Forschungsgruppe des Instituts für Europäische Politik aufgegriffen, darüber hinaus wurde innerhalb der EU-Mitgliedern übereinstimmend das Ziel gefasst, die Ukraine zu Reformen zu bewegen.⁸

Demokratisierung soll mehr als nur die Umsetzung von freien und fairen Wahlen bedeuten. Das

⁴ Leiterin der "Block Julia Timoschenko" (BJUT) (2001-2012) und der Ukrainischen Union "Vaterland", Ex-Premierministerin der Orangen Koalition. Ab 2010 wurde gegen Julia Timoschenko eine Reihe von Anklagen erhoben. Im August 2011 wurde Timoschenko verhaftet und am 11. Oktober 2011 zu sieben Jahren Gefängnis unter der Anklage der Missbrauch von Macht und Amtsgewalt bei dem Abschluss der Gasverträge mit Russland im Januar 2009 verurteilt. Ausführlicher wird das Thema im 2. Kapitel dieser Arbeit behandelt.

⁵ Vgl. Omtzigt, Peter (2013): Committee on Legal Affairs and Human Rights. Keeping political and criminal responsibility separate. Parliamentary Assembly, Strasbourg.

⁶ Vgl. Schneider-Deters (2010): 56f.

⁷ Vgl. Integrated Foreign Economic Information Portal by Ministry of economic development of the Russian Federation, <http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap>

⁸ Vgl. Institut für Europäische Politik (2012): Assoziierungsabkommen als Alternative zur EU-Mitgliedschaft? S.3f

ukrainische Volk erwartet von einer EU-Annäherung und der Entscheidung für Demokratisierung nicht nur die Durchführung von „freien und fairen“ Wahlen, sondern Wohlstand, korruptionsfreie Entwicklung der Wirtschaft und einen funktionierenden Sozialstaat. Um all diese Erwartungen zu erfüllen, ist die Implementierung einiger Institutionen und demokratischer Prozesse noch vonnöten. Das gesamte System des Staates wurde nicht vollständig von der Korruption und der Verflechtung mit der Oligarchie befreit. Die Kluft zwischen Elite und Bevölkerung vertieft sich zunehmend aufgrund des erodierten Sozialstaates, der korrupten kapitalistischen Strukturen sowie der bestehenden informellen Netzwerke.

1.2 Forschungsfragen

Zentrale Forschungsfrage: Wie beeinflussen die Integrationsforderungen und Erwartungen von Seiten Russlands und der EU die Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine?

Die Arbeit bemüht sich, folgende Fragen zu beleuchten: Welche Perspektiven bietet die EU-Partnerschaft mit einer erweiterten Demokratisierung des politischen Gerüsts und einer möglichen Modernisierung der Industrie und des Wirtschaftssystems der Ukraine auf der einen Seite gegen eine, von Russland geführte Zollunion mit massiven Folgen für Sicherheit und Wirtschaft und daraus resultierend eine allgemeinpolitische Anbindung? In welchem Ausmaß unterscheiden sich die Ziele westeuropäischer und russischer Politikausrichtung der Ukraine und mit welchen Interessen und Strategien werden sie verknüpft? Mit welcher der Partnerschaften wird der Ausbau von wirtschaftlichem Wohlstand und demokratischer Selbstbestimmung möglich sein? Warum muss sich die Ukraine in ihrer Entwicklungsstrategie zwischen den Partnerschaften mit der EU oder Russland entscheiden? Ist es tatsächlich vorteilhafter für das Land, letztendlich zu einer oder zur anderen Seite zu gehören, oder gibt es alternative Entwicklungsmöglichkeiten zur Stabilisierung auf dem Weg zu einer effektiven Gesellschaft? ⁹

Diese Fragen leiten mein Forschungsinteresse an der vorliegenden Arbeit sowie weitere Fragestellungen, die aus dem Kontext konkretisiert werden und bilden die Ausgangsbasis für die folgenden Überlegungen. Mit dieser Arbeit bemüht sich die Autorin Zusammenhänge und Antworten zu finden, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit und endgültige Bewertung zu

⁹ Vgl. Hawrylyshyn (1980)

erheben.

1.3 Arbeitshypothesen

1. Der Ausbau von demokratischen Institutionen wurde durch die Verfolgung der kurzfristigen Interessen der aktuellen Machthaber sowie Oligarchen verhindert, die sehr eng und zum Teil auch als politische Akteure die Politik des Landes zu eigenen Gunsten gestaltet haben. Die Parteien (als Oligarchen-Clubs) bilden einen falschen „pluralism“ durch die Verfolgung einer Zwei-Vektoren-Politik, je nach Situation und sind vor allem an dem Erhalt der „Grauzone“ und des aktuellen Status quo interessiert.

2. Die wirtschaftliche Verflechtung mit und die Abhängigkeit von Energieressourcen der Russländischen Föderation erlaubt es der ukrainischen Regierung nicht, einen völlig unabhängigen und rationalen Entscheidungsfindungsprozess zu leisten. Genau diese Punkte werden in den aktuellen außergewöhnlichen, bilateralen Beziehungen häufig als Druckmittel verwendet.

3. Durch die kurzfristigen Interessen der Machthaber und der verbundenen „Oligarchen-Familien“ hat sich nicht nur die wirtschaftliche Lage des Landes sehr verschlechtert, sondern auch zu erneuten Bevölkerungsaufständen geführt.

Demokratie benötigt mehr als nur freie und faire Wahlen, um ihre demokratischen Ambitionen umzusetzen. Dazu sind bestimmte politische und soziale Institutionen, die einen gesellschaftlichen Ausgleich schaffen, absolut unabdingbar, um die Entscheidungen der Machthaber zu kontrollieren, die Macht der Elite einzuschränken und die Entstehung von Oligarchienmächten zu vermeiden.

Die ukrainische Bevölkerung brachte mit ihrem Protest auf dem „EuroMaidan“ im Winter 2013 ihre Empörung über das alte korrupte System der Eliten zum Ausdruck.

Die engere Auseinandersetzung mit den vorliegenden Fragestellungen und die Überprüfung der aufgestellten Hypothesen sollen die Anregung zu einer konkreten wissenschaftlichen Auseinandersetzung gestalten, welche unabdingbar ist, um die Ausgangsüberlegungen dieser Arbeit zu erfassen.

1.4. Theoretische Verortung und Methodik

Im Rahmen der hier aufgestellten Forschungsfragen soll beleuchtet werden, ob die Betrachtungsweise der Transformationsforschung, mit welcher die post-sozialistischen Veränderungen in der Ukraine hauptsächlich analysiert werden, in der Praxis anwendbar ist. In der Transformationsforschung wird angenommen, dass jeder Staat, welcher den Systemwandel durchläuft, nach einer linearen Bewegung entwickelt, welche im Endeffekt zur Konsolidierung der liberalen Demokratie führen soll. Die Re-Autokratisierungstendenzen der letzten drei Jahre sowie die früheren „Rückfälle“ bleiben demnach im Dunkeln. Abschließend werden in dieser Arbeit die Ansätze der Akteurstheorie für ein besseres Verständnis der Lage eingeführt und sind dafür absolut erforderlich, um die Verhaltensweisen einiger Akteure zu beleuchten. Die Tatsache, dass gewisse Staaten des post-sowjetischen Raumes sich in einer "Grauzone" zwischen Autokratie und liberaler Demokratie befinden, hat die Transformationsforschung vor eine große Herausforderung gestellt.¹⁰

Die Auseinandersetzung mit dem Systemwechsel und der post-sozialistischen Entwicklung der Ukraine wird die Autorin mit der Vorführung des theoretischen Ansatzes der Transformationsforschung beginnen, um dann die tatsächlichen Begebenheiten und Ereignisse zu beobachten.

In dieser Arbeit wird die Dokumentenanalyse als wesentliches Forschungselement zum Erfassen der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse herangezogen. Mit Hilfe der Dokumentenanalyse wird versucht, aus verschiedenen Dokumenten für die Forschung relevante Informationen zu erhalten. Jedes Schriftstück kann ein Dokument sein; es können auch Tabellen, Graphiken, Bilder, elektronische Dokumente, audiovisuelle Aufzeichnungen jeglicher Art als Dokumente hilfreich sein.

Die methodische und theoretische Grundlage dieser Arbeit bildet eine politische Betrachtung, in der die Machtelite und die Rolle von Mitteln und Methoden der Interaktion und deren Einfluss auf die Herstellung der Demokratie in der ehemaligen Sowjetunion untersucht wurden. Eine Besonderheit dieser Betrachtung war die Verwendung der vergleichenden kritischen Auseinandersetzung, bei der die Auswirkungen der Handlungen und Entscheidungen der politischen Elite in den Aufbau und die Entwicklung der demokratischen Institutionen in der Ukraine in Betracht gezogen werden.

Um die Fragen dieser Arbeit beantworten zu können, wird als Methode unter anderem eine

¹⁰ Vgl. Hale (2005): 133f

umfassende und gleichberechtigte Analyse von westlichen Quellen, einer großen Anzahl von einschlägigen Werken der russischen Spezialisten, sowie die Werke von Forschern und der Medien in der Ukraine selbst vorgenommen.

1.5 Zentrale theoretische Werke

Die moderne Gesellschaft durchlebt mittlerweile die dritte Welle der Demokratisierung. Der Forschung der dritten Welle der Demokratisierung sind Arbeiten von S. Huntington, G. O'Donnel, P. Schmitter uvm. gewidmet.¹¹

Der Demokratisierungsbegriff, der für den gesamten post-sozialistischen Transformationsprozess und auch auf die Ukraine anzuwenden ist, lässt sich in der wissenschaftlichen Forschung hauptsächlich auf Samuel P. Huntington zurückführen, der ihn bereits 1991 als Teil der Arbeit „*Third wave of democratization*“ — verwendete. Zu Huntingtons Forschungserkenntnissen muss allerdings bedacht werden, dass zum Zeitpunkt der Publikation (1991) der Systemumbruch in der Ukraine noch nicht ausdrücklich sichtbar war und daher das Land vom Autor selbst nicht explizit in seiner Aufzählung jener Staaten aufgeführt wird, welche er der dritten Demokratisierungswelle zuordnet. Unter dem Augenmerk von Huntingtons Analyseinterpretation erscheint die Erweiterung seiner These auf die Ukraine jedoch als legitim.¹²

In der modernen Politikwissenschaft sind zwei verschiedene Ansätze vertreten, um das Problem der Bedingungen und Faktoren für den Übergang zur Demokratie zu behandeln. Einige Autoren haben die strukturellen Faktoren hervorgehoben, vor allem den Zustand der staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werte als Voraussetzungen zur Demokratie. Zu den Vertretern dieses Ansatzes gehören C. Flint und W. Merkel.

Das kritische und innovative Konzept der "Defekten Demokratie" versucht, politische Regimetypen, die sich zwischen Autoritarismus und Demokratie befinden, zu analysieren. Seit den 1990er Jahren untersucht der Professor für Politikwissenschaft, Wolfgang Merkel, Transformationsländer auf ihrem Weg zur Demokratie. Dabei hat er sein Konzept in zahlreichen Werken theoretisch fundiert und an verschiedensten Fallbeispielen überprüft.

Andere Autoren nehmen prozedurale Faktoren für den Übergang zur Demokratie in den Fokus,

¹¹O'Donnell, G./Schmitter, P./Whitehead, L. (1986); Huntington (1991)

¹² Huntington (1991): 15f

vor allem die Auswahl und Reihenfolge der spezifischen Entscheidungen und Handlungen der politischen Akteure, auf dem der Prozess der Demokratisierung aufbaut. Unter den berühmten Vertretern der Transformationsforschung befinden sich G. O'Donnell und P. Schmitter. Ihr akteurstheoretischer Ansatz in der Transformationsforschung hat in der Politikwissenschaft starkes Interesse geweckt, diente als Ausgangspunkt zahlreicher Untersuchungen und spielt auch heutzutage eine besondere Rolle für die Analyse von Systemwechselprozessen.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas Carothers hat in seiner Arbeit (2002) «The End of Transition Paradigm» und in weiteren Artikeln mit beängstigender Genauigkeit vorhergesagt, welches System von Methoden, Techniken und Formen der politischen Beziehungen sich in einer Gesellschaft der heutigen Transformationsländern entwickelt.

1.6 Relevanz für das Projekt „Internationale Entwicklung“

Die Entstehung eines neuen Staates bedeutet große Veränderungen in der Weltordnung und zählt deshalb zu einem historischen Großereignis. Somit hat die Ukraine als neuer unabhängiger Staat die geopolitische Weltkarte verändert. Im 20. Jahrhundert ereigneten sich drei geopolitisch wichtige Ereignisse: der Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Imperiums 1918, die Teilung Europas in zwei Blöcke 1945 und die Unabhängigkeit der Ukraine 1991, so die Meinung von Zbigniew Brzezinski.¹³

Das Ende der kommunistischen und kapitalistischen Systemkonfrontation ließ das liberale Demokratiemodell beinahe weltweit ohne Alternative. Aus diesem Grund spielen in der Entwicklungsforschung Demokratie-, Transformations- und Elitetheorien wichtige Rollen. Diese Theorien finden Anwendung in der Erforschung der politischen Entwicklung der Ukraine. Da die Ukraine Mitglied der European Neighbourhood Policy (ENP) ist, ist deren Entwicklung nicht nur für die Forschung von Interesse, sondern auch für die österreichische und gesamteuropäische Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Ukraine ist heute Teil der europäischen Ostzusammenarbeit und Empfängerin von Official Development Assistance (ODA) of Development Co-operation Directorate (DAC) als Lower Middle Income Country.¹⁴

¹³ Brzezinski (1992): Україна має стати європейською державою: Сучасність, №. 9., S.10

¹⁴OECD (2013): DAC List of ODA Recipients. URL: <http://www.oecd.org/dac/stats/DAC%20List%20used%20for%202012%20and%202013%20flows.pdf>

Oligarchische Strukturen und ähnliche Erscheinungen erschweren die Konsolidierung einer liberalen Demokratie nicht nur in post-sozialistischen Ländern, sondern auch in Ländern z. Bsp. Lateinamerikas und Afrikas. Die Frage, ob diese "Hybriden Formen" nur eine Entwicklungsstufe auf dem Weg zu einem liberalen demokratischen System sind oder ob sie als alternative Entwicklungsformen angesehen werden müssen, führt in der Entwicklungsforschung zu weiteren breiten Diskussionen.

Die Frage nach den Entwicklungsstufen oder alternativen Formen eines demokratischen Systems in verschiedenen Ländern wird die Entwicklungsforschung weiterhin beschäftigen. Auch die Entwicklungspolitik gegenüber diesen Ländern und die Entwicklungszusammenarbeit mit Demokratieförderungsprojekten werden früher oder später von dieser Frage beeinflusst.

1.7 Forschungsstand und Ziele

Mittlerweile gibt es sehr viele Untersuchungen, wissenschaftliche Analysen wie auch Doktorarbeiten von europäischen und ukrainischen WissenschaftlerInnen, welche die Themen EU-Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und EU–Ukrainische Annäherungsstrategien behandeln. Wie zum Beispiel die Ausgaben der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit Ukraine-Analysen, welche eine komplexe Analyse des Inhalts, der Regelmäßigkeit, der Tendenzen und der Besonderheiten von nationalen Interessen und geopolitischen Prioritäten der Ukraine in Bezug auf die Weltkräfte enthalten.

Transformation der politischen Regime ist einer der Hauptbereiche der vergleichenden Politikwissenschaft. Die Transformation der Gus-Staaten sowie die Ereignisse der „Orangen Revolution“ und die darauf folgende Entwicklung der letzten Jahre wurden in zahlreichen Werken behandelt. Der Sammelband „Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution.“ (herausgegeben 2009 von Juliane Besters-Dilger) betrachtet die Orange Revolution und ihre Folgen von kritischer Seite. Eine weitere für diese Diplomarbeit bedeutende Quelle ist die Ausgabe der Zeitschrift „Osteuropa“: „Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine“ von 2010, in der die Auswirkungen der Machtergreifung und Strategien der aktuellen Regierung analysiert werden.

Zahlreiche Studien und Bücher wie das Buch „Road Maps to the Future Towards more effective societies“ von Bohdan Hawrylyshyn, zählen viele, manchmal unerwartete Perspektiven und Möglichkeiten der politischen Entwicklung der Ukraine auf. Die Arbeiten von Dr. Andreas Kappeler zu der umfassenden Geschichte der Ukraine und ukrainischen Nationsbildung, wie

„Der schwierige Weg zur Nation“, der Sammelband „Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung“ (2011) sowie die Arbeiten von Mykola Riabchuk mit ausführlichen Analysen der Transformationphasen der Ukraine, aber auch Revolutionen von 2004 und 2013 und deren (möglichen) Folgen, wie „Gleichschaltung. Authoritarian Consolidation in Ukraine“ (2012) oder „Euromaidan and beyond“ (2013) sowie weitere Arbeiten und Diskussionen nehmen in dieser Diplomarbeit eine zentrale Rolle ein.

Source-basierte und empirische Daten werden aus theoretischen und praktischen Forschungsergebnissen von nationalen und internationalen Wissenschaftlern, Materialien von Konferenzen, Runden Tischen, offiziellen Regierungs-Materialien und Dokumenten gewonnen, die den Einfluss der externen Meinungstendenzen, welche den Prozess der Transformation der modernen Ukraine behandeln. Es wurde eine Analyse der wissenschaftlichen Literatur, Materialien empirischer Studien sowohl von westlichen als auch von ukrainischen und russischen wissenschafts-politischen Centern und Forschern durchgeführt.

Eines der Hauptziele dieser Arbeit ist es, die Zusammenhänge zwischen den außenpolitischen Bedingungen, politischen Umwelt-Verhältnissen und innerstaatlichen Integrationsprozessen zum Vorschein zu bringen. Dabei stellt sich die Frage nach der Selbstidentifikation der Ukraine als eine einheitliche Nation, in ihren erstmals eigenen Grenzen, auch wenn die Nationsbildung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Des Weiteren dürfen die großen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten aller Interessengruppen nicht aufgrund einer Fehleinschätzung der einen oder anderen Annäherungsstrategie verharmlost werden. An dieser Stelle möchte die Autorin die Bedeutung der einzigartigen geopolitischen und wirtschaftlichen Position der Ukraine und die Auswirkungen der territorialen Heterogenität betonen. Ebenso möchte die Autorin den verfestigten Mythos zerstreuen, der in westlichen und russischsprachigen Quellen kultiviert wird, dass die ethnische und sprachliche Zusammensetzung eine entscheidende Rolle für die aktuelle politische Situation spielte.

Die strategischen Ziele der Außenpolitik der Ukraine, die sich aus den grundlegenden nationalen Interessen und geopolitischen Prioritäten ableiten, sind zu ergründen und zu verstehen. Die Muster und Merkmale der geopolitischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland sind aufzuzeigen, mit ihren jeweiligen Problemen und Möglichkeiten bilaterale Partnerschaften zu entwickeln. Die geopolitischen Realitäten der Ukraine im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den westlichen Mächten sind zu untersuchen.

Die Autorin wird mit kurzen Definitionen der wichtigsten Begriffe beginnen, die im Laufe der Arbeit verwendet werden. Dann werden die Ansätze erklärt, die von der post-kommunistischen

Transformation gekennzeichnet sind, und danach mit dem Hauptteil des Berichts beginnen, das heißt, die Analyse der ukrainischen Transformation unter Verwendung der genannten Ansätze und in Anbetracht des weiteren Kontextes der post-kommunistischen Transformation in der Ukraine. Die Autorin versucht, die Informationen optimal zu strukturieren und am Ende der Arbeit in Form eines Ausblicks zu präsentieren.

2. Theorie

2.1 Die Transformationstheorie

Das Transformationsparadigma hat in den späten 1970ern und 1980ern in politikwissenschaftlichen Debatten stark an Bedeutung gewonnen. Theorien zum Wandel politischer Systeme existieren jedoch schon seit den 1950er und 1960er Jahren. Talcott Parsons (1952), Seymour Lipset (1959) und Samuel P. Huntington (1968) sind die bekanntesten Vertreter dieser frühen Periode. Die Politikwissenschaftler Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead haben 1986 eine mehrbändige Studiensammlung mit dem Titel "Transition from Authoritarian Rule" herausgegeben. Mit diesem Werk haben sie eine neue Schule der Transformationsforschung begründet.

Andere wichtige Transformationstheoretiker wie Wolfgang Merkel betrachten dieses Modell nicht als den einzig denkbaren Weg der Untersuchung und vertreten eine Synthese von System-, Struktur- und Akteurstheorien. Problematisch ist, dass einige Begriffe des Forschungsfeldes die verschiedenen Arten oder Phasen der Transformation bestimmen und oft synonym verwendet werden. Im Folgenden werde ich versuchen, die wichtigsten Begriffe des Paradigmas zu skizzieren und somit erörtern, welche begriffliche Auslegung in dieser Diplomarbeit unter Transformation verstanden und behandelt wird.

[Transition] is the interval between one political regime and another. [...] Transitions are delimited, on the one side, by the launching of the process of dissolution of an authoritarian regime and, on the other, by the installation of some form of democracy, the return to some form of authoritarian rule, or the emergence of a revolutionary alternative.¹⁵

Systemtransformation bedeutet die tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Reform, Veränderung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie eine Reihe von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen, die zu einer neuen Qualität des politischen und sozio-ökonomischen Systems führen. Die Transformationsforschung untersucht die Substitution des früheren Systems durch eine neue institutionelle Ordnung und Übergang eines Systems von Diktatur zur Demokratie, von Planwirtschaft zu liberaler Marktwirtschaft sowie von geschlossenen zu offenen Gesellschaftsformen und untersucht diese Systeme als einen gesteuerten Wandel der

¹⁵ O'Donnell, G/Schmitter, P/Whitehead, L. (1986): 6

Basisinstitutionen. Dies ist ein komplexer Übergang, da die post-sozialistische Transformation etwas viel Eindrucksvolleres und Komplexeres ist und mehr umfasst als nur die Wirtschaftstätigkeit. Es ist auch eine kulturelle und politische Transformation. In diesen Bereichen gibt es noch mehr Unterschiede, insbesondere zwischen zum Beispiel dem osteuropäischen, post-sowjetischen Balkan und asiatischen Modellen der post-sozialistischen Transformation.¹⁶

2.2 Die grundlegenden Annahmen

Thomas Carothers formuliert fünf Grundannahmen, die das Transformationsparadigma bestimmen. Die erste Annahme, die für die anderen als eine Art Schirm dient, besagt, dass jedes Land, welches sich von einer totalitären Herrschaftsform abwendet, automatisch in Richtung Demokratie steuert.¹⁷ Von dieser Vermutung ausgehend, wird die gesamte politische Entwicklung eines Transformationsstaates analysiert.

Die zweite Annahme besagt, dass die Demokratisierung zu einer bestimmten Phasenabfolge neigt: Zuerst erfolgt eine Phase der politischen Öffnung, demokratischen Fermentierung und politischen Liberalisierung, gefolgt von einer Aufspaltung des Regimes, welche die Elite in *Hardliner* und *Softliner* teilt.¹⁸ Danach erfolgt der „Durchbruch“, der den Zusammenbruch des alten Regimes und die rasche Entstehung eines neuen, demokratischen Systems ermöglicht, mit der Machtübernahme der Regierung durch Wahlen und der Errichtung demokratisch institutioneller Strukturen. Nach dem „Durchbruch“ folgt die Phase der Konsolidierung; ein langsamer, aber zielgerichteter Prozess, in dem demokratische Formen in demokratische Substanz durch eine Reform der transformierten staatlichen Institutionen übergehen, der Regularisierung der Wahlen, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der allgemeinen Angewöhnung der Gesellschaft an die neu eingeführten demokratischen "Spielregeln".

Die dritte Annahme des Transformationsparadigmas basiert auf einer bestimmten Bedeutung von Wahlen, welche die Demokratievermittler der Demokratie gleich stellen.

Die vierte Annahme basiert darauf, dass die Rahmenbedingungen - wirtschaftliche Ebene, politische Geschichte, institutionelle Vermächtnisse, ethnische Konstellationen, soziokulturelle Traditionen oder andere "strukturelle" Funktionen - in den Übergangsländern nicht wesentliche

¹⁶ Vgl. Merkel (2003a): 20. Ebd. (2010): 66f

¹⁷ Vgl. Carothers (2002): 6

¹⁸ Vgl. Carothers (2002): 7. Merkel (1999): 105

Faktoren seien, weder für den Beginn noch für das Ergebnis des Übergangsprozesses.

Die fünfte Hypothese beruht auf der Beobachtung, dass die dritte Welle der Demokratisierung in Ländern stattfindet, die zumindest einen funktionierenden Nationalstaat aufweisen.¹⁹

In diesen fünf grundlegenden Postulaten des transitologischen Paradigmas sagte Carothers vor allem, dass der Fall der Diktatur nicht unbedingt zur Demokratie führen wird. Zwischen Diktatur und Demokratie gibt es viele mögliche systematische Ausprägungen, mit denen autoritäre Herrscher sich recht komfortabel fühlen und keine Änderungen brauchen. Das heißt, Transition ist für sie ein autarker und in der Regel rein theoretischer Prozess, der nicht mit echter Transformation gekrönt wird. Zweitens sagte Carothers, dass Wahlen nicht unbedingt ein Zeichen von Demokratie sind. Dies ist vor allem für die Bevölkerung der betroffenen Länder eine klare Sache und scheint offensichtlich, aber dennoch für die meisten westlichen Kulturen schwer nachvollziehbar. Auch ein anderes, sehr wichtiges transitologisches Dogma, dass es für eine erfolgreiche Demokratisierung keine Voraussetzungen, „no preconditions“, brauche, stellte er ebenfalls in Frage.

Carothers meint, es gäbe eine Reihe von strukturellen Faktoren und Voraussetzungen, die notwendig seien, um, welches Land auch immer, zu demokratisieren. Nur auf der Grundlage des politischen Willens ist eine solche Transformation nicht möglich. Diese These scheint offensichtlich, aber es braucht eine gewisse Bekräftigung, einen gewissen Mut; denn die politisch korrekte Atmosphäre alleine erlaubt nicht zu sagen, dass dieses oder jenes Land oder die Menschen in diesem Land bereit für die Demokratisierung sind, es braucht gewisse Voraussetzungen dafür – vor allem erfordert es einen Rechtsstaat.²⁰

Der vierte Ansatz des transitologischen Paradigmas betrifft eine Sequenz von drei Phasen, nach denen die Demokratisierungsdurchführung erfolgt. Die Theorie besagt, dass es zuerst eine gewisse Liberalisierung gibt, dann erfolge ein Durchbruch, einen Zusammenbruch, eine Explosion – eine radikale Veränderung. In der dritten Phase folgt die Konsolidierung des demokratischen Systems. Carothers argumentiert, dass diese Schritte nicht zwingend so hintereinander ablaufen müssen – vor allem der dritte nicht. Deshalb wird der Transformationsprozess ziemlich selten mit der konsolidierten Demokratie gekrönt.

Der wichtigste Punkt und der letzte des transitologischen Paradigmas, der kaum beachtet wird, besagt, dass für einen erfolgreichen Übergang, eine erfolgreiche Transition, ein funktionierender Staat benötigt wird. Das transitologische Paradigma geht a priori davon aus, dass ein solcher Zustand bereits existiert. So war es in Griechenland und in Portugal, Spanien und Chile, Taiwan

¹⁹ Vgl. Carothers (2002): 6ff

²⁰ Vgl. Carothers (2002): 8

und Südkorea. In all diesen Ländern gab es einen mehr oder weniger effektiv funktionierenden Staat, mit allen nötigen Institutionen, die nur zu demokratisieren waren. Unterdessen werden die post-kommunistischen Länder mit dem Problem der zerfallenden Staaten konfrontiert. In den post-sowjetischen, genauso wie in den post-jugoslawischen Republiken, musste der Staat fast von Grund auf aus den Trümmern erbaut werden. Im Wesentlichen lenkt der aufwändige Aufbau des Staates die Ressourcen und die Energie von den Demokratieproblemen ab. Es ist bemerkenswert, dass ein autoritäres System dabei attraktiver erscheint, wenn auch nur, weil es einfacher ist.

2.3 Die Grauzonen des Transformationsparadigmas

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Linearität der Transformationstheorie offenbar auf die meisten Staaten der dritten Demokratisierungswelle nur beschränkt anwendbar ist. Die zentralen Hypothesen des Paradigmas können nicht auf die Transformationsprozesse und Probleme des post-sozialistischen Raumes übertragen werden, auch unterscheiden sich diese Länder von Transformationsländern in Afrika und Asien. Der Hauptunterschied liegt in dem Problem, dass mindestens zwei oder sogar drei Transformationsprozesse parallel erfolgen: „die politische Transformation (Übergang von Diktatur zu Demokratie), die wirtschaftliche Transformation (der Wechsel von der Kommando- zu Marktwirtschaft) und - in manchen Fällen - die staatliche Transformation (Zerfall des Nationalitätenimperiums Sowjetunion und Gründung neuer Nationalstaaten).²¹ Die Demokratisierungsprozesse in Europa sind über Jahrhunderte Schritt für Schritt vonstatten gegangen. In Osteuropa dagegen ist die Demokratisierungsexperiment ein "politisches Projekt", das in einem Jahrzehnt entworfen und umgesetzt werden soll.²²

Der Demokratisierungsprozess in Ländern wie Belarus, Usbekistan, Turkmenistan oder Togo ist soweit misslungen - ohne funktionsfähige demokratische Institute wurden die autoritären Regime wieder installiert.²³

Unabhängig davon, wie die entstandenen Regime auch analytisch zu kategorisieren sind, eines kann festgestellt werden: Sie verorten sich in einem politischen Raum zwischen Autoritarismus und liberaler Demokratie. Diese Grauzone hat gewiss ihre Abstufungen. Diese Ansicht wurde von einigen Politikwissenschaftler wie auch Thomas Carothers geteilt, der darauf hingewiesen hat, dass es innerhalb einer Demokratie selbst zwei „Grauzonen“ gibt, die er *feckless pluralism*

²¹ Vgl. Merkel (1999): 377

²² Vgl. Merkel (1999): 377f

²³ Vgl. Merkel (2010): 324f

und *dominant power politics* genannt hat.²⁴

Demokratische Merkmale wie regelmäßige Wahlen, in beschränktem Rahmen Raum für Oppositionsparteien, eine Zivilgesellschaft und eine demokratische Verfassung finden sich auch in Staaten, die zu dieser Grauzone gezählt werden. Trotzdem schränken institutionelle Defizite die Funktionsfähigkeit des politischen Systems und der bürgerlichen Freiheiten ein.

„Feckless pluralism“ beschreibt Systeme, die zwar pluralistisch sind, dieser Pluralismus von der Bevölkerung aber als nutzlos und dysfunktional empfunden wird. Die Bevölkerung besitzt zwar eine große politische Freiheit und genießt regelmäßige Wahlen, auch Machtwechsel zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen finden statt, doch trotz dieser positiven Eigenschaften bleibt die Demokratie extrem instabil und oberflächlich. Die politische Partizipation der Bevölkerung konzentriert sich in diesen Fällen meist nur auf die Teilnahme an Wahlen, bleibt ansonsten aber passiv und oberflächlich. Die korrupte Elite dominiert und steuert mit ihrem korrupten Netzwerk den politischen Prozess sowie die Transformation selbst, ist dabei aber von der restlichen Bevölkerung abgeschottet.

[T]he alternation of power occurs between constantly shifting political groupings, short lived parties led by charismatic individuals or temporary alliances in search of a political identity [...].²⁵

Die politischen Eliten aller großen Parteien werden durchgängig als korrupt und ihre politischen Programme als unwirksam wahrgenommen. Ein Machtwechsel wird auf eine endlose Übertragung der ungelösten Probleme des Landes von einer hilflosen Regierung zur anderen reduziert. Die Öffentlichkeit ist von der Politik ernsthaft enttäuscht und obwohl sie die Ideale der Demokratie sogar unterstützt, ist sie in der Praxis sehr unzufrieden mit dem politischen Leben ihres Landes. Im Großen und Ganzen wird die Politik als festgefahren, korrupt und als ein von den Eliten monopolisierter Raum wahrgenommen, von dem die ganze Nation nichts Gutes zu erwarten hat, weshalb dieser Politik nur ein Minimum an Respekt entgegengebracht wird. Trotz der Existenz demokratischer Institutionen bleibt die Demokratie nur ein formales unvollständiges Konstrukt, welches nicht wie erwartet funktioniert.

Solcher „feckless pluralism“ tritt am häufigsten in Lateinamerika auf – eine Region, in der die Mehrheit der Länder den demokratischen Wandel mit der bereits bestehenden Vielfalt der politischen Parteien, aber auch mit einer tiefen Tradition der extrem schlechten Leistungen von Regierungsbehörden begonnen hat. In der post-kommunistischen Welt sind Zeichen dieses Syndroms in Albanien, Bosnien, der Ukraine, der Republik Moldau und teilweise in Rumänien

²⁴ Vgl. Carothers (2002): 10ff

²⁵ Carothers (2002): 11

und Bulgarien zu erkennen.²⁶

Die zweite Ausprägung in der „Grauzone“ zwischen der konsolidierten Demokratie und konsolidierten Diktatur ist die „dominant-power-politics“. Eine Partei herrscht mit absoluter Dominanz; auch die Justiz ist an diese Regierungspartei gebunden. Andere politische Gruppierungen haben keine Möglichkeit, Macht zu übernehmen.²⁷

Länder dieser Ausprägung haben einen begrenzten, aber dennoch realen politischen Raum, einen geringen politischen Wettbewerb zwischen den gegnerischen Gruppen und die wichtigsten institutionellen Formen der Demokratie. Dennoch dominiert eine politische Gruppe, Bewegung, Partei, Familie oder ein einzelner Führer das System so, dass es in absehbarer Zeit wenig oder keine Perspektive für einen Regimewechsel gibt. Während beim „feckless pluralism“ die Justiz weitgehend unabhängig bleibt, wird sie in Systemen der „dominant-power-politics“ in der Regel zur Gänze kontrolliert. Im „feckless pluralism“ bleiben die Wahlen meist frei und fair, während sie im „dominant-power-politics“-System meist zweifelhaft, wenn auch nicht ganz gefälscht verlaufen. Die dominante Gruppe versucht, der internationalen Gemeinschaft eine anständige Wahl vorzuspielen. Genau wie in Systemen des „feckless pluralism“ sind Bürger von „dominant-power-politics“-Systemen der Macht und Politik frustriert und von einer signifikanten Beteiligung am politischen Prozess, außer bei Wahlen, entfremdet. Da kein Machtwechsel stattfindet, neigen die Bürger weniger zu der Position "gegen alle!", welche typisch für Systeme des „feckless pluralism“ ist.

T. Carothers hat Russland in den Regierungsperioden von V. Putin als eines der Länder, welches Anzeichen von „dominant-power politics“ zeigte, gesehen. Die Ukraine in den 1990er konnte ebenfalls zu diesen Ländern gezählt werden, zeigte aber am Ende der Orangen Revolution die Merkmale von „feckless pluralism“ und kann gegenwärtig, nach der kurzen, positiven Demokratisierungstendenz, erneut zu den Ländern der „dominant-power politics“ gezählt werden.²⁸

2.4 Definitionen: Demokratie – hybride Regime – Autokratie

Um die Eigenschaften des politischen Regimes der Ukraine zu analysieren, ist eine Bestimmung des Demokratiebegriffs unabdingbar.

Der amerikanische Demokratieforscher Robert Dahl nennt als Minimaldefinition der Demokratie

²⁶ Vgl. Carothers (2002): 10ff

²⁷ Vgl. Carothers (2002) 9f

²⁸ Vgl. Carothers (2002): 11f; Merkel (2010): 324f

zwei elementare Merkmale: „Es muß ein offener Wettbewerb um politische Ämter und Macht mit gleichzeitig ausreichend Raum für die politische Partizipation aller Bürger gewährleistet sein“, „public contensation and the right to participate“.²⁹

Demokratie, einfach skizziert, ist ein Steuerverfahren, das Macht – zumindest die Macht derer, die die wichtigsten Entscheidungen treffen – aufgrund von freien, wettbewerbsfähigen und allgemeinen Wahlen verteilt. Jedes der drei genannten Elemente ist von extremer Wichtigkeit. Freie Wahlen gehen von der Möglichkeit der Agitation in Parteien, Verbindungen, Kundgebungen und Versammlungen und der Verbreitung von Informationen aus. Freie Wahlen sichern die Verfügbarkeit aller entsprechenden verfassungsmäßig garantierten Bürgerrechte. Wettbewerbsfähigkeit erfordert sowohl die Anwesenheit von mindestens zwei Parteien oder Kandidaten, welche um die Macht konkurrieren, als auch mehr oder weniger gleichen Zugang zu Informationen, finanziellen und anderen Ressourcen, insbesondere Chancengleichheit bei Beschwerdeverfahren. Universalität bedeutet gleiche Rechte für alle erwachsenen Bürger des Landes, zu wählen und in die Organe der Macht gewählt zu werden, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen und finanziellen Situation und ihrer Bildung.

Demokratien sind also rechtsstaatlich gesicherte Herrschaftsformen, in denen die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und Herrschaft direkt sowie indirekt ausgeübt wird. Die *mehrdimensionale politische Ordnung*, welche aus Funktionsregeln besteht, definiert die Voraussetzungen für eine intakte Demokratie.³⁰

Es muss beachtet werden, dass die meisten Demokratien im ganzen 19. Jahrhundert und viele bis Mitte des 20. Jahrhunderts weltweit exklusiv waren, das heißt, dass ein erheblicher Teil der erwachsenen Bevölkerung kein Wahlrecht hatte (zum Beispiel Frauen und Besitzlose). Im Iran zum Beispiel, ist die weltliche Macht gewählt, die religiöse Autorität hat aber in vielen Fragen wesentlichen Einfluss auf weltliche Belange und ist oft viel wichtiger und einflussreicher. Es kann gesagt werden, dass die Sowjetunion in den letzten Jahren ihrer Existenz ein Land war, in dem die Wahldemokratie (electoral democracy) bereits existierte, verfassungsrechtlich aber blieb die festgelegte Führungsrolle bei der Kommunistischen Partei, die eine entscheidende Stimme in sehr wichtigen Fällen hatte. Heute kann die Ukraine als Wahldemokratie betrachtet werden, in der aber die oligarchischen Clans die informelle Macht haben. Sie werden nicht gewählt, sind aber oft maßgeblich am Entscheidungsprozess beteiligt.³¹

Autoritarismus ist als das Gegenteil von Demokratie zu betrachten. Es ist ein System, in dem die höchste Macht in einer Person oder Gruppe von Personen ohne Mandat der Wähler (oder

²⁹ Dahl (1971): 5, Merkel (1999): 31

³⁰ Vgl. Merkel (2003): 48ff

³¹ Riabchuk (2007): 5, 8

unabhängig von einem solchen Mandat) konzentriert ist. Hat die Macht einen quasi-sakralen, heiligen Charakter, kann sie erheblich sein. In diesem Falle wird sie durch Tradition legitimiert. Es ist notwendig, mittels Charisma, dem Gefühl der persönlichen Mission und besonderer Fähigkeiten zu regieren.³²

Politische Systeme, welche nur einen eingeschränkten Pluralismus und politische Verantwortlichkeit darstellen, bezeichnet J. Linz als autoritär. Die Herrschaftsausübung wird über den Rückgriff auf Werte wie die innere und äußere „nationale Sicherheit“ oder Modernisierung sowie Einstellungen wie Patriotismus oder Nationalismus legitimiert. Dabei wird die politische Anteilnahme der Bürger begrenzt und die Zivilgesellschaft demobilisiert.³³ Wolfgang Merkel und Friedbert Rüb verorten zwischen autoritären Systemen und Demokratien aber noch einen weiteren Typ: Dieser beruft sich fast immer auf demokratische Legitimität, die auf der Durchführung mehr oder minder freier und fairer Wahlen beruht. Dieser Typ wird als „hybrides Regime“ bezeichnet.³⁴

Die Transformationsforschung zeigt bisher nicht ganz deutlich, welches Minimum an demokratischen Merkmalen ein Staat erreichen muss, um als demokratisches System zu gelten. In vielen theoretischen Ansätzen wird die Ausführung freier und fairer Wahlen als minimale, aber ausreichende Basis für Demokratie betrachtet. Wahlen sind zwar eine unentbehrliche, allerdings keine genügende Voraussetzung. Ein politisches System soll verschiedene Teilbereiche nachweisen, die im vollen Ausmaß funktionstüchtig sind, um als eine Demokratie zu gelten. Das Konzept von Wolfgang Merkel beschreibt diese Bereiche als „Teilregime der Demokratie“. Diese interdependenten Teilregime nennt Merkel „embedded democracy“, welche einander unterstützen und miteinander gekoppelt sind.³⁵ Jede Demokratie existiert als Gesamtregime, aber auch in einer sogenannten Umwelt, die aus zivilgesellschaftlichen Räumen und der wirtschaftlichen Umgebung besteht. W. Merkel beurteilt diese externen Einwirkungen als sehr bedeutungsvoll für die Konsolidierung von Demokratie.³⁶

Moderne Demokratien sind vielschichtige Ordnungen von Institutionen, die bestimmte Funktionen erfüllen müssen. Das Konzept von W. Merkel zählt das nötigste Minimum von Merkmalen und Teilbereichen auf, welche eine politische Ordnung aufweisen soll, um als liberale Demokratie zu gelten und funktionsfähig zu sein. Seine fünf interdependenten Teilregime von Demokratie, welche er in in seinem Konzept der rechtsstaatlichen Demokratie als

³² Vgl. Merkel (1999): 34ff

³³ Vgl. Linz (1975, 1985, 2005), Merkel (1999): 36f

³⁴ Vgl. Rüb (2002): 105ff

³⁵ Vgl. Merkel (2003): 55ff

³⁶ Vgl. Merkel (2003): 57ff

Einheit „embedded democracy“ nennt,³⁷ sind ziemlich statisch und normativ aufgeteilt und legen dar, welche Charakteristika eine „liberale Demokratie“ aufweisen sollte.

Das Wahlrecht

Zuerst definiert Merkel die Funktion des Wahlrechts, der auch das aktive Recht zu wählen und das passive Recht, in öffentliche Ämter gewählt zu werden, beinhaltet.³⁸

Wählen ist nicht gleich bedeutend mit „eine Wahl haben“. Auch wenn Wahlen als *frei und fair* bezeichnet werden, sind sie deswegen noch nicht zwangsläufig *bedeutungsvoll*. Wahre politische Konkurrenz kann nur bestehen, wenn die teilhabenden Gruppen keine vom Staat erschaffenen Institutionen sind und gleichen Zugang zu politischen Ressourcen und Medien haben. Regierung und die Regierungsvertreter können von der Bevölkerung während der gesamten Dauer der Gesetzgebungsperiode politisch zur Verantwortung gezogen werden, weil Demokratie in erster Linie eine repräsentative Herrschaftsform darstellt. Das ist aber nur dann möglich, wenn die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten vom Rechtsstaat geschützt sind und die Regierung das hält, was sie in ihrem Wahlkampf versprochen hat.³⁹

Die politischen Rechte

Die politischen Partizipationsrechte führen die Gesellschaftsarena als eigenständige, politische Handlungssphäre aus, in welcher der kollektive Meinungs- und Willensbildungsprozess erfolgt. Dies beinhaltet auch die uneingeschränkten Rechte auf Meinungs- und Redefreiheit sowie Assoziations-, Informations- und Organisationsfreiheit, Demonstrations- und Petitionsrechte, welche unbegrenzt Gültigkeit haben sollen, um die vertikale Demokratiedimension zu vollenden. Auch das „Recht politischer Eliten, um die Wählerstimmen und Unterstützung zu konkurrieren“.

40

Bürgerliche Freiheitsrechte

Bürgerliche Freiheitsrechte sind individuelle Rechte, die als Schutz gegen freiheitsgefährdende Handlungen eines gewaltbereiten Gesetzgebers dienen. Diese liberalen Rechte setzen die Existenz eines effektiven Rechtsstaates voraus. Die Existenz der Informationsfreiheit durch die alternative, pluralistische Informationsquellen gehört ebenfalls dazu.

³⁷ Vgl. Merkel (2003): 48ff

³⁸ Vgl. Merkel (1999): 31. Merkel (2003): 50

³⁹ Vgl. Rüb (2002): 97f. Merkel (1999): 31

⁴⁰ Dahl (1971): 2, Merkel (1999): 31.

Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit

Die Garantie der Gewaltenteilung und der damit institutionalisierten „horizontalen Verantwortlichkeit“. Die Lücken der Kontrolle, welche die Teilregime in den demokratischen Anordnung nicht absichern, werden durch die Eigenständigkeit und wechselseitige Verschränkung von Legislative, Exekutive und Judikative abgedeckt. Bürgerrechte und Freiheiten schützen zwar die individuellen Rechte, treffen aber keine Maßnahmen gegen die Selbstgesetzgebung oder den Missbrauch von Macht. Um die Ausübung der exekutiven Herrschaft über die Legislative sinnvoll zu beschränken, bedarf es einer wirkenden, unabhängigen Judikative.⁴¹ „Die Judikative ist in allen demokratischen Systemen weitgehend unabhängig von der Exekutive und Legislative.“⁴²

Effektive Regierungsgewalt

Die Verfügungsgewalt über ausgewählte Politikbereiche soll von gewählten Repräsentanten ausgeübt werden, dies definiert das fünfte Teilregime. Akteure, die den Fortdauer der Demokratie selbst sicherstellen oder manche Organe mit einer höheren Handlungsautonomie ausrüsten, wie die Zentralbank oder das Verfassungsgericht, werden nicht zu diesem Bereich gezählt, obwohl sie vom demokratischen Prozess ausgenommen sind.⁴³

Wenn eines der genannten Teilregime in irgendeiner Form gehindert wird, so wird das gesamte demokratische System beeinträchtigt bleiben, obwohl die demokratische Basiskonstruktion noch vorhanden ist. Dieses System kann demzufolge nicht mehr als vollkommen demokratisch bezeichnet werden.⁴⁴ So bilden sich in Anlehnung an Merkels Konzept der „embedded democracy“ sogenannte Subtypen von Demokratie heraus, die sich zwischen Autokratie und liberaler Demokratie bewegen. Es bleibt klar, dass die vollkommene Demokratie als absolut und autoritär gewiss eine Abstraktion bleibt. Zwischen den beiden Extremen liegt eine riesige Auswahl an verschiedenen Modi, die als bedingt einzustufen sind:

- 1) konsolidierte liberalen Demokratien;
- 2) nicht konsolidierte Demokratien;
- 3) illiberale / Wahldemokratien, als "ambivalente Regime" bezeichnet;
- 4) Konkurrenz- oder nicht konsolidierte Autoritarismen;
- 5) hegemoniale oder konsolidierte Autoritarismen;
- 6) geschlossene diktatorische / autoritäre Regime.

⁴¹ Vgl. Merkel (2003): 52ff

⁴² Merkel (1999): 32

⁴³ Vgl. Merkel (2003): 54f

⁴⁴ Vgl. Merkel (2003): 63f

Hier ist die Klassifizierung von Freedom House, einer Nicht-Regierungs-Institution, übernommen, die systematisch politische und bürgerliche Freiheiten auf der Welt überwacht und jedes Jahr Experteneinschätzungen und Ratings von allen Ländern auf einer Sieben-Punkte-Skala bereitstellt.

Die Ukraine unter Präsident Kutschma wird nach W. Merkel als illiberale Demokratie eingeordnet, deren Merkmale in dem defekten Verfassungs- und Rechtsstaat, wo die „Kontrolle von Exekutive und Legislative durch die dritte Gewalt eingeschränkt“⁴⁵ ist. „Die bürgerlichen Freiheits- und Schutzrechte des Individuums sind partiell suspendiert oder noch nicht etabliert.“⁴⁶ Damit wird der Kern des liberalen Verständnisses von Demokratien, die gleiche Freiheit aller Individuen, kraftlos.⁴⁷ Diese Einstufung hat sich nach der Orangen Revolution 2004 geändert, und als einziger GUS-Staat, wo freie und faire Wahlen mehrmals stattfanden, sowie dank des größeren Pluralismus und der steigenden Medienfreiheit ein höherer Demokratisierungsgrad verzeichnet wird.⁴⁸ Nach den Präsidentschaftswahlen von 2010 wurden die Verhältnisse der Herrschaftsausübung zurück in Richtung der Autokratie gelenkt.⁴⁹

Die Ausübung der Herrschaft erfolgt zwar nicht willkürlich, sie richtet sich nach dem Recht, es überwiegen jedoch nicht allgemeine Gesetze der Herrschaftsausübung, sondern die präsidentiellen Dekrete mit Gesetzeskraft spielen eine tragende Rolle.⁵⁰ Eine besonders markante Anordnung der Exekutive im Vergleich zu anderen Institutionen des politischen Systems ist charakteristisch für hybride Regime. Dieses Regierungssystem weist in erster Linie nur eine unvollständig herausgebildete horizontale Kontrolle auf, da die Herrschaftsausübung primär von der führenden Gruppe geführt wird.⁵¹

T. Carothers schrieb, dass das häufigste Modell der politischen Entwicklung der Transformationsländer von heute als alternative Richtungen und nicht als Zwischenstationen auf dem Weg zu einer liberalen Demokratie betrachtet werden sollten. Eine wackelige Position zwischen vollblütiger Demokratie und offener Diktatur ist heute der typische Aufenthaltspunkt der post-kommunistischen Länder und der Länder der Dritten Welt. Die meisten Übergangsländer sind weder Diktaturen noch junge Demokratien. Sie gehören zu einer politischen „Grauzone“, zeigen die Attribute einer politisch demokratischen Gemeinschaft, insbesondere gewissen, wenn auch begrenzten, politischen Raum für Oppositionsparteien und

⁴⁵ Croissant/Thiery (2001): 28

⁴⁶ Merkel (2003): 65

⁴⁷ Vgl. Merkel (2003): 64ff

⁴⁸ Vgl. Bos (2010): 84

⁴⁹ Vgl. Riabchuk (2010; 2011; 2012): 176

⁵⁰ Vgl. Bos (2010): 82f

⁵¹ Vgl. Rüb (2002): 107ff

unabhängige Zivilgesellschaften. Auch bei regelmäßigen Wahlen und demokratischen Verfassungen leiden sie jedoch unter einem schweren Demokratiedefizit, insbesondere wenn es um die schlechte Repräsentation der Interessen ihrer Bürger geht – schwache politische Partizipation außerhalb der Abstimmungen, illegale Aktionen der Staatsbeamten, zweifelhafte Wahlen, geringes Vertrauen in die Regierungsbehörden aufgrund ihrer traditionellen Ineffizienz.⁵²

2.5 Die Subtypen von Demokratie

Da die Zahl der Länder, die zwischen Diktatur und etablierte liberale Demokratie fallen, angestiegen ist, haben politische Analytiker eine Reihe "qualifizierter Demokratie"-Begriffe zur Charakterisierung angeboten. Darunter befinden sich „Halb-Demokratie“, „formale Demokratie“, „Wahl-Demokratie“, „Fassadendemokratie“, „Pseudo-Demokratie“, „schwache Demokratie“, „Teil-Demokratie“, „illiberale Demokratie“ und „virtuelle Demokratie“. Einige dieser Begriffe wie "Fassadendemokratie" und "Pseudo-Demokratie" gelten nur für eine ziemlich spezifische Untergruppe von Grauzonen-Fällen. Andere Begriffe wie "schwache Demokratie" und "Teil-Demokratie" sollen eine viel breitere Anwendbarkeit haben. Die meisten der "qualifizierten Demokratie"-Begriffe werden verwendet, um Länder zu charakterisieren, die irgendwo auf der angenommenen Demokratisierungs-Sequenz stecken, in der Regel zu Beginn der Konsolidierungsphase.⁵³

Collier und Levitsky haben die Diskurse über die unterschiedlichen Demokratiebegriffe in dem Überbegriff „democracy with adjectives“ zusammengefasst.⁵⁴

Die friedliche Auflösung der Sowjetunion wurde gegen Anfang der 90er Jahre als die Demokratiewendung in der kommunistischen Welt bejubelt. Doch bald hat sich herausgestellt, dass der Systemwechsel nicht ganz so erfolgreich war wie erwünscht. Eine Besonderheit des post-sowjetischen Regimes ist ihre Zwischenstellung, die es nicht erlaubt, sie in die elektorale Demokratie vor allem in eine Reihe der liberalen Demokratien zu stellen. Um die Dynamik der Regimewechsel-Prozesse und die Entwicklung der Demokratie im Rahmen der "dritten Welle" zu verstehen, in dem die russländische Transformation stattfindet, halten die Wissenschaftler es für notwendig, die Existenz einer dritten Kategorie von Regimes zuzulassen, die nicht einmal bis zu einer minimalistischen Demokratie reichen, sich aber gleichzeitig von rein autoritären

⁵² Vgl. Carothers (2002): 9f; Riabchuk (2007)

⁵³ Vgl. Carothers (2002): 10; Rüb (2002): 93ff; O'Donnell (1994)

⁵⁴ Vgl. Collier/Levitsky (1997); Shakirova (2013): 208; Rüb (2002): 93ff

Systemen unterscheiden. L. Diamond schlägt vor, solche Regime als "Pseudodemokratien" zu definieren. Diese Regimes können viele Verfassungscharakteristika von "Wahldemokratie" haben, in der die Oppositionsparteien legal agieren, aber sie werden einer unverzichtbaren Qualität der Demokratie beraubt, wie die Anwesenheit des Feldes für einen relativ fairen Wahlkampf, die zu dem Sturz der regierenden Partei führen könnte. Von einem Regime, das als autoritär gilt, unterscheiden sich die "Pseudodemokratien" durch die Tatsache, dass die Existenz von Oppositionsparteien toleriert wird.⁵⁵ Die Transformationsforschung stand somit auf einmal vor den unterschiedlichsten Typen von post-autoritären Regimen, welche neu kategorisiert werden sollten. Das Wissen wächst immer weiter dank der Demokratieforschung, die sich seit mehreren Jahrhunderten mit diesen Problemen auseinandersetzt.⁵⁶

In der Politikwissenschaft wurde versucht, die spezifischen Merkmale der post-kommunistischen Regimes zu systematisieren. Die Haupteigenschaft des Regimes, das als "post-kommunistische Demokratie" bezeichnet wird, liegt darin, dass die Vertreter der parlamentarischen Gremien beginnen, in Abwesenheit von modernen, marktwirtschaftlichen Mechanismen und der aktiven Zivilgesellschaft, das heißt in Abwesenheit einer entwickelten und differenzierten Struktur der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen und der entsprechenden Organisationen, zu agieren.⁵⁷

2.6 Akteurstheorien

Die Transformationsforschung verfolgt mehrere theoretische Ansätze, die sich im Laufe der bestehenden Diskurse herauskristallisiert haben. Für eine umfassende Analyse ist es nötig, die funktional-, struktur-, kultur- und handlungstheoretischen Ansätze zu berücksichtigen, die sich in System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien wiederfinden. Diese theoretischen Stränge werden meistens ergänzend angewendet, um alle bedeutenden Aspekte des Systemwandels zu begreifen und eine möglichst breite Analyse zu garantieren.

Die akteurstheoretische Herangehensweise von Politikwissenschaftlern Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter oder Laurence Whitehead wurde zum Ausgangspunkt vieler Untersuchungen und bildet eine wichtige Grundlage für die Analyse von Systemwechselprozessen.

⁵⁵ Vgl. Huntington (1996): Democracy for the Long Haul. Journal of Democracy, Vol. 7. № 2. In: Shakirova (2013) 205.

⁵⁶ Vgl. Carothers (1997): 12f

⁵⁷ Vgl. Shakirova (2013): 204.

Der akteurstheoretische Ansatz betrachtet politische Prozesse als Ergebnis des wechselseitig beeinflussenden strategischen Handelns der Akteure und speziell deren subjektiven Interessen, Verhaltensmuster, Entscheidungen und Ziele der regierenden und der oppositionellen Akteure und Eliten. Dabei werden aber die objektiven Faktoren wie sozioökonomische Bedingungen oder politisch-institutionelle Strukturen als nebensächlich für das Ergebnis der Entwicklungen betrachtet und grundsätzlich nicht berücksichtigt. Der Mittelpunkt des akteurstheoretischen Ansatzes bildet das Drei-Phasen-Modell mit den Abschnitten: Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung. Diese Abschnitte sind entscheidend für die politische Entwicklung von einer autoritären zu einer demokratischen Ordnung.⁵⁸ Das Ergebnis des Transformationsprozesses ist somit aus solcher handlungstheoretischer Herangehensweise minder von objektiven Umständen oder Machtkonstellationen abhängig, sondern von diesen individuellen Verhaltensweisen und Werten der politischen und wirtschaftlichen Akteure.⁵⁹ Die Liberalisierungsphase fängt mit den schwierig gestaltbaren Entwicklungen an und wird von wirklichkeitsnahen alternativen Systemvorstellungen begleitet. Dann folgt die Aufspaltung der führenden Elite in veränderungswillige (Softliner) und konservative, auf dem gewohnten Standpunkt beharrende Lager (Hardliner). Wenn die Liberalisierung bzw. eine begrenzte politische Öffnung gelungen ist, wird die herrschende Elite – früher oder später – mit einer innenpolitischen Evolution, „mit einer zivilgesellschaftlichen ‘Pluralisierungslawine’, konfrontiert und vor die Alternative gestellt, zu Repressionsmaßnahmen zu greifen oder sich für eine Demokratisierung einzusetzen“.⁶⁰

Der Wandel vom Autoritarismus zu einer demokratischen Ordnung kann nach dem akteurstheoretischen Konzept nur dann eintreten, wenn eine bündnisbasierte Einigung (formell oder informell) sowie einen Kompromiss zwischen den veränderungsoffenen Softlinern und der Opposition in den fundamentalen Fragen der Umgestaltung und des zukünftigen politischen Systems ermöglicht wird. Die konservativen (Hardliner) und die radikalen Oppositionsvertreter, die zu keinem Kompromiss bereit wären, müssen vor dieser neuen Machtelite in den Hintergrund treten. Laut Akteurstheorie werden die Softliner die Demokratisierungsoption nur dann zulassen, wenn ein entsprechendes Kosten/Nutzen Verhältnis für sie positiv ausfällt und sie der Überzeugung sind, ihre Macht und Privilegien auch in der neuen demokratischen Ordnung postulieren zu können.⁶¹

⁵⁸ Vgl. Schmidt-Schweizer (2001): 45.

⁵⁹ Vgl. Merkel (1999): 102.

⁶⁰ Schmidt-Schweizer (2001): 45.

⁶¹ Vgl. Schmidt-Schweizer (2001): 45.

2.7 Transformationsphasen

Nach der Akteurstheorie nach wird die Konsolidierung der neuen demokratischen Ordnung erst dann eintreten, wenn nach einer erfolgreichen Einigung als Erstes eine neue Regierung, welche aus freien, allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangen ist, eingesetzt wird. Als Zweites müssten die demokratischen Institutionen bevollmächtigt werden werden, ihre Grundfunktionen ausüben zu können.

Wolfgang Merkel analysierte die Entstehung der Transformation von O'Donnell und Schmitter und erhielt nach Modifizierung dieses Konzeptes folgende Phasen:

- Ende des autokratischen Regimes
- Institutionalisierung der Demokratie
- Konsolidierung der Demokratie.⁶²

Natürlich wird diese Phasentrennung aus analytischen Betrachtungen gemacht. So wird es einfacher, die Strömung des Umwandlungsprozess zu verstehen, ihre Logik nachzuvollziehen und Schwierigkeiten auf jeder Stufe ausführlicher vorherzusagen. Im wirklichen Leben sind diese drei Phasen übereinandergelegt und interferieren miteinander. Zum Beispiel können einige Bereiche noch autoritären Gesellschaftsnormen gehorchen, während andere Bereiche schon durch die demokratischen Institutionen geregelt werden. Die Unterscheidung zwischen Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie wird noch komplizierter. Zum Beispiel kommt es oft vor, dass in der Struktur der Regierung (Präsident, Parlament etc.) bereits die Konsolidierung der demokratischen Haltungen begonnen hat, während das Parteiensystem noch in der Phase der Institutionalisierung steckt. Über das Ende der Phase der Institutionalisierung kann gesprochen werden, wenn eine neue Zuordnung, die sich im Übergang von einem System zum anderen gefestigt hat, durch ein Gesetz festgelegt wird und wenn die Übernahme der politischen Macht, der politischen Entscheidungsfindung und die Umsetzung dieser Beschlüsse legitim anhand der Gesetze und Regeln umgesetzt werden.⁶³

Zu Beginn der Analyse der Transformationsphasen von Merkel müssen für jedes einzelne Land noch zwei Perioden betrachtet werden: die Demokratieerfahrung vor dem totalitären Regime und das totalitäre Regime selbst. Diese beiden Perioden sind nicht relevant für die eigentliche

⁶² Merkel (1999): 120

⁶³ Vgl. Merkel (1999): 120

Transformationsphase, aber sie können die Chancen, Herausforderungen und den zeitlichen Ablauf der demokratischen Prozesse wesentlich beeinflussen. Wenn zum Beispiel in einem bestimmten Land ein totalitäres System einer demokratischen Regierung vorausging, kann das neue demokratische System auf die alten Eliten und die demokratisch-institutionellen Erfahrungen oder kulturellen Normen etc. zurückgreifen.⁶⁴

Auch in der frühen Analyse der Transformation muss die Aufmerksamkeit auf die Besonderheiten des totalitären Regimes gerichtet sein. Es muss genau überlegt werden, welches Intervall die Institutionalisierung und vor allem die Konsolidierung der Demokratie beeinflusst. Es müssen die Veränderungen, welche z.B. im Sozialismus vorgenommen wurden, berücksichtigt werden: die Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, Majorität des öffentlichen Sektors, kollektive Eigentumsformen, Preiskontrolle usw.⁶⁵

Somit ist die Demokratisierung im Rahmen der Phasentransformation mit der Gründung der demokratischen Institutionen verbunden. Dies bedeutet, dass in diesem Stadium die alten Normen und Institutionen gelten, die nicht oder nur teilweise funktionieren. Diese sind aber noch nicht alle etabliert oder nur partiell umgesetzt. Demnach haben politische Akteure eine breite Palette von Aktivitäten, die nicht im Einklang mit demokratischen Normen, Institutionen und Interessen stehen. Aber wenn diese Normen, Institutionen und Interessen noch nicht in eine optimale Balance gebracht wurden, in welcher politische Entscheidungen ebenso begrenzt und legitimiert werden, besteht in diesem Fall für diese Phase der Demokratisierung die Gefahr einer Rückkehr zum alten Regime.

Ein besonderes Problem in dieser Phase ist, dass die politischen Akteure im Demokratisierungsprozess bestimmte Regeln produzieren, die undemokratisch, bequem und korrupt sind, nach denen die aktuelle Elite zu spielen gewohnt ist. Wenn die alten Regeln in das neue System installiert werden, wird das System wieder eine dysfunktionale Demokratie sein. Die Spannungen zwischen den partikularen und den allgemeinen Interesse müssen einen Weg in ein Gleichgewicht zwischen den privaten und gemeinsamen Interessen finden. Sobald die spezifischen Interessen der eigenen Bürger nicht eingehalten werden, können sie die Demokratisierung beeinträchtigen. Wenn gemeinsame Interessen nicht ausreichend vertreten sind, wird in der breiten Masse Misstrauen und Ablehnung gegenüber der Legitimation der neuen Regeln entstehen. Solche Systeme bleiben instabil oder prägen erneut eine "defekte Demokratie" aus.⁶⁶

⁶⁴ Vgl. Merkel (1999): 122

⁶⁵ Vgl. Merkel (1999): 123

⁶⁶ Vgl. Merkel (1999): 137f

Nach der Theorie W. Merkels endet also mit der Schließung der Entwicklungsphase der Konstitution auch die Demokratisierungsphase. Die Demokratie ist aufgebaut, aber nicht gesichert, so dass derzeit eine Gefahr der Regression von Demokratie und die Rückkehr zu einem totalitären Regime besteht. Die Chancen für Aktivitäten der politischen Akteure haben sich im Laufe des Demokratisierungsprozesses verringert und neue Grenzen sind entstanden, die nicht mehr verletzt werden dürfen. Die nächste Phase der demokratischen Konsolidierung soll diese Grenzen stärken, um die Stabilität des Sozialsystems zu erreichen.⁶⁷

Bei der Betrachtung der Konsolidierung des demokratischen Systems soll besonders darauf geachtet werden, welche sozialen Einrichtungen stabilisiert sein müssen, damit über die Konsolidierung des Systems gesprochen werden kann. Es gibt Ansichten in der Politikwissenschaft über die zeitliche Dimension der Konsolidierung als auch über die Art und Weise, in der schnell eine konsolidierte Demokratie erreicht werden kann. Demnach unterscheidet der englische Politikwissenschaftler Geoffrey Pridham "negative" und "positive" Konsolidierung. Für ihn wird Demokratie negativ konsolidiert, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr zu einem autoritären System gering ist, weil die Spielregeln der Demokratie von der neuen politischen Elite akzeptiert und eingehalten werden. Die Demokratie kann aber erst als positiv konsolidiert betrachtet werden, wenn die demokratischen Regeln „becomes the only game in town“⁶⁸ und stabil sind und sich auch in dem Verhalten aller Bürger wiederfinden. Wenn aber außerhalb der demokratischen Institutionen politische oder gesellschaftliche Akteure ihre demokratischen Versprechungen nicht einhalten, dann wird es während der Phase der Konsolidierung keine Möglichkeit mehr geben, das demokratische System zu erhalten. Wenn sie nur populistisch auftreten, aber außerhalb des offiziellen Lebens etwas nicht Legitimes tun, wird das System als ein nicht demokratisches konsolidiert. Ein positiv konsolidiertes politisches System besteht nur, wenn die Bürger von der Legitimität der Demokratie überzeugt sind. Eine positiv konsolidierte Demokratie sollte mit einem längeren Konsolidierungs-Zeitraum rechnen als die negativ konsolidierte Demokratie.⁶⁹

Dieses strukturalistische Paradigma hat signifikante Vorteile in der Behandlung von sozialen Veränderungen im Vergleich mit anderen Paradigmen. Es werden Chancen und Möglichkeiten von Aktivitäten dargestellt, die den politischen Akteuren bestimmte soziale Strukturen bieten, die Machtverteilung innerhalb der Machtstrukturen durch Legitimierung der neuen sozialen Normen diskutieren und die optimale Balance zwischen privaten und gemeinsamen Interessen aufstellen.

⁶⁷ Vgl. Merkel (1999): 143

⁶⁸ Pridham (1995): 26, 168

⁶⁹ Vgl. Merkel (1999): 144f, Pridham (1995): 168

Diese sozialen Strukturen determinieren nicht nur die zukünftige Entwicklung, sondern bilden auch einen gewissen Filter, der die Feldstrukturen und Grenzen der gesellschaftlichen Gruppen strukturiert. Dieses Paradigma möchte die Autorin für weitere Forschungen und tiefere Analyse sehr empfehlen, da es vor allem in der Ukraine in den nächsten Jahren sehr wichtig für die Betrachtung der weiteren Entwicklung und Qualität der Demokratiekonsolidierung sein wird. In dieser Diplomarbeit wird aus Gründen der thematischen Eingrenzung darauf aber nicht tiefer eingegangen werden.

Im Folgenden wird das „Drei Phasen Modell“ der Akteurstheorie in seinen Grundzügen helfen den Fall sowie die Ereignisse und Vorgänge der Demokratieentwicklung und Transformation des politischen Systems der Ukraine zu beleuchten.

Die Konzeption der „hybriden Regime“ wird für die Behandlung der heutigen politischen Ordnung gebraucht. Dieser Begriff beschreibt, meiner Ansicht nach, die Entwicklungen des politischen Systems der Ukraine auf eine geeignete Weise. Das Land kann noch nicht als liberale Demokratie eingestuft werden, stellt aber auch nicht ein autoritäres Regime dar. Dafür werden im Folgenden die Begriffe eingeführt, welche die unterschiedlichen politischen Zeitabschnitte genauer beschreiben.

Diese Diplomarbeit widmet sich im ersten Teil der geschichtlichen Entwicklung der Außen- und Innenpolitik der Ukraine, im danach folgenden Teil werden die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine analysiert. Weiters wird die Entwicklung der Beziehungen zu Russland und deren Brennpunkten beleuchtet. In der Schlussfolgerung wagt die Autorin einen kurzen Ausblick und skizziert die möglichen Entwicklungsperspektiven der Ukraine im internationalen politischen Umfeld. Den Abschluss der Arbeit bildet ein ausführliches Literaturverzeichnis.

Um zu sehen, welche Schritte auf dem erstrebten Weg zur liberalen Demokratie bereits vorgenommen wurden und welche Mechanismen und Triebkräfte dabei zusammenspielen, werden in den folgenden Kapiteln die aktuellsten Themen der ukrainischen Politik betrachtet.

3. Die Ukraine

3.1 Historische und politische Entwicklungen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion existierte die Ukraine zum ersten Mal seit 1921⁷⁰ wieder als selbstbestimmter Nationalstaat. Am 1. Dezember 1991 entschied sich die stimmberechtigte Bevölkerung in einem Referendum, das über 90% Zustimmung erhielt, für die Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion. Das Ende der UdSSR wurde besiegelt. Am 26. Dezember 1991 erfolgte die offizielle Auflösung.

Der junge Staat hatte sich das Ziel gesetzt, eine neue Ordnung nach dem Vorbild des Westens zu schaffen und statt einer Ein-Parteien-Herrschaft eine parlamentarische Demokratie aufzubauen. Statt der Planwirtschaft sollte eine Marktwirtschaft aufgestellt werden.⁷¹ Zwar wurden darüber einige recht negative Voraussagen getroffen, weil diese Transformationslast kaum zu bewältigen schien, doch fassten vor allem US-amerikanische PolitikwissenschaftlerInnen die Neuorientierung der einstigen staatssozialistischen Länder als Siegeszug der Demokratie auf und ordneten sie den großen Demokratisierungsprozessen des 20. Jahrhunderts zu.⁷²

Die Ukraine, als ein wichtiges Bindeglied zwischen Russland und westasiatischen Staaten sowie der EU und südosteuropäischen Staaten, hat 1991 den Sprung in die Unabhängigkeit gewagt.⁷³ Im Laufe der nächsten 22 Jahren, welche die Ukraine in Form eines souveränen Staates mit demokratischen Institutionen, aber mit nach wie vor geerbten sowjetischer politischer und struktureller Herangehensweise verbrachte, konnte sich aus der Abhängigkeit vom mächtigen Nachbarn Russland nicht lösen.⁷⁴ Die Ereignisse in der Ukraine hatten damals eine Menge von Politikern und Journalisten erschüttert, besonders viele aber im Winter 2004-2005 sowie auch neuerlich im Dezember 2013. Zu jeder neuen Wahl der ukrainischen Spitze wurden die Fragen von demokratischer Ordnung und Rechtsstaatlichkeit neu aufgegriffen und bildeten die

⁷⁰ Die ukrainische national-demokratische Revolution 1917-1921 ist damals gescheitert. Diese Niederlage war das Ergebnis einer nicht konsolidierten politischen Elite, eines unvollständigen Prozesses der Nationsbildung, Unterschieden zwischen den nationalen und sozialen Aufgaben der Befreiungsbewegung, Abhängigkeit von externen politischen und vor allem militärischen Faktoren. Doch während der ukrainischen Revolution begann der Prozess der Bildung einer modernen politischen Nation, die Staatstradition wurde belebt. (Kappeler 1994: 168ff)

⁷¹ Vgl. Kappeler (1994): 255f

⁷² Vgl. Huntington (1992), Brzezinski (1992).

⁷³ Vgl. Kunze (2007): 3

⁷⁴ Vgl. Templin (2007): 59

zentralen Themen der aktiven gesellschaftlichen Diskussionen.⁷⁵

Um die Bedeutung von institutionellen Veränderungen zu erklären (vor allem in Gerichtssystemen), möchte ich daran erinnern, dass die Ukraine das institutionelle System der Sowjetunion erbt und dieses in den letzten zwanzig Jahren nicht besonders stark verändert hat. Das Sowjetsystem war eine besondere Konstruktion: aufgebaut aus zwei Schichten – den externen und den internen. Die äußeren Schichten waren die formalen Institutionen der Macht, die sich auf den ersten Blick nicht von ähnlichen Institutionen in einem demokratischen Staat unterschieden: Parlamente, Regierungen, Gerichte, lokale Regierungen. Zu diesen externen Reservoirs gehörten nicht-staatliche (eine Art "public") Organisationen wie Gewerkschaften, Kultur-Gesellschaften usw. Die wirkliche Macht konzentrierte sich allerdings in den internen Reservoirs – eine informelle Schatten-Macht, deren Tätigkeiten eher durch ungeschriebene als geschriebene Regeln und Vorschriften determiniert wurden. Es war die Macht der Kommunistischen Partei. Nur die Partei war ein reeller Mechanismus, der dieses System antrieb und kontrollierte; Institutionen wie die Armee, die Polizei und das KGB wurden dadurch direkt von der Partei überwacht. Föderalisiert waren nur alle äußeren, formalen Institutionen – die Ministerien für Kultur, die Werchowna Rada (Parlament) und andere „Potemkinsche Konstruktionen“⁷⁶, die über nicht viel praktische Bedeutung verfügten.

Während der Perestroika fand jedoch die Abschwächung, das heißt die Einschränkung der Schattenregierung, der wirklichen Macht der Kommunistischen Partei, statt. Plötzlich begannen die formalen, externen Agenturen an Selbstvertrauen zu gewinnen, eine eigene Rolle zu spielen, autonom zu werden, sich zu emanzipieren von dem Einfluss und der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Dies führte zum Zerfall des kommunistischen Systems und der Sowjetunion. Es ist auch wichtig zu sagen, dass all die Institutionen, die von der Kommunistischen Partei geschaffen worden waren, nicht für eine unabhängige Existenz bestimmt waren. Sie waren einfach nicht in der Lage, ohne die führende Rolle der Kommunistischen Partei zu funktionieren. Das bedeutet, dass sie technisch gesehen nicht zum selbständigen Funktionieren programmiert waren.

Es gab keine Gesetze oder Verordnungen, die ihre selbständigen Aktivitäten angemessen regulierten. Es gab keine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten. Es gab keinen Mechanismus, um Konflikte zu lösen. All dies war nicht erforderlich, da es die Kommunistische Partei gab – ein informeller Schiedsrichter – die alle Probleme löste. Der Schiedsrichter verschwand, aber die

⁷⁵ Vgl. Kunze (2007): 4

⁷⁶ Hier als Ausdruck "Potemkinsche Dörfer" - ein Mythos im Sinne der betrügerischen Angeberei kam fest in Gebrauch. Bezeichnet das, was fein herausgeputzt ist, um den tatsächlichen, verheerenden Zustand zu verbergen. Oberflächlich wirkt es ausgearbeitet und beeindruckend.

Institutionen blieben. Auf den ersten Blick als eigenständige, unabhängige und demokratische Einheiten, aber ohne jegliche Mechanismen für Koexistenz, Kooperation, Komplementarität oder gegenseitige Kontrolle, aber mit einer großen Versuchung, ihre Autorität durch Beschlagnahme von Ressourcen oder umstrittenen Territorien zu erhöhen.

Das System geriet de facto durcheinander. Das, was in den frühen 90er Jahren in Russland und der Ukraine entstand, war in der Tat eine dysfunktionale Demokratie, die, genauer gesagt, als degradierter Autoritarismus bezeichnet werden kann. Dieses System sieht pluralistisch aus, ist aber eher ein Zwangs-Pluralismus, ein "unfreiwilliger Pluralismus" (pluralism by default), da er durch keine wirksamen demokratischen Institutionen geleistet und von den Leadern nicht respektiert wird.

Der Entschluss zur Unabhängigkeit der Ukraine war das Ergebnis eines "historischen Kompromisses" zwischen sehr heterogenen Gruppen: der von der Intelligenzija⁷⁷, „Intellektuellen Elite“ geführten ukrainischen Nationalbewegung, der Bergarbeiterbewegung und einer vom langjährigen KPdSU-Spitzenfunktionär Leonid Kravtschuk angeführten, zu "Nationalkommunisten" mutierten Gruppe der alten Sowjetelite. Leonid Kravtschuk war zuerst Parlamentspräsident und wurde am 1. Dezember 1991 zum ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine vereidigt.⁷⁸ Nach seinem Amtsantritt begann Präsident Kravtschuk zögerlich, die politischen Machtstrukturen umzugestalten. Erst im September 1992 löste er den sowjet-ukrainischen Premierminister Witold Fokin ab und ernannte Leonid Kutschma, den Direktor der Raketenfabrik in Dnipropetrovsk und Führer der Direktorenschaft im Parlament, zum neuen Regierungschef.

Die ukrainischen Politiker zeigten einige Zeit lang wegen der eigenen Schwäche, dem Mangel an Ressourcen und spezifischen Fähigkeiten, eine Art Toleranz gegenüber der chaotischen Demokratie und dem machtlosen Pluralismus. Allmählich haben sie aber gelernt, ihre autoritäre Herrschaft zu konsolidieren und dabei geschickt die demokratische Rhetorik zu imitieren.

Diese Kunst der Rhetorik fällt einem nicht automatisch zu, die post-sowjetischen Regimes mussten sie erst lernen. Sie mussten bestimmte Ressourcen akkumulieren, das heißt die trügerische Privatisierung durchführen. Sie mussten lernen, die Steuern zu heben und Anhänger zu kaufen, Klientel-Strukturen aufzubauen und die Medien zu manipulieren. Sie mussten sich

⁷⁷ Intelligencija, um 1860 in Russland aufgekommene Bezeichnung für die soziale Gruppe der nicht zur Geistlichkeit gehörenden Gebildeten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Intelligenzija zur schlagwortartigen Bezeichnung der Schicht der Hoch- und Fachschulabsolventen in den Ostblockländern, die unter politisch-gesellschaftlichem Aspekt in nichtkommunistische »alte« und in kommunistische »neue« Intelligenzija unterschieden wurden und oft beachtliche Privilegien genossen. Angehörige der Intelligenzija traten wiederholt als Kritiker des kommunistischen Gesellschaftssystems hervor.

⁷⁸ Vgl. Schneider (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West. <http://www.bpb.de/izpb/25087/ukraine-gespalten-zwischen-ost-und-west?p=all>

dieses Know-how erarbeiten. Viel von der ukrainischen Wirtschaft wurde spontan und ohne jeden rechtlichen Rahmen oder kohärenten Plan für Fairness oder Effizienz privatisiert. Die Ermächtigten und durch die Grauzone Bereicherten haben daran gearbeitet, diesen Zustand zu bewahren und weitere wirtschaftliche und politische Reformen zu ersticken.⁷⁹

Diesen schwierigen Balanceakt konnten sie jedoch nicht lange durchhalten. Das institutionelle Chaos musste irgendwie überwunden werden, entweder durch Wiederherstellung der autoritären Herrschaft, welche die Postkommunisten anstrebten, oder durch radikale Veränderung der Institutionen und Verfahren, welche, nicht weniger klar und beharrlich, ihre demokratischen Gegner zu erreichen suchten. Die Erfahrung, eine bessere Organisation und vor allem schnell und effizient akkumulierte Ressourcen machten sich bemerkbar.

Die dysfunktionale Demokratie in post-sowjetischen Republiken siegte ziemlich bald über die Wiederherstellung des Autoritarismus – die Folge der Militärputsche in Aserbaidschan und Georgien und der demokratischen Wahlen in Weißrussland und der Ukraine und zu guter Letzt in Russland und Moldawien.⁸⁰

Präsident Leonid Kutschma wurde Mitte 1994 auf Basis der Wiederverbindung von Russland und der Ukraine gewählt. Er bekam viel Unterstützung in der Ost-Ukraine und argumentierte, dass die Trennung der ukrainischen Wirtschaft von Russland unnötig und destruktiv war. Als Präsident jedoch überraschte er durch eine viel unabhängigere und pro-westliche Außenpolitik als erwartet. Er erweiterte Kravchuks Politik der engen Wechselwirkung mit der NATO und den USA und lehnte jede Form politischer oder wirtschaftlicher Integration Russlands oder der GUS hartnäckig ab.⁸¹

Leonid Kutschma schaffte das, was seine Vorgänger nicht erreichen konnten: die Hyperinflation zu stoppen und das Finanzsystem in Ordnung zu bringen. Damit hat er, mehr oder weniger, die Steuerbarkeit des Staates wieder hergestellt. Er tat es aber nicht mit Hilfe von demokratischen Institutionen und Verfahren, im Gegenteil - mit institutionalisierten, in gewisser Weise informellen, faktisch illegalen Methoden der Machtausübung. Er schuf den sogenannten Erpressungsstaat, „*blackmail state*“, wie es Keith Darden nannte⁸² und auf seine Weise war dieser Staat sehr effektiv.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Keith Darden veröffentlichte einen Aufsatz, in dem er für die halb-autoritären, hybriden Regime auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion den Begriff des "Erpresserstaats" prägte. Seines Erachtens nach war die staatlich institutionalisierte

⁷⁹ Vgl. D'Anieri (2012): 3

⁸⁰ Vgl. Riabcuk (2005): Die Ukraine am Scheideweg, ist ein Erpresserstaat reformierbar?

⁸¹ Vgl. D'anieri (2012): 3

⁸² Vgl. Darden (2001): Blackmail as a Tool of State Domination: Ukraine Under Kuchma S. 2f

Erpressung zu einem zentralen Mittel der Machtausübung in den postsowjetischen Ländern geworden.

Dieser Erpresserstaat stützte sich nach Darden auf drei zentrale Elemente. Erstens die allgegenwärtige Korruption. Eine Erpresserregierung lässt sie nicht nur zu, in vielen Fällen wird sie sogar gepflegt. Zweitens bedient sich der Staat intensiv des von der UdSSR geerbten, Überwachungsapparats. Er besteht aus dem Innenministerium und dem KGB in seiner je nach Land unterschiedlichen Erscheinungsform. Der Überwachungsapparat hat nicht nur Straftaten zu registrieren, sondern auch sogenanntes *Kompromat* (kompromittierendes Material) durch die Aufsichtsbehörden, Polizei, die Sicherheitsdienste und, am wichtigsten, die Steuerbehörden als eine Art „Steuer-Service“ zu produzieren. Und drittens die selektive Anwendung der Gesetze, genauer gesagt politischer Zweckmäßigkeit. Weit und nachsichtig werden sie für "Freunde" ausgelegt, wozu wirtschaftlich und politisch loyale Untertanen zählen; mit aller Härte, gar offen terrorisierend, werden sie gegen "Fremde" eingesetzt, gegen Oppositionelle oder solche, die der Abweichung und mangelnder Loyalität verdächtigt werden. Die Bemühungen Kutschmas, das Parlament zu kontrollieren, führten zu einer Reihe von klar illegalen Schritten, und die Nötigung der Opposition hat sich erhöht. Die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadse im Jahr 2000 war für viele im Westen und in der Ukraine ein klares Zeichen, dass sich die Art der Kutschma-Regierung verändert hat. Dies wurde bestätigt, als Aufnahmen in seinem Büro gemacht wurden, die ihn in Mord und andere Missetaten verwickelten.⁸³ In den Parlamentswahlen 2002 wurden weitere Anstrengungen seitens des Kutschma-Teams unternommen, um den politischen Wettbewerb im Land zu beschränken.⁸⁴

Die Jahre nach der sogenannten Orangen Revolution; von 2005 bis 2009, brachten dem zuvor verkrusteten, semiautoritären Staat ein demokratisches Tauwetter – in den Statistiken der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) gut zu erkennen. In dieser Zeit befand sich die Ukraine im alljährlich erstellten Index zur Medienfreiheit im unteren Mittelfeld der erfassten Länder, was als deutlicher Fortschritt, im Vergleich zu der Kutschma-Ära, als sich die Ukraine im hintersten Viertel der Rangliste befand, betrachtet werden kann.⁸⁵ Als Ergebnis solcher Überlegungen werden die meisten Übergangsländer auf dem Weg zur Demokratie dieser nicht näher kommen, sondern bleiben in der Grauzone, die für autoritäre Herrscher geeignete Bedingungen birgt. Sie ist bequem, weil sie darin in der Lage sind, die Vorteile beider Systeme, autoritärer und demokratischer, zu genießen. Auf der einen Seite die Aufrechterhaltung des Autoritarismus und damit das Vermeiden des realen politischen und wirtschaftlichen

⁸³ Vgl. Riabchuk (2005): Ukraine am Scheideweg.

⁸⁴ Vgl. D'Anieri (2012): 3.

⁸⁵ Vgl. Hermann (2013): Erosion der Medienfreiheit in der Ukraine. In: Neue Zürcher Zeitung vom 04.04.2013.

Wettbewerbs, wodurch das Risiko, die Macht durch demokratische Wahlen zu verlieren, minimiert wird. Auf der anderen Seite die Imitation einer Demokratie, wodurch Sanktionen und politische Isolation von der modernen Welt, zumindest auf der normativen Ebene, auf der liberal-demokratische Werte dominieren, vermieden werden. Dieses Gebilde zu erhalten, erfordert natürlich einigen Aufwand und Geschick. Es darf nicht "zu weit" in Richtung Demokratie abdriften, denn dann könnten die "zu fairen" Wahlen verloren werden, aber auch nicht zu fest in Richtung Autoritarismus wegdriften, denn dann könnten internationale Sanktionen drohen, oder, noch schlimmer, eine Revolution gefördert werden. Leonid Krawtschuk, genau wie sein weißrussischen Amtskollegen Wjatscheslaw Kebich, verlor in seiner Zeit Wahlen, nicht weil er ein zu aufrichtiger Demokrat war. Er verspielte die Wahl, da weder er noch sein Team genügend Ressourcen angesammelt hatte, und vor allem die Fähigkeit, die Bedingungen der imitierten Demokratie zu nutzen, nicht vorhanden war. Sein Nachfolger, Leonid Kutschma, hat diese Kunst glänzend gemeistert, und wenn nicht der für ihn fatale „Kassetten Skandal“ gewesen wäre, hätten die Ukrainer L. Kutschma für weitere fünf, zehn oder fünfzehn Jahren als ukrainischen Staatschef – wenn nicht als Präsident, dann als Ministerpräsident mit den Befugnissen des Präsidenten erleben dürfen.⁸⁶

Die Orange Revolution eskalierte im Herbst 2004 als Reaktion auf die Manipulation der Präsidentschaftswahl durch das semiautoritäre Kutschma-Regime, welches sicherstellen wollte, dass der pro-russische Präsidentschaftskandidat und ideologische Nachfolger Kutschmas – Viktor Janukowitsch – tatsächlich ins Amt gewählt würde. Präsident Leonid Kutschma, als dessen enger Vertrauter Janukowitsch gilt, schlug ihn 2004 zum Nachfolger Anatoli Kinachs vor. Durch einen Wahlsieg Janukowitschs sah Kutschma seine Immunität gesichert und hatte daher ein vitales Interesse am Wahlausgang. Sämtliche staatliche Organe waren damals mit der Wahlunterstützung Janukowitschs beschäftigt. In den Betrieben wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Unterstützungsunterschriften genötigt. Janukowitsch hatte durch seine Funktion als Ministerpräsident und durch die Unterstützung Kutschmas Zugriff auf erhebliche finanzielle Mittel aus dem Staatshaushalt für seinen Wahlkampf 2004 wie auch auf die gleichgeschaltete Presse. Viktor Janukowitsch, der vorher Gouverneur des nach Russland orientierten ostukrainischen Gebiets Donezk war, vertrat dessen Claninteressen. Um sein Wahlziel zu erreichen, schreckte Janukowitsch nicht vor massiven Wahlfälschungen zurück. Auch bei der Stichwahl stellten in- und ausländische Wahlbeobachter massive Manipulationen fest. Die Bevölkerung ließ sich das nicht bieten. In Kiew waren zeitweise mehr als eine Million Menschen auf der Straße.

⁸⁶ Vgl. Riabchuk (2012): 3f.

Im Zuge der Revolution, welche sich unter der Führung der oppositionellen Partei *Nascha Ukraïna* („Unsere Ukraine“ – Präsidentschaftskandidat Viktor Juschtschenko) und dem *Block Julii Tymoschenko* (kurz: BJUT) gebildete hatte, wurde eine Wiederholung der Stichwahlen erzwungen. Viktor Juschtschenko wurde daraufhin als Präsident der Ukraine bestätigt. Die zivilgesellschaftlichen Proteste und die Verpflichtung eines „frei und fair“ ausgewählten Staatsoberhauptes wurden von den „westlichen Welt“ als bedeutender Schritt der Ukraine zu demokratischen Neuordnung interpretiert.⁸⁷ Die Hoffnungen der Wähler der „Orangen“ Regierung lagen nicht nur auf demokratischer Umgestaltung des politischen Systems und der Korruptionsergreifung, sondern auch auf einer wirtschaftlichen Steigerung, umfassenden Maßnahmen zur Umverteilung des konzentrierten Vermögens und der Annäherung des Landes an die Werte der westlichen Welt. Allerdings verlief weder die politische noch die ökonomische Entwicklung wie gewünscht. Schon im ersten Jahr der Amtsperiode von Juschtschenko hatten sich die ehemaligen Verbündeten der Revolution aufgrund tiefgreifender Differenzen gespalten, und die Erwartungen der Gesellschaft auf Wohlstand und demokratischen Ausbau wurden ernüchtert. Korruption und Wachstumsstillstand gestalteten immer noch die politische und wirtschaftliche Existenz in der Ukraine.⁸⁸ Es stellte sich darauf die Frage, warum die „Orange“ Regierung vor allem während ihrer Regierungsperiode keine langfristige Veränderungen auslösen konnten.

Bei der Parlamentswahl im März 2006 siegte die Orange Koalition erneut, die aus Juschtschenkos "Unsere Ukraine", dem "Block von Julia Tymoschenko" und der "Sozialistischen Partei der Ukraine" von Oleksandr Moros, die zusammen 41,93% stellten, bestand. Die "Partei der Regionen" von Viktor Janukowitsch erzielte mit 32,14% das beste Einzelergebnis. Tymoschenkos Block konnte seine Parlamentssitze gegenüber 2002 fast versiebenfachen und schnitt überraschenderweise um 50% besser ab als Juschtschenkos Block "Unsere Ukraine".⁸⁹

Die Juschtschenko-Wähler waren dennoch enttäuscht, weil sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage in der Zeit seiner Präsidentschaft nicht verbessert hatte. Nach einer fünfjährigen Phase mit durchschnittlichen Wirtschaftswachstumsraten von 7,4% während der Präsidentschaft Kutschmas in den Jahren 2000-2004 erlebt die Ukraine seit der Orangen Revolution eine starke Abschwächung des Wirtschaftswachstums, auch im Ausbleiben der Aussicht auf die EU-Integration wurden die Orangen Kräfte beschuldigt.

Am 5. Februar 2008 wurde in Genf das Protokoll über die Aufnahme der Ukraine in die Welthandelsorganisation (WTO) genehmigt. Am 10. April desselben Jahres ratifizierte es die

⁸⁷ Vgl. Simon (2009): 13f

⁸⁸ Vgl. Bos (2010): 77ff

⁸⁹ Vgl. Schneider (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West.

Werchowna Rada. Die Ukraine kämpfte 15 Jahre lang für die WTO-Mitgliedschaft, aber es stellte sich heraus, dass viele Bedingungen nicht dem Interesse der nationalen Wirtschaft entsprachen. So wurde die Ukraine als neues Mitglied der WTO zu einem guten Absatzmarkt für unverkaufte Waren aus der ganzen Welt, z. B. wurde der Buchweizen aus China eingekauft, obwohl auf den eigenen Böden mehr als genug für die ganz GUS vorhanden war, was die Produktion der einheimischen Anbauer nachhaltig zerstört hat.⁹⁰

Am 25. Februar 2010 wurde Viktor Janukowitsch offiziell als vierter Präsident der Ukraine vereidigt. Die ukrainische Bevölkerung hatte damit den Mann gewählt, dem fünf Jahre zuvor der Zutritt zur selben Position durch eine Revolution versperrt worden war. Dieses Datum markiert das Ende der Herrschaft der „orangen“ Kräfte unter Präsident Viktor Juschtschenko, was die tiefe Enttäuschung während seiner Amtsperiode und ständigen Koalitions-Streitigkeiten zum Ausdruck brachte. Das, was in der „Westlichen Welt“ als Hinwendung zur Demokratie gesehen wurde, brach nun amtlich zusammen.

Die Reautokratisierungstendenzen der letzten Jahre seit der Amtsübernahme des Präsidenten V. Janukowitsch im Jahr 2010 wurden deutlich. Die Verfassungsreformen der „Orangen“ Regierung wurden im ersten Regierungsjahr rückgängig gemacht, die oppositionelle politische Elite wird mit Korruptionsvorwürfen und zahlreichen Gerichtsverfahren und Verhaftungen in die Ecke gedrängt. Diese Antikorrupsionsmaßnahmen richten sich aber meistens nur gegen die Mitglieder des politischen Lagers von J. Timoschenko. Dabei erhärtet sich der Verdacht, dass es sich dabei um eine Abrechnung mit dem Rivalen für Janukowitschs` Niederlage im Präsidentschaftswahlkampf von 2004 handelt. Auch die Pressefreiheit wird nach und nach eingeengt und muss von den Journalisten und Einzelkämpfern aus der Zivilgesellschaft immer wieder verteidigt werden. Durch die Neugestaltung der staatlichen Regierung und die Verfassungsänderungen konnte sich V. Janukowitsch in den drei Jahren seiner Regierungszeit eine auffällig starke Machtposition sichern.⁹¹

Nach genauerer Betrachtung wurde sichtbar, dass die Ukraine, nach Carothers, in die liberale / Wahldemokratie, und während Kravtschuks und Juschtschenkos Zeiten in den kompetitiven oder nicht-konsolidierten Autoritarismus unter der Verwaltung von Kutschma und Janukowitsch fällt, mit einer Tendenz zum hegemonialen Autoritarismus im Jahr 2004, was in der Tat damals eine Reaktion auf die Orange Revolution war. Angesichts der heutigen Lage gegen Ende 2013 kann eine täuschende Ähnlichkeit beobachtet werden.

⁹⁰ Vgl. Sommerbauer (2011): Ukraine: Ein Land in der „Körndllkrise“. In: Die Presse vom 07.06.2011

⁹¹ Vgl. Dörrenbächer, Oliinyk (2011): 2f

3.2 Geopolitische Rolle der Ukraine in der Weltordnung

Mit der Geburt der Ukraine als eines neuen Staates geschah in der Weltpolitik ein bedeutendes Ereignis der Geschichte, der nach Zbigniew Brzezinski eines der drei wichtigen geopolitischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts darstellt: der Zusammenbruch des Österreichisch-ungarischen Imperiums 1918; die Teilung Europas 1945 in zwei Blöcke. Die Entstehung der unabhängigen Ukraine kann als der dritte gelten.⁹² Die Ukraine als neues Subjekt der Weltpolitik mit ihren nationalstaatlichen Interessen soll somit einen Beitrag zur neuen Weltordnung leisten, um geopolitische Pluralität in der ehemaligen sowjetischen Region zu sichern. Brzezinski hob hervor, dass die Wiederherstellung der Ukraine als ein zentraleuropäischer Staat und ihre sichere Unabhängigkeit eindeutig der entscheidende materielle Ausdruck dieses Pluralismus ist, der in ihren und westlichen langfristigen Interessen liegen soll.⁹³ Die Beziehungen zu Russland und anderen Ländern des näheren Auslands sind durch wirtschaftliche Interessen der Ukraine, ihre historische Vergangenheit, den demographischen Bestand der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Bewahrung ihrer nationalen Sicherheit geprägt.

Als das Land am Dnjepr ist die Ukraine ein Bindeglied zwischen Ost und West, auf beiden Seiten ein attraktiver Partner im Hinblick auf die Transitrouten für Gas- und Öllieferungen und ihren weitläufigen Zugang zum Schwarzen Meer.

Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde dann aber ein vorwiegend asiatisches Reich werden [...]. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.⁹⁴

Die Anleitungen von Z. Brzezinski über die geopolitischen Verhältnisse und Verhaltensweise gegenüber der Ukraine sind heute aktueller denn je. Die geografische Lage der Ukraine macht sie von beachtenswerter Bedeutung für den Weltenergie transfer, als wichtiger Transportkorridor für Öl- und Gas aus dem russländischen und kaspischen Raum zu den europäischen Märkten. Der Großteil der europäischen Ölimporte wird immer noch durch die „Druschba“-Trasse transportiert, deren südliche Gabelung durch die Ukraine verläuft. Die Unbestimmtheit der ukrainischen Zuordnung trägt ein großes Risiko in sich, da sie sich in einer Art „Pufferzone“

⁹² Vgl. Brzezinski (1992): 10

⁹³ Vgl. Brzezinski (1995): 391

⁹⁴ Brzezinski (1997): 74

zwischen den neu zu gestaltenden Integrationsräumen befindet.

3.3 Wirtschaftliche Lage

Im Gegensatz zu den meisten Ländern im Westen und sogar im Gegensatz zu Russland in den frühen 1990er Jahren hat die Ukraine schnellen wirtschaftlichen Wandel abgelehnt. Die "national- demokratischen" Lager in der Westukraine und allgemein gesehen "pro-westlich" tendieren in Richtung des wirtschaftlichen Nationalismus den freien Märkten und standen dem Freihandel (vor allem mit Russland) sehr skeptisch gegenüber. Die Linken im Osten der Ukraine, wie auch die meisten Schwerindustriellen standen im Gegensatz dazu sowohl für den freien Markt als auch für den Freihandel.

Mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Planwirtschaft und des damit eng verflochtenen Wirtschaftsraumes musste Leonid Kutschma als Premierminister einen dramatischen Wirtschaftseinbruch durchmachen, dessen Folgen eine starke Hyperinflation, massive Produktionseinbrüche und sinkende Realeinkommen waren. Um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, verlangte Kutschma Sondervollmächte, welche ihm das Recht gaben, die Zuständigkeiten des Präsidenten und des Parlaments einzuschränken und per Dekret zu regieren. Das Parlament gewährte ihm dieses Recht im November 1992 für ein halbes Jahr. Mit der Verweigerung des Parlaments, diese Vollmacht zu verlängern, folgten enorme Verschlechterungen der ukrainischen Wirtschaftslage und eine Streikwelle, welche Kutschma im 1993 zum Rücktritt bewegte.

Erst im 1999 hatte die Ukraine erneut ein Wirtschaftswachstum. L. Kutschma wurde in seiner Regierungszeit als moderater, reformorientierter Premier bekannt, der gegen das Parlament und entgegen dem Präsidenten agiert hat. Diese Macht- und Zuständigkeitsverhältnisse zwischen den staatlichen Institutionen waren sehr unklar und blockierten die Wirtschaftsreformen massiv.⁹⁵ Weder Kutschma noch das Parlament hatten viel Interesse an wirtschaftlichen Reformen. Kutschma hat weder die politischen Reformen noch die Justizreform oder zivile Kontrolle des Militärs verfolgt, die für den Westen von primärem Interesse waren. Kutschma wollte dem Westen geopolitisch beitreten, aber nicht in Hinsicht auf die Institutionen des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus. Das war jedoch nicht möglich. Die Europäische Union und die

⁹⁵ Vgl. Schneider (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West. Publikationen. URL: <http://www.bpb.de/izpb/25087/ukraine-gespalten-zwischen-ost-und-west?p=all>

NATO-Politik gegenüber Osteuropa zeigten, dass die Grenze zwischen Innenpolitik und Außenpolitik gelöscht war: nur die Länder, die sich selbst transformieren, um sich dem freien Markt liberaler Demokratien anzunähern, werden in westlichen Institutionen begrüßt.⁹⁶

Während der intensiven Auseinandersetzungen darüber, ob das Land sich nach Osten oder nach Westen richten soll, wurde Konsens über die Vermeidung von schnellen Privatisierungen oder anderen Marktformen gefunden. In der Zeit von 1993/1994 erlebte die Ukraine eine sehr hohe Inflation.⁹⁷ Das Atomabkommen 1994 öffnete die Tür für eine NATO-Partnerschaft, sehr zur Besorgnis Russlands. Dies war ein bedeutender Sieg für die Ukraine, aber die Nuklear-Uneinigkeiten hatten die ernsthaften Gespräche mit den USA für fast drei entscheidende Jahre verzögert, als sich die US-russischen Beziehungen verschlechterten und die Ukraine wirtschaftliche Hilfe dringend benötigte. Während dieser Zeit gab es in der Ukraine konkurrierende Überzeugungen über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Trennung von Russland. Einige glaubten, dass die Ukraine von der Sowjetunion ausgebeutet wurde und nahmen an, dass die ukrainische Wirtschaft gedeihen würde, wenn sie sich ganz von der Sowjetunion befreite. Andere waren der Ansicht, dass die Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen Trennung der Ukraine von Russland zu groß seien, da die Ukraine stark in die Wirtschaft Russlands integriert war. Die Erfahrungen dieser Zeit haben schnell gezeigt, dass die Ukraine wirtschaftlich von Russland und anderen postsowjetischen Staaten abhängig war und dass diese Interdependenz hoch asymmetrisch war. Russland war abhängig von den ukrainischen Lebensmittellieferung, aber der globale Agrarmarkt hatte erhebliche Überkapazitäten, und andere waren begierig, nach Russland zu verkaufen. Im Gegensatz dazu ist die Ukraine abhängig von den russischen Energielieferungen, und es gibt keine einfache alternative Versorgung. Die Ukraine hat eine der energieintensivsten Volkswirtschaften der Welt, und ihre Schwerindustrie baut auf der integrierten Übernahme von stark subventionierter Energie auf. Auch wenn alternative Versorgung gefunden werden könnte, würden die Marktpreise die Ukraine wirtschaftlich wettbewerbsunfähig machen. Das Land hat nur wenig Energieträger, nur geringe Gas- und kein Ölvorkommen. Die Kohlevorkommen im östlichen Donbass-Gebiet sind weitgehend erschöpft. Dafür verfügt die Ukraine über 5% der Weltbestände an Eisenerz, 20% der Weltvorräte an Mangan, sowie über mehr Graphit, Brom, Quecksilber und Schwefel als das Land selbst benötigt. Als Ergebnis ist die Aufrechterhaltung des Zugangs zu russischen Energielieferungen und die Zahlung für diese als eine deutliche und konsequente wirtschaftliche

⁹⁶ Vgl. D'Anieri (2012): 3

⁹⁷ Vgl. D'Anieri et al.(1999) In: D'Anieri (2012): 3

und außenpolitische Herausforderung.⁹⁸

Die hintereinander folgenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen trafen die Ukraine besonders verheerend. Die ukrainische Regierung vernachlässigte die Bedrohung durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen 2008 sehr lange und unterschätzte das Ausmaß der Betroffenheit der ukrainischen Wirtschaft.⁹⁹ Sie meinten, dass die ukrainische Wirtschaft angesichts der schwachen Entwicklung des heimischen Finanzmarktes, von der Weltkrise nicht betroffen werde und die Auswirkungen kaum spürbar sein würden. Dennoch übertrug sich die Krise, wie auch auf andere Länder Osteuropas, wenn auch mit Verspätung, auf die Ukraine in ungeahnten Dimensionen. Der folgenschwere Zusammenbruch des Bankensektors mit massivem Wachstumseinbruch als Folge und beträchtlicher Abwertung der Landeswährung, markierte die wirtschaftliche Lage der Ukraine ab der zweiten Hälfte 2008. Nach einem IWF-Bericht war die Ukraine mit ernsthafter Aussicht auf einen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, neben Russland und Kasachstan, einer der am stärksten von der Weltwirtschaftskrise 2008 betroffenen Staaten.¹⁰⁰

Die massiven ausländischen Direktinvestitionen, die aufgrund der Turbulenzen des Weltmarktes für die Ukraine lukriert werden konnten, gelangten in den Finanz- und Bankensektor und bedingten jene schnelle Entwicklung.¹⁰¹ Die erweiterte Finanzpolitik der ukrainischen Regierung nach dem Gaspreis-Schock 2005 mit der bedeutenden Erhöhung von Löhnen und Renten trug massiv zur Erhöhung der Inflation bei. Die erhöhten Staatsausgaben belasteten den Staatshaushalt zusätzlich und beschränkten damit wesentlich das finanzielle Potenzial des Staates, welches im weiteren Gefecht mit der Wirtschaftskrise unumgänglich war.

Die essentiellen makroökonomischen Indikatoren zeigten auffällige Senkungen der Industrieproduktion und des BIP am Anfang 2009, welche gravierende Rückgänge der Exporte und einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Inflation als Folge hatten.¹⁰²

Aus Angst der Abwertung von Landeswährung und angesichts der starken Inflation versuchte die Bevölkerung die Hryvnia in Fremdwährung umzutauschen, was für die Hryvnia nur noch höheren Inflationsdruck bedeutete. Die gesunkene Nachfrage nach Rohstoffen auf dem internationalen Rohstoffmarkt wirkte sich ebenfalls negativ auf das Exportgeschäft der Ukraine

⁹⁸ Vgl. D'Anieri (1999, 2012): Kapitel 4

⁹⁹ Vgl. Malygina, K. (2008): 2

¹⁰⁰ Bericht von IWF über die globale Konjunkturaussichten - die GUS-Länder sind von der globalen Wirtschaftskrise am stärksten betroffen aufgrund von drei gravierenden Schockerlebnissen: finanzielle Turbulenzen als Folge des Trubels auf dem globalen Finanzmarkt, gesunkene Nachfrage seitens der Industriestaaten und Absturz der Rohstoffpreise im Verhältnis zu Energiepreisen, IMF (2009), S. 84ff.

¹⁰¹ Tabelle zu ausländischen Direktinvestitionen, State Statistics Committee of Ukraine, <http://www.ukrstat.gov.ua/>; auch Abbildung 26: Direct Investments in Ukraine's Economy, NBU (2008), S. 35

¹⁰² Vgl. IMF (2009): 5 ff.; NBU (2008): 14 ff

in den nächsten Jahren aus.¹⁰³ Die Verzögerung des Geldzuflusses aus dem Export war hinsichtlich der Notwendigkeit der finanziellen Ressourcen für die Bekämpfung der Rezession eine zusätzliche Belastung für den Staatshaushalt, der ohnedies durch eine hohe Auslandsverschuldung stark belastet war.¹⁰⁴ Das aktuelle jährliche BIP lag etwa bei 130 Milliarden Euro (Deutschland 2500 Milliarden Euro), das Wirtschaftswachstum betrug 2010 - 4,1%, 2011 - 5,2%, 2012 - 3%, 2013 - ca. 3,5%.¹⁰⁵

Die Besonderheit der ukrainischen Finanzlage im Jahr 2013 war, dass die ukrainische Wirtschaft als Folge des Rückgangs des BIP auch 2012 offiziell in eine Rezession verfiel. Im Jahr 2013 stürzte die Wirtschaft auch weiter ab und zeigte einen Rückgang in drei aufeinander folgenden Quartalen, der viel schlimmer wurde, als selbst die pessimistischsten Erwartungen zu Beginn des Jahres vermuten ließen. Die Hauptgründe für die schwierige Wirtschaftslage im Jahr 2013 war ein Komplex von Faktoren. Der wichtigste war wahrscheinlich die geringe Nachfrage der Auslandsmärkte als Folge der Rezession in der Eurozone sowie ein fallendes Wirtschaftswachstum in der Russländischen Föderation und den GUS-Ländern. Dazu kamen in der zweiten Hälfte 2013 die Handelskriege und die Stärkung der Schutzmaßnahmen von Seiten Russlands, die sich negativ sowohl auf die Industrieproduktion als auch die Handelsbilanz auswirkten. Zusätzlich war eine stabile nationale Währung als zweiter "Abschreckungs"-Faktor für die Exporteure im Jahr 2013, welche die Möglichkeit der ukrainischen Produzenten, um mit ausländischen Märkten zu konkurrieren, weiter reduzierte. Dazu kamen noch die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und die sogenannte „Moskauer“ Vereinbarungen. Diese zeigten, dass die Ukraine die Wirtschaftsreformen nicht nur verzögert, was die Unterzeichnung des EU-Ukraine Assoziierungsabkommens bedeuten würde, sondern auch die Tatsache, dass die Ukraine ihre wirtschaftliche Neutralität nicht halten kann. Kiew wird unweigerlich gezwungen sein, zwischen den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften – EU oder der Zollunion – zu wählen, meinte Ildar Gazizullin - Experte des Ukrainischen Institut für Public Policy.¹⁰⁶

¹⁰³ Vgl. IMF (2009): 8; In Doncenko (2010): 4

¹⁰⁴ Vgl. Key Macroeconomic Indicators, WB (2009): 2

¹⁰⁵ Vgl. Statista, Ukraine: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/232410/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-ukraine/>

¹⁰⁶ Vgl. Zanuda (2013): Экономика-2013: не-"улучшение" на фоне европаузы. BBC – Ukraine. URL: http://www.bbc.co.uk/ukrainian/ukraine_in_russian/2013/12/131223_ru_s_economy_2013.shtml

3.4 Regionale Vielfalt

Die großen Unterschiede zwischen Osten und dem Westen der Ukraine gelten als wesentliche Hindernisse für die Einigung des Landes und eines funktionierenden politischen Systems. Die europäische Öffentlichkeit betont diese Unterschiede zu stark und überbewertet ihre Folgen für die ukrainische Entwicklung. Die Analyse der Verhältnisse im historischen und sprachlich-ethnischen Kontext zeigt aber, dass die regionalen Unterschiede nuancierter sind als die gängigen Vorstellungen.¹⁰⁷

Das Beispiel der Ukraine beweist, dass regionale Vielfalt einen jungen Staat im Umbruch stärken kann. Vielfalt kann politische Übermaße dämpfen und eine autoritäre Umkehr korrigieren. G. Sasse schreibt dass: „Entgegen den theoretischen Annahmen tragen regionale Differenzen und die politische Mobilisierung und Konsensfindung zur Stabilität und Demokratisierung bei.“¹⁰⁸

Die Ukraine hat nach der letzten Volkszählung 2001 48,5 Millionen Einwohner (ca. 60% der Einwohneranzahl Deutschlands). Die 77,8% der Bevölkerung bilden die Ukrainer, die Russen 17,3% der Anteil der Weißrussen, Krimtataren, Moldawier, Bulgaren, Juden, Rumänen, Deutschen u. a. liegt jeweils unter einem Prozent.¹⁰⁹

Die Außenpolitik der Ukraine wird nicht nur wegen der geografischen Lage sondern durch die unterschiedlichsten politisch-kulturellen Traditionen geprägt. Galizien (Lemberg) gehörte bis 1772 zu polnisch-litauischem Staatsgebiet, dann bis 1918 zu österreichischen Krone und zwischen den beiden Weltkriegen zu Polen. Die Bukowina (Tschernowitz) war bis 1918 österreichisch und zwischen den beiden Weltkriegen Rumänien zugesprochen. Transkarpatien (Ushgorod) war früher österreichisch, zwischen den beiden Weltkriegen tschechoslowakisch und kam erst 1939 zur Sowjetunion.¹¹⁰ Wolynien war wie Galizien erst polnisch-litauisch, dann russisch, zwischen den beiden Weltkriegen wieder zum Teil polnisch und wurde letztendlich 1945 ganz der Sowjetunion angeschlossen. Der südliche Teil der Ukraine wurde erst Ende des 18. Jahrhunderts nach den erfolgreichen Kriegen gegen das Osmanische Reich teil des russischen Imperiums. Demnach ist die sprachlich-ethnische Heterogenität der ukrainischen Bevölkerung ziemlich ungleichmäßig verteilt.¹¹¹ Darum ist der russischsprachige Teil der

¹⁰⁷ Vgl. Stewart (2010): 153

¹⁰⁸ Sasse (2010): 105

¹⁰⁹ Daten der letzten Volkszählung in 2001 o. S. URL: <http://2001.ukrcensus.gov.ua/results/general/nationality/>

¹¹⁰ Vgl. Günther (2006): 44

¹¹¹ Vgl. Schneider (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West. Bundeszentrale für politische Bildung. o. S.

ukrainischen Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine deutlich höher als in westlichen und nördlichen Regionen des Landes. So beträgt die russischsprachige Bevölkerung in den westlichen Teilen etwa 10%, im Norden rund 45%, im Süden über 85%, und im Osten etwa 89%.

Die unterschiedlichen historischen Entwicklungen dieser Teile der Ukraine, die ihre Spuren in der Existenz von nationalen Minderheiten und in besonderen, nicht immer positiven, Beziehungen dieser Minderheiten zu deren „Mutterstaaten“ hinterlassen haben, führen zu deutlichen Unterschieden zwischen diesen Gebieten“, was auch im modernen Wahlverhalten zum Ausdruck kommt.¹¹²

Vor 1994 wurde auf diese Tatsache keinen Wert gelegt; als allerdings die Präsidentschaftswahlen 1994 erfolgten und die Ukraine dazu zum ersten Mal in zwei Teile geteilt wurde, konnte festgestellt werden, dass die regionale Verteilung der abgegebenen Stimmen für die führenden Kandidaten (Bspw. L. Krawtschuk / L. Kutschma sowie bei V. Juschtschenko / V. Janukowitsch), der regionalen Verteilung der Bevölkerungsgruppen entsprach. Die sprachlich-ethnische Zusammensetzung und der auffälliger Regionalismus prägen auch die national-politischen Ansichten, welche auch die Beziehungen zwischen Ukraine, EU und Russland stark beeinflussen. An dieser Stelle entsteht erneut die Frage, ob die ukrainische Bevölkerung die „Euroatlantische Richtung“ oder die Richtung „Russland“ wählt, dem entsprechend wird sich die politische, wirtschaftliche wie auch soziale Zukunft gestaltet.

¹¹² Stewart (2010): 154

4. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

4.1 Die Beziehungen der EU zur Ukraine

Im Folgenden werden die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine und die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Partnerschaft im Konkreten beschrieben sowie die Hintergründe erläutert, die sich daraus ergeben. Zunächst werden grundsätzliche geostrategische Strategien der Europäischen Union in Bezug auf die Ukraine und deren Interaktion zu Russland analysiert, um anschließend einen Überblick über die tatsächlichen Fördermaßnahmen im Bereich der Demokratiekonsolidierung und ihre Bedeutung für die Ukraine zu schaffen. Auf die entsprechenden Vereinbarungen und Pläne, die mit der Ukraine festgelegt wurden, wird die Autorin in dem folgenden Kapitel dieser Arbeit genauer eingehen.

Mit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und den damit einhergehenden Herausforderungen an die neuen Außengrenzen sahen sich die europäischen Akteure vor die Notwendigkeit gestellt, neue Formen der Kooperation mit jenen Staaten zu finden, die nach der Erweiterungsrunde an die EU grenzen würden. In der gleichen Zeit wuchs aber die Erweiterungsskepsis in der Europäischen Union selbst. Die Diskussion über die europäische Nachbarschaftspolitik wurde intensiviert und es wurde entschieden, diese zu verstärken.¹¹³ Im Jahre 2004 wurde eine spezifische Form der Kooperation zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten ausgearbeitet, welche aber keine explizite Beitrittsperspektive anbietet, stattdessen aber das Ziel hat, die friedlichen Beziehungen, basierend auf einer Zusammenarbeit, zu schaffen.¹¹⁴ Die ENP reguliert die Außengrenzen der Nachbarländer – am Land und am Meer – und soll zu Wohlstand und Sicherheit in diesen Ländern beitragen.¹¹⁵ Sie unterhält ein Wechselspiel aus Anreizen und politischen Reformen in den Nachbarschaftsstaaten, wie die technische und wirtschaftliche Kooperation, ebenso wie die vertiefte Hilfestellung in unterschiedlichen Sphären, um die Reorganisation und Reformen in den Partnerländern voranzutreiben.¹¹⁶ Als Voraussetzung für die Partnerschaft mit der EU zählt die Anerkennung der europäischen Werte wie Demokratie sowie die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Es stellt sich allerdings die

¹¹³ Vgl. Schlott (2009): 4

¹¹⁴ Vgl. Schlott (2009): 7

¹¹⁵ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 62

¹¹⁶ Vgl. Schlott (2009): 9

Frage, ob die ENP die Sicherheit und die Stabilität für die Nachbarländer der Europäischen Union auch ohne Beitrittsperspektive sicherstellen kann.¹¹⁷ Die ENP kann als eine innovative Form der modernen Außenpolitik bezeichnet werden, weil sie durch ihre strategischen Vorhaben unterschiedliche Spektren und Bereiche der Politik verbindet.

Die breite Herangehensweise und die nachhaltig gerichtete Zusammenarbeit, welche sich auf einen umfangreichen Themenbereich streut, sind die Hauptstärken der ENP. In den Aktionsplänen werden klare Prioritäten gesetzt und die Umsetzung wird wachsam verfolgt. Allerdings hat solche Nachbarschaftspolitik auch ihre Schwächen, wenn sie ihre Beziehungen nicht nur mit den Partnerländern, welche um ihren Reformvorschritt bemüht sind, sondern auch mit den Ländern, die nur wenige reformorientierte Anstrengungen zeigen, vertieft. Dabei werden auch die Uneinigkeit bei der Ausgestaltung der ENP sowie Widersprüche zwischen den Aussagen und der praktischen Durchführung sichtbar. Die Ursachen dafür liegen zum einen in der Abhängigkeit der EU von verlässlichen Energielieferanten und zum anderen in den sehr begrenzten finanziellen Mitteln, welche kaum genügend für die rohstoffreiche Staaten sind um besondere Anreize für nachhaltige und weitreichende Reformen darzubieten.

Außerdem spielt die Haltung der Nachbarstaaten eine wichtige Rolle. Länder, die weder sicherheitspolitisch noch handelspolitisch von der EU abhängig sind, haben wenig, bzw. keine Gründe, die Werte der EU anzunehmen.¹¹⁸

Das verkündete Ziel der ENP ist es, einen so genannten Kreis von Freunden zu schaffen.

Die wichtigsten Ziele der ENP sind:

- Erfolgreiche Entwicklung der Länder in unmittelbarer Umgebung der EU, durch Unterstützung der Prozesse von wirtschaftlichen Reformen und der Chance auf wirtschaftliche Integration in die EU;
- die Förderung von Freiheit und Demokratie in den umliegenden Ländern, durch die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen;
- die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität durch die Zusammenarbeit mit Nachbarschaftsländern in Sicherheitsfragen (Probleme der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismusbekämpfung, Umweltprobleme) im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Tatsächlich setzt sich die Europäische Nachbarschaftspolitik das Ziel, rund um die EU eine

¹¹⁷ Vgl. Schneider-Deters (2010): 60; Günther (2006): 588

¹¹⁸ Vgl. Bendiek (2008): 10

sichere und stabile Umwelt zu schaffen.¹¹⁹

Die Abwesenheit von Bestimmung in der ENP über die künftige Mitgliedschaft in der EU basiert auf der Tatsache, dass die ENP für Länder gilt, die nicht in den Anwendungsbereich der EU-Erweiterungspolitik, auch nicht in der entlegensten Perspektive, eingeschlossen sind. Genauer gesagt, wurde im Jahr 1987 Marokkos Bewerbung um Mitgliedschaft abgelehnt, mit der Begründung dass es "kein europäisches Land" ist. Dieser Präzedenzfall macht einen Beitritt für afrikanische und nah-östliche Länder unmöglich. Über die Ukraine wurden von den verschiedenen EU-Institutionen unterschiedliche Meinungen geäußert.

Die Vertreter der Europäischen Kommission haben sich gegen eine Gewährung der Mitgliedschaft für die Ukraine ausgesprochen, ihr Hauptargument lautet, die EU sei „nicht bereit“, die Ukraine als künftiges Mitglied der Gemeinschaft zu akzeptieren. Ein Teil des Europäischen Parlaments nahm im Juli 2007 (zum zweiten Mal) eine Resolution auf, mit der Empfehlung, die Position der europäischen Perspektive, die Ukraine betreffend, offiziell zu fixieren. Diese Position der Parlamentarier ist wahrscheinlich durch die Stimmung der europäischen Wähler bedingt. Laut einer Umfrage für das Eurobarometer der Europäischen Kommission zur Einstellung gegenüber der Nachbarschaftspolitik glauben Teile der EU-Bürger, dass die Ukraine zu den Ländern gehört, die in naher Zukunft Mitglieder der EU werden (auf diesem Indikator war die Ukraine nur 2 Punkte hinter Kroatien, welches das Recht auf Aufnahme im Jahr 2013 gewann, und als Land des Westbalkans, anders als die Ukraine, offizielle EU-Beitrittschancen hatte).¹²⁰ Selbst angesichts der positiven Haltung gegenüber der Ukraine weigern sich die EU-Beamte zu sagen, dass „die Türe offen“ ist, stattdessen bemerken sie lieber, „die Türe sei nicht geschlossen“.

Aber außer der Frage der Mitgliedschaft hat der Vektor der östlichen ENP die folgenden Besonderheiten:

- Entwickelt sich im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und ist Modifikation der Anpassung an die Auswirkungen der letzten Runde der EU-Erweiterung und der Konfrontation mit den neuesten Bedrohungen (vor allem den Gefahren für die Energiesicherheit der EU);¹²¹
- bestimmt einige Schwerpunkte der Zusammenarbeit wie: Energie, Verkehr, Umwelt, Beschäftigung, Gesundheit, Justiz und Sicherheit;
- dient als Begrenzung der Zusammenarbeit in der wirtschaftlichen Integration (FTA

¹¹⁹ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 63

¹²⁰ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 63f

¹²¹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): 5f, 11

Teilnahme an künftigen europäischen Energiestrategie, etc.);

- unterstützt nachdrücklich die Beteiligung der Nachbarländer in der globalen (WTO)¹²² und regionalen Organisationen;
- ist Voraussetzung für die Kooperation und die Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten.

Bei der Suche nach wirksamen Strategien der östlichen EU-Gespräche über eine Neuformatierung der ENP haben sich zwei grundlegende Ansätze herauskristallisiert – ein deutscher und ein polnischer. Der deutsche Ansatz basiert auf einer breiteren Abdeckung der Ost-Politik der EU, welche als Basis die Politik gegenüber Russland enthält und sich auf die Bildung einer kooperativen Ordnung im Großraum Europa ausrichtet. Der polnische Ansatz fokussiert auf die Länder Osteuropas und fordert eine Annäherung dieser Länder an die Europäische Union in dem Maße, dass eine Rückkehr unter russischem Einfluss vermieden werden kann. Während der Projektplanung „Koordination der EU-Ostpolitik“ wurde ein Kompromiss gewählt, welcher in der EU-Initiative die östliche Partnerschaft verkörpert.¹²³

Derzeit ist die wichtigste Richtung der Realisierung die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Energiebereich, die in den östlichen ENP-Vektor eingebaut ist. Gefahren für die Sicherheit der Energieversorgung, wie in den letzten Jahren am deutlichsten klar wurde, sind grenzüberschreitender Natur (sowie andere aktuelle Bedrohungen – Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen etc.), und um sie zu überwinden benötigt es kollektive, internationale Anstrengungen. Dazu sollte die Schaffung der Europäischen Energie-Gemeinschaft beitragen, in der die Ukraine seit 2011 den Status eines Vollmitglieds hat. Allerdings umfasst die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU im Energiesektor innerhalb der ENP eine Reihe von Herausforderungen, wie die Tatsache, dass die vorgeschlagenen, zugehörigen Projekte (z.B. Schwarzmeer-Synergie)¹²⁴ nicht zur Integration der Nachbarländer beitragen sollten, sondern die regionale Führung von EU-Mitgliedstaaten – Bulgarien und Rumänien – in der Schwarzmeerregion sicherten.¹²⁵

Ende 2010/Anfang 2011 haben die Ereignisse in Nordafrika – Tunesien und Ägypten, welche Teil der Zone „Nah zur EU“ sind – die Sicherheitsfragen in Europa und der Welt verstärkt. Und der Beginn der Operation in Libyen zeigte, dass die Klärung dieser Fragen nicht verschoben

¹²² Für aktuelle Daten und weitere detaillierte Informationen über die Mitgliedschaft der Ukraine in der WTO siehe http://www.wto.org/english/thewto_e/countries_e/ukraine_e.htm

¹²³ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 68

¹²⁴ Schwarzmeer Synergie richtet sich auf die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union mit den Ländern der Region (Ukraine, Georgien, der Türkei, Russland) in den Bereichen für good Governance, Migration, Sicherheit, Energie, Verkehr, Umwelt, Fischerei, Handel, Forschung, Bildung, Beschäftigung, Soziales, Wissenschaft und Technik.

¹²⁵ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 64

werden darf. Anfang 2011 haben die Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments den Wunsch nach radikaler Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik geäußert, der Anwendungsbereich erstreckt sich auch auf die Ukraine. Das Hauptanliegen der überarbeiteten ENP von 2011 ist: „more for more“. Das bedeutet, die EU bietet eine aktivere finanzielle und politische Unterstützung für Länder, die ihre internen Reformen zielbewusster umsetzen und mehr Fortschritte in Richtung Demokratie zeigen.¹²⁶ Das Prinzip der Beurteilungen von „Errungenschaften“ erfolgt deklarativ und enthält keine neuen Werkzeuge für die Umsetzung und Förderung von Reformen. Sie beruhen in erster Linie auf einer Zuteilung der finanziellen Unterstützung. Ein früherer Versuch, die Wirksamkeit der ENP zu erhöhen, war die geographische Trennung der Nachbarländer in die südlichen Nachbarn der Mittelmeerunion und die Östlichen Partnerschaften (außer Russland, das sich geweigert hat, der ENP beizutreten). Das Prinzip der aktiven Förderung der Beziehungen zu den Nachbarländern "nach Leistung" steht im Gegensatz zu den geographischen und geopolitischen Trennungen des Projektes.¹²⁷ Besonderheiten der Ost-Richtung erfordern Ausgleichsstrategie für die Beziehungen mit den Staaten Osteuropas auf der einen und Russland auf der anderen Seite – eine große Herausforderung für die Europäische Union.

Am 26. Mai 2008 legten Polen und Schweden dem Außenministerrat der EU eine neue Initiative vor, die in die Östliche Partnerschaft Nachbarländer ohne EU-Mitgliedschaft, wie die Ukraine, Moldawien und Weißrussland (unter bestimmten Bedingungen) und Länder des Südkaukasus – Georgien, Armenien und Aserbaidschan – aufnehmen sollte.¹²⁸ Basierend auf den Ideen der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde die Östliche Partnerschaft entwickelt, um die Form der Zusammenarbeit mit den Programmteilnehmern zu konkretisieren und Mechanismen zur Förderung der Zusammenarbeit in hoch spezialisierten Bereichen zu aktivieren.

Mit der Östlichen Partnerschaft als Bestandteil der Europäischen Nachbarschaftspolitik reagierte die EU auf den externen Antrag auf Verstärkung von Integrationskomponenten (von Seiten der osteuropäischen Länder) und den „Binnen“-Antrag, die eigene Außenpolitik in der östlichen Dimension zu stärken. Der offizielle Zweck dieses Vereins ist die Entwicklung der tieferen wirtschaftlichen, politischen und humanitären Beziehungen der EU mit den osteuropäischen und kaukasischen Ländern auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und tiefgreifender sozialer Veränderungen europäischen Standards, sowie verstärkter politischer Dialog mit Ländern, die gerne mehr integrierende Beziehungen hätten. Die Östliche Partnerschaft ergänzt das bilaterale Format der Beziehungen mit den EU-Partnerländern durch die Möglichkeit, in einem

¹²⁶ EU financial co-operation with Ukraine (2013); Vgl. Ermolaev et al. (2012): 68f

¹²⁷ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 66

¹²⁸ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 66f

multilateralen Format zu arbeiten.¹²⁹

Die finanzielle Seite der Östlichen Partnerschaft sieht nicht allzu attraktiv aus für die Ukraine. Im Gegensatz zu Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan sollte die Ukraine relativ bescheidene Mittel für die Durchführung von Pilot-Projekten bekommen, anstatt auf die Entwicklung der Infrastruktur von Städten und Regionen zu setzen. Den Grund dafür haben EU-Beamte im Fehlen einer angemessenen Gesetzgebung verortet und in den fehlenden Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge, welche zum Zeitpunkt der Annahme des Haushaltsplans fehlten.¹³⁰

Während des Prager Gipfels im Jahr 2009 hat die Europäische Union beschlossen, die Beziehungen mit sechs Ländern Osteuropas und des südlichen Kaukasus anhand von Assoziierungs-Abkommen für eine tiefe und umfassende Freihandelszone (AA und FTA) zu verstärken und die multilaterale Dimension der regionalen Zusammenarbeit in eine bestimmte Anzahl der sektoralen Kooperationsmechanismen zu formieren. Auf einmal wurde das wichtigste Element – die Anerkennung der Perspektive einer Mitgliedschaft – aus dem Projekt entfernt und die Ebene der praktischen Zusammenarbeit nicht klar definiert.¹³¹

Diese bedeutende konzeptionelle Begrenzung wurde durch die Notwendigkeit, eine einzige Herangehensweise unter allen EU-Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der signifikanten Unterschiede ihrer außenpolitischen Prioritäten zu finden, bestimmt. Heute, im Verständnis der Ziele des Funktionierens und der Weiterentwicklung der Östlichen Partnerschaft, halten viele Mitgliedsstaaten der EU an den gemeinsamen Positionen fest, haben aber eine genauso lange Liste von Unterschieden. Erzielte Einigung beinhaltet die Verwendung von Instrumenten des "weichen" Einflusses auf Osteuropa, um ihre Europäisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu fördern, die Schaffung günstiger Bedingungen für Handel und Investitionen voranzutreiben sowie die schrittweise Integration in den europäischen Binnenmarkt, die letztlich im Interesse der europäischen Unternehmen liegt. Das unter dem europäischen Kompromiss Erreichte wird durch eine Liste von „Belohnungen“, die die EU ihren Partnern im Osten anbieten kann, honoriert: Abschluss des Assoziierungsabkommens und ein vertieftes und umfassenderes Freihandelsabkommen, sektorale Integration in den europäischen Markt, Liberalisierung des Visa-Regimes, Verbreitung der regionalen Integration und Interaktion der Zivilgesellschaft.¹³²

Die Schwierigkeit der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine besteht darin, dass zwei unterschiedliche Wünsche aufeinander prallen: Die Ukraine strebt einen

¹²⁹ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 68f

¹³⁰ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 69

¹³¹ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 69f

¹³² Vgl. Hrisoskulov (2012): 98f; Ermolaev et al. (2012): 71

schnellstmöglichen Beitritt an, die EU hingegen nur eine Partnerschaft.

Wenn auch ein Beitritt für die Ukraine in absehbarer Zukunft nicht erreichbar ist, die Vorteile für die Ukraine anhand der engeren Kooperation zur EU sind sichtlich: die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Hilfe beim Aufbau und der Kontrolle der Konsolidierung der demokratischen Ordnung und die Aussicht auf Reduktion der Abhängigkeit von Russland. Ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung sieht sich aufgrund seiner Werte und Geschichte als Teil Europas. Darüber hinaus kann die EU durch die rein geographische Lage der Ukraine an Einfluss im postsowjetischen Gebiet gewinnen.

In diesem Zukunftsmodell Europas findet sich erwartungsgemäß auch einen Platz für die Ukraine, wegen ihres geopolitischen Potenzials welcher sie als Faktor der Stabilität in Osteuropa vorsieht. Diese Rolle kann die Ukraine nur dann erfüllen, wenn die politische Stabilität, der Schutz der Menschenrechte, die damit verbundenen sozio-orientierten, demokratischen Transformationen zur Realisierung eines stabilen Systems von gemeinsamen Werten entwickelt und gepflegt werden.

Der europäische Integrationsprozess beinhaltet tiefgreifende Veränderungen des ukrainischen Staates; die Schaffung einer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Modernisierung des politischen Systems zum Schutz der Menschenrechte, die Formierung der kohärenten demokratischen Identität in der ukrainischen Gesellschaft, die Verbreitung von modernen Technologien des politischen und wirtschaftlichen Managements, die Konsolidierung der Ukraine als wettbewerbsfähigen und attraktiven Investitionspartner in der Weltwirtschaft. Das Ergebnis ist die europäische Integration der Ukraine, die Übertragung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Standards Europas und die Verbesserung der Lebensqualität aller gesellschaftlichen Segmente. Somit ist dieser Prozess im Interesse aller BürgerInnen der Ukraine.

Mit dem Assoziierungsabkommen beschleunigt sich die Annäherung zwischen der Ukraine und der EU. Die Ukraine verpflichtet sich damit zur Angleichung von Gesetzen an EU-Recht und zu weiteren wichtigen Reformen. Wir hoffen daher, dass alle Schritte getan werden, um dieses Abkommen schnellstens zu implementieren¹³³

... sagte Ost-Ausschuss-Geschäftsführer R. Lindner.

¹³³ Lindner (2011): o. S.

4.2 Ziele und Felder der Zusammenarbeit

Das europäische Modell der sozio-politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung kann für das Potenzial der Ukraine und ihren nachhaltige Entwicklung als sehr günstig erachtet werden. Die Priorisierung der Ukraine beruht auf objektiven Merkmalen der gegenwärtigen Modernisierungsprozesse, welche mit Globalisierung, der zunehmenden Bedeutung der humanitären Sphäre, hoch entwickelten Informationstechnologien, postindustriellen Prinzipien der sozialen Entwicklung, der wachsenden Rolle des intellektuellen Kapitals und Managements, sozialen und menschlichen Faktoren des wirtschaftlichen Fortschritts, der Bindung der Priorität von Grundprinzipien der nachhaltigen Entwicklung, welche nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Ergebnissen zusammenhängen, sowie der Erweiterung der Möglichkeiten der Menschen für ihren Wohlstandswachstum fördert.

4.3 Unterstützungs- und Kooperations-Programme

Eines der Begleitinstrumente der EU zur technischen Kooperation in den Transformationsprozessen von ehemaligen Staaten der UDSSR ist das TACIS Programm (Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States), das im Jahr 1991 von der Europäischen Gemeinschaft gestartet wurde. Es bietet technische Unterstützung, finanziert Fördermittel für zwölf Länder in Osteuropa und Zentralasien (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan) sowie der anderen Partner ENP. Seine Hauptaufgabe ist es, diese Länder während der Übergangszeit zu unterstützen.¹³⁴

TACIS-Prioritäten sind:

- die Unterstützung von institutionellen, rechtlichen und administrativen Reformen;
- die Unterstützung des Privatsektors und der wirtschaftlichen Entwicklung;
- die Unterstützung bei der Bewältigung der sozialen Folgen des Übergangs;
- die Entwicklung einer Infrastruktur;
- Umweltschutz und der natürlichen Ressourcen;
- die Entwicklung einer Agrarwirtschaft;

¹³⁴ Vgl. Umland (2004): 12f

- Unterstützung in der nuklearen Sicherheit.

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, finanzielle Unterstützung für die Partnerländer der ENP in der EU-Haushaltsperiode (2007-2013) zu erhöhen und auszuarbeiten. Um das zu erreichen, soll TACIS durch einen speziellen, einheitlichen Haushaltsmechanismus, das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), ersetzt werden.

In der Zeit von 2007 bis 2013 betrug das Finanzierungsvolumen in den Nachbarländern, einschließlich der Gelder aus den thematischen Programmen insgesamt etwa 12 Milliarden Euro. Das sind fast 45% mehr als alle Finanzmittel, die im Rahmen von TACIS und anderen relevanten Bestimmungen in der Periode von 2000 bis 2006 (geschätzte 8,3 Mrd. Euro) vergeben wurden.¹³⁵

Insgesamt betrug das finanzielle Volumen der Transformationsunterstützung zwischen 1991 und 2005 2248,1 Mio. €, zwischen 2007 und 2010 wurde der Reformprozess und die Implementierung des EU-Ukraine-Action-Plans mit 494 Mio. €, das bedeutet 123.5 Mio. € pro Jahr, unterstützt. Das neue nationale Richtprogramm für den Zeitraum 2011-2013 sah für 3 Jahre 470 Mio. € vor, das bedeutet eine Steigerung von 27% im Budget, mit einem Fokus auf das Inkrafttreten des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens (einschließlich der Einrichtung einer vertieften und umfassenden Free Trade Area) und Themen wie Grenzschutz, Energie und Klimawandel.¹³⁶

Ab 2007 ersetzte das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) die existierenden TACIS und MEDA (Finanzinstrument der Europäischen Union zur Umsetzung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) als auch andere Hilfsinstrumente und bestätigt die Kontinuität der Harmonisierung der EU-Außenpolitik. Dabei werden bestehende in künftige Instrumente übernommen.¹³⁷ Dazu kommt die Kreditvergabe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, welche zu einem bedeutenden Teil auch aus EU-Geldern finanziert wird, sowie bilaterale Programme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine.¹³⁸ Die im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) vereinbarten institutionellen und administrativen Reformen und die Angleichung von ukrainischem an EU-Recht wird durch ein Ukrainian-European Policy Advice Center (UEPLAC) begleitet. Einem 2002 neu geschaffenen Department für Gerichtsadministration kommt die Aufgabe der Überwachung von illegalen Vorgängen in der ukrainischen Justiz zu.

Generalisierend bemüht sich die nationale Koordinierungseinheit um eine ausgewogene

¹³⁵ Vgl. EU financial co-operation with Ukraine (2013)

¹³⁶ EU financial co-operation with Ukraine (2013)

¹³⁷ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): 28f; Hrisoskulov (2012): 87

¹³⁸ Vgl. Umland (2004): 19f

Verteilung und Bewertung der Fördermittel. Außerdem unterstützt die EU umfassende Modernisierung des Zoll- und Grenzschutzanlagen und fördert Projekte des grenzüberschreitenden, kulturellen Dialoges. Die Bildung regionaler NGO-Zentren wird zur Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft beitragen. Das European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR) ist ein wichtiges Werkzeug zur Förderung der Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und der unabhängigen Medien. Dieses Instrument wurde mit dem Ziel ausgearbeitet, der Zivilgesellschaft eine Möglichkeit zu geben, eine effektive Kraft in der Durchführung von politischen Reformen zu werden. Programme wie Tempus Plus und Erasmus Mundus bieten Möglichkeiten zur Stärkung der Kontakte zwischen Studierenden und Lehrenden und tragen ferner zur wissenschaftlichen Vernetzung bei.¹³⁹

Struktur und Inhalt der letzten Assoziationsabkommens vom Dezember 2013 in tabellarischer Form zusammengefasst:

Allgemeine Ziele und Prinzipien	Die Ziele der Vereinbarung sind: das Erreichen der AA-2013, stufenweise Annäherung der EU und der Ukraine auf der Grundlage gemeinsamer Werte, die Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Freiheit und Sicherheit.
Politischer Dialog und Reformen, politische Assoziation und Kooperation, Annäherung in Außen- und Sicherheitspolitik	Die Angleichung der Außen- und Sicherheitspolitik, die Stärkung der Achtung demokratischer Grundprinzipien, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung; Verbreitung der internationalen Stabilität und Sicherheit, Zusammenarbeit in Verteidigung und Sicherheit; Stärkung des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit, insbesondere durch die Umsetzung des Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, Konfliktprävention; Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Terrorismusbekämpfung.
Justiz, Freiheit und Sicherheit	Strafverfolgungs- und Migrationsmanagement, Datenschutz, Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung des Justizsystems - seine Effizienz, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit
Handel und Handelsfragen	Schaffung einer tiefen und umfassenden Freihandelszone. Die einschlägigen Bestimmungen der UA sind in die folgenden Abschnitte unterteilt: Warenhandel, Handelsschutzinstrumente, Zoll-Fragen und Handelserleichterungen, Produkt-Ursprungs-Regeln, Handelsbeziehungen im Energiesektor, Aufbau von Geschäftsaktivitäten, Handel mit Dienstleistungen, E-Commerce, Anti Kartell-Gesetze, staatliche Beihilfe, Schutzrechte des geistigen Eigentums, öffentliches Beschaffungswesen, Handel und nachhaltige Entwicklung; Streitschlichtung, Mediation-Mechanismen.

¹³⁹ ENP Strategy paper (2004): 21

Wirtschaftliche und sektorale Zusammenarbeit	Ziele, Aufgaben, Richtungen und Formen der Zusammenarbeit in 28 Bereichen: Energie; makroökonomische Zusammenarbeit, Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Steuerwesen, Statistik, Umwelt, Verkehr, Raumfahrt, Forschung und Entwicklung, Industriepolitik und Politik gegenüber Unternehmen, Bergbau und Metallurgie, Finanzdienstleistungen, Gesellschaftsrecht, Corporate Governance, Rechnungslegung und Prüfung, Informationsgesellschaft, audiovisuelle Politik, Tourismus, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Meerespolitik und Fischereipolitik, die Zusammenarbeit an der Donau, Verbraucherschutz, Beschäftigung, Sozialpolitik und Chancengleichheit, Gesundheitsversorgung, Bildung und Jugend, Kultur, Sport, Entwicklung der Zivilgesellschaft, grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit sowie die Beteiligung an EU-Programmen und Agenturen.
Finanzielle Zusammenarbeit einschließlich der Anti-Betrugs Bestimmungen	Prävention und Bekämpfung von Betrug, Korruption und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, wobei die EU helfen soll.
Institutionelle, allgemeine und Schlussbestimmungen	Erstellung und Definition der Funktionen von neuen Institutionen, welche die Durchführung des Abkommens über die Vereinigung erleichtern sollen: Association Board, Association Committee, Parlamentarischer Assoziationsausschuss, Plattformen der Zivilgesellschaft.

Eigene Darstellung. Quelle:

http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/documents/virtual_library/association_115x170_en.pdf

Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner der Ukraine. Rund 26% der ukrainischen Exporte gehen in den EU-Raum, 24% nach Russland. Die EU ist der Auffassung, dass eine engere wirtschaftliche Integration (im Kontext einer politischen Vereinigung) ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliches Wachstum in der Ukraine ist. Die EU war ein starker Befürworter der ukrainischen WTO-Mitgliedschaft, die 2008 erfolgte. Aufgrund dieser Mitgliedschaft nahm die EU mit der Ukraine sofort die Verhandlungen über das Abkommen für eine tiefe und umfassende Freihandelszone (DCFTA) auf. Im Rahmen des künftigen Assoziierungsabkommens, die DCFTA, wurde der ukrainische Zugang zum europäischen Markt vertieft und die weiteren europäischen Investitionen in die Ukraine gefördert.

Was den Warenhandel angeht, exportiert die Ukraine in erster Linie landwirtschaftliche Produkte, Energie, chemische Produkte, Eisen und Stahl in die EU. (Ukraine-Exporte 2012: 14,586 Mio. Euro) Die EU-Exporte in die Ukraine sind vor allem folgende: Technologie,

Maschinen und Produkte der Textilindustrie. (EU-Exporte 2012: 23,786 Mio. Euro) ¹⁴⁰

Mit dem unterzeichneten Freihandelsabkommen wird die Ukraine neue Möglichkeiten zu intensiviertem Export in die EU bekommen, somit wird sich auch das Investitions-Klima für ausländische Unternehmen in der Ukraine verbessern. „Die Verfahren werden transparenter, Korruption wird erschwert, das erhöht die Attraktivität der Ukraine als Investitionsstandort“, sagte der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer.¹⁴¹

Die Wünsche und Motive einzelner Mitgliedstaaten der EU bei der Konzipierung der ENP liegen trotz der gemeinsam ausgearbeiteten, offiziellen ENP in unterschiedlichen Interessenspektren.

Im Rahmen der ENP werden besonders die unterschiedlichen Präferenzen und Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten sichtbar. Die deutsche Ratspräsidentschaft strebt die Verbesserung der Beziehungen der Union in Richtung Osten und Zentralasien an, die portugiesische Ratspräsidentschaft (und hiermit Repräsentant für alle EU-Mittelmeeranrainer) setzt ihre Akzente hingegen auf die Entwicklung der EU-Beziehungen mit dem südlichen Mittelmeerraum. Dabei geht sie sogar weiter und stellt fest, dass die Fortentwicklung der Beziehungen zu Moldau, Belarus, der Ukraine und dem Südkaukasus bestehen sollten, jedoch diese Länder aufgrund der Zugehörigkeit zu der russländischen Interessensphäre der EU nicht beitreten dürfen.¹⁴²

4.4 Bewertung und Spannungsverhältnisse der ENP

Obwohl die heftig umstrittene aber trotzdem positive Veränderungen in der Ukraine in Richtung der nationalen Selbstbestimmtheit stattfanden, müssen die Erwartungen trotzdem wirklichkeitsnah bleiben. Es geht in erster Linie um das Vertrauen und die Stabilität, die für in- und ausländischer Investoren die wichtigsten Rahmenbedingungen darstellen, denn die Sicherheit der Investitionen muss erst noch aufgebaut und gesichert werden. Die treibende Kraft für die Reformpolitik ist im Moment die Perspektive eines EU-Beitritts, welche die Erfolgchancen der dringend notwendigen und umfassenden Reformpolitik maßgeblich steigert.¹⁴³ Sonst ist die Ukraine der Gefahr ausgesetzt, zurück in das autokratische Lager (zusammen mit den Kasachstan, Weißrussland, Kirgistan) zu fallen, und es wird dann ganz schwierig dort wieder heraus zu kommen. Allerdings zeigt sich die EU noch nicht entschlossen,

¹⁴⁰ Vgl. EU financial co-operation with Ukraine (2013): 2f

¹⁴¹ Lindner (2011): o. S.

¹⁴² Vgl. Hrisoskulov (2012): 79

¹⁴³ Vgl. Schneider-Deters (2010): 60

ob sie die Ukraine dazugehören lassen will. Der Weg der Ukraine nach der wirtschaftliche und politische Alte Welt ist also noch lang, aber weiterhin noch offen. Die Ukraine dürfte auf absehbare Zeit zwischen westlich ausgerichteten Hoffnungen und deutlich spürbaren Realitäten schwanken, denn eine reformorientierte Einstimmigkeit kann nur mit sehr viel politischer Gewandtheit langfristig zu erhalten sein.

Die Aufnahme der Ukraine in das weltwirtschaftliche und weltpolitische System sowie die Eingliederung in den Globalisierungsprozess ist in drei Hauptvarianten möglich:

- Selbständig (in wirtschaftlicher Hinsicht, Protektionismus);
- mit dem eurasischen, geopolitischen Modell (Rückkehr zur alten Einflussphäre – politische und wirtschaftliche Kontrolle durch das externe Zentrum);
- durch die europäische Integration (demokratische Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft).

Auf dem strategischen Vektor des ukrainischen Staates werden durch die erhebliche ungünstigen internen Rahmenbedingungen, den Positionen der führenden politischen Kräfte und den Anreizen und dem Druck von Seiten der Weltmächte, beeinflusst. Unter den Bedingungen (Voraussetzungen) der Globalisierung wird die Ukraine, wenn sie es schafft, als eigenständiges Subjekt zu handeln, die Chance haben, ihre Vorteile für ihre eigene Entwicklung zu nutzen. Wenn sie aber weiterhin Objekt der Handlungen von externen Kräften bleibt, wird dies nur negative Folgen für das Land haben.¹⁴⁴

Das eurasische, geopolitische Modell hat die Ukraine mit der Unabhängigkeitserklärung abgelehnt, daher würde die Rückkehr nichts anderes als eine Wiedereingliederung ins russländische Reich und die faktische Übernahme eines neo-kolonialen Status bedeuten. Große Vorteile bei der Bekämpfung der Globalisierungsherausforderungen und -gefahren bietet die Realisierung eines solchen Projekts nicht. Ein geopolitisches Zentrum hat bei einer Wiedereingliederung keine technologischen, wirtschaftlichen oder geistigen Vorteile der Globalisierung und wird hinter dem weltweiten Fortschritt zurückbleiben. Diese Option wird der Ukraine mehr Probleme schaffen, ohne eine Möglichkeit zum Gegensteuern, da Souveränität und das Recht auf Selbstbestimmung fehlten. Der Reiz eines solchen Projektes ist aber, dass die Umsetzung die Machtpositionen für einen beträchtlichen Teil der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Elite erhält.¹⁴⁵ Die sogenannten „Eurooptimisten“ beschäftigen sich vor allem mit dem beschleunigten Beitritt zu den EU-Institutionen. Dabei geht es vor allem um die diplomatische Anerkennung der Ukraine seitens der EU, nicht um die Annäherung an den

¹⁴⁴ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 138

¹⁴⁵ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 78

europäischen Lebensstandard. Der Fortschritt der Ukraine durch die europäische Integration beruht aber auf politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sie in einen europäischen Staat, mit den entsprechenden Normen für die interne und externe Stabilität und Sicherheit, verwandeln werden.

Eine greifbare EU-Beitrittsperspektive wäre die beste Motivation für die ukrainische Gesellschaft, vielleicht auch für die Wirtschaftseliten in der Ukraine, die unumgängliche Umgestaltung zu beschleunigen.¹⁴⁶ Sofern die EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Ukraine noch keine konkreten Beitrittsperspektiven aufstellen kann, sollten Verhandlungen zum „Assoziierungsabkommen“ in Schlüsselbereichen der konkreten Zusammenarbeit festgelegt und die Eingliederung der Ukraine in die europäischen Strukturen beschleunigt werden.¹⁴⁷

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass die Östliche Partnerschaft keine ganz neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union ist. Der Vorteil dieser Form ist, dass sie eine zusätzliche Möglichkeit bietet, die Annäherungsversuche der Ukraine zu Europa durch eine Reihe von sehr attraktiven Projekten zu stärken, insbesondere im Wirtschafts- und Energiebereich. Diese Politik als Ganzes (sofern die entsprechende Umsetzung geeigneter rechtlicher und finanzieller Unterstützung von der Regierung geleistet wird) kann erheblich dazu beitragen, die segmentäre Integration der Ukraine in den europäischen Wirtschafts- und Politikraum zu beschleunigen.

Mit dem Assoziierungsabkommen beschleunigt sich die Annäherung zwischen der Ukraine und der EU. Die Ukraine verpflichtet sich damit zur Angleichung von Gesetzen an EU-Recht und zu weiteren wichtigen Reformen. Wir hoffen daher, dass alle Schritte getan werden, um dieses Abkommen schnellstens zu implementieren,¹⁴⁸

sagte Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Rainer Lindner.

An erster Stelle wird es auf dem ukrainischen Transformationsweg essentiell, dass die Regierung konkrete entwicklungspolitische Ziele konsequent verfolgt.

Zweitens muss die Bevölkerung über mehr Informationen zu der Europäischen Union – ihre Prinzipien, Werte und außenpolitischen Anschauungen – verfügen, um selbständig betrachten und bewerten zu können, welche Veränderungen und Möglichkeiten vor ihnen stehen.

Drittens wäre es sehr fördernd, wenn auch das „einfache Volk“ in der Ukraine bestimmte positive Auswirkungen von der EU-Partnerschaft zu spüren bekäme. Die Gestaltung der Verhältnisse zwischen der EU und der Ukraine ist mit dem Thema der Visa-Regulierung eng verbunden. Die Berichte über verweigerte Visaanträge und langwierige sowie oft als demütigend empfundene Prozeduren schaden auch dem positiven Verhältnis der Bürger zu den EU-

¹⁴⁶ Vgl. Schneider-Deters (2010): 60ff

¹⁴⁷ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 71

¹⁴⁸ Vgl. Lindner (2011) <http://www.ost-ausschuss.de/abkommen-bringt-ukraine-auf-reformkurs>

Institutionen. „Wir müssen den ukrainischen Bürgern noch stärker zeigen, dass sie in der europäischen Familie willkommen sind. Die Abschaffung der Visa-Pflicht ist hier ein effektives und schnell umsetzbares Mittel.“ sagte der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer R. Lindner in seiner Rede anlässlich des EU-Ukraine-Gipfels im Dezember 2011 in Kiew.¹⁴⁹ Es gab innerhalb der EU-Mitglieder allerdings noch Bedenken, besonders angesichts der Inhaftierung der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko,¹⁵⁰ bevor das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert wird. „Frau Timoschenko hatte sich bereits als Premierministerin und auch zuletzt für die Unterzeichnung des Abkommens ausgesprochen. Dies sollte die EU anerkennen“, sagte Lindner.¹⁵¹

Die Europäische Nachbarschaftspolitik als Ganzes bietet derzeit keine signifikanten, positiven Anreize für innere Reformen in der Ukraine. Außerdem gewährt die ENP nur eine begrenzte Beteiligung der Nachbarländer an der internationalen Sicherheit, da sie diese Länder hauptsächlich als potentielle Quellen für solche Bedrohungen sehen. In diesem Zusammenhang und um einige Gefahren zu entschärfen, sollte die Ukraine eine stabile und berechenbare Außenpolitik demonstrieren.¹⁵²

Vor kurzem sind zu den ost-politischen Herausforderungen der EU die Beziehungen zu China in der Östlichen Partnerschaft dazugekommen. China weist deutlich mehr wirtschaftliche Präsenz in diesem Raum auf. So wird das Muster des geopolitischen Einflusses in den Raum von den östlichen Grenzen her komplizierter und die EU hat keine angemessenen Taktiken und Strategien, um auf bestehende und neue Herausforderungen zu reagieren.¹⁵³

Für die Ukraine bedeutet das eine Zunahme des multi-direktionalen Drucks von großen internationalen Playern. Im Großen und Ganzen erfüllen die Änderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht die gesetzten Ziele. Die EU-Mitgliedsstaaten sind weit von einer gemeinsamen Position zu den Ereignissen in der Welt entfernt, und dadurch verstärkt sich die Wirkung der ausländischen Bedrohungen und Herausforderungen. Der Mangel an effektiven

¹⁴⁹ Lindner (2011): „Abkommen bringt Ukraine auf Reformkurs“.

¹⁵⁰ Im Jahr 2004 war J. Timoschenko (zusammen mit V. Juschenko) Co-Vorsitzende der Koalition "Syla Naroda", die die Orange Revolution führte. In der Rangliste des "Forbes" war sie in 2005 die dritteinflussreichste Frau der Welt. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010 gewann sie 45,47% der Stimmen (3% weniger als der Sieger). Im Dezember 2012 stellte die Opposition "Batkivschina" Timoschenko als einzige Kandidatin für die Präsidentschaft im Jahr 2015. Ab 2010 wurden gegen Julia Timoschenko eine Reihe von Kriminalermittlungen eröffnet. Am 5. August 2011 wurde Timoschenko verhaftet, am 11. Oktober 2011 zu sieben Jahren Gefängnis wegen Macht- und Amtsmissbrauch für den Abschluss der Gasverträge mit Russland im Januar 2009 verurteilt. Das dänische Helsinki-Komitee kam zum Schluss, dass das Verfahren politisch motiviert und eine grobe Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention war. 2010 bis 2013 nahm das Europäische Parlament sechs Resolutionen auf, in denen die Staatsanwaltschaft Timoschenkos Verurteilung (und die Dutzender ihrer Kollegen) als "politisch motivierte selektive Gerechtigkeit" bezeichnet.

¹⁵¹ Lindner (2011): „Abkommen bringt Ukraine auf Reformkurs“

¹⁵² Vgl. Schneider – Deters (2010): 59f; Ermolaev et al. (2012): 54

¹⁵³ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 66

Strategien und Taktiken, auf Veränderungen östlicher Nachbarländer zu reagieren, vertieft vor allem die Krisenerscheinungen in der Region. Die internationalen Sicherheitsspannungen rund um die Ukraine steigen.

Ein wichtiger Faktor, der die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Östlichen Partnerschaft bremst, ist die negative Reaktion Russlands auf die Initiative der Europäischen Union. Obwohl die offiziellen Formulierungen recht zurückhaltend sind, neigen die russischen Experten dazu zu glauben, dass die Initiative ein bestimmter geopolitischer Hebel sei, mit welchem Europa versucht, den Einfluss Moskaus auf den postsowjetischen Raum zu schwächen, da die europäische Initiative in irgendeiner Weise im Wettbewerb mit den von Moskau (EAWG, Zollunion) unterstützten Integrationsprojekten steht.¹⁵⁴ Die Ukraine braucht eine intensivere Einbeziehung Russlands in die ENP, ohne die eigene Position zu vernachlässigen. Ebenso müssen die bestehenden geopolitischen Interessen und Empfindsamkeiten Russlands berücksichtigt werden, sonst kann es zu Konfrontationen zwischen der EU und Russland über die ukrainische Zugehörigkeit kommen.

„Einen `sicheren Platz` in Europa findet die Ukraine nicht in der NATO, sondern als Mitglied einer Europäischen Union, die mit Russland wirtschaftlich verflochten ist – und in einer `pan-europäischen`, die Russländische Föderation integrierenden, Sicherheits- und Verteidigungsstruktur.“¹⁵⁵

Angesichts der geopolitischen Lage sowie am strategisch wichtigen Zugang zum Schwarzen Meer, aber auch als direkter Nachbar Russlands spielt die Ukraine als Vermittler bei regionalen Konflikten sowie bei energie- und sicherheitspolitisch gewichtigen Fragen eine besondere Rolle. Nach dem letzten großen Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine 2009 ist die Ukraine bestrebt, bestimmte Investitionen der EU, die bei der Modernisierung der Pipelines helfen werden, anzulocken. Die Renovierung des Transportnetzes wird die Möglichkeit schaffen, die Lieferungen von Gas aus Russland und Zentralasien in die Europäische Union fortentwickeln. Obwohl die geopolitische Lage der Ukraine für die EU strategisch vorteilhaft sein kann, betrachten die EU-Mitgliedsstaaten ihre Integrierbarkeit als sehr heikel. Gründe dafür sind, dass die Innenpolitik sehr chaotisch und zerrissen war und wirtschaftlich das Land sehr geschwächt ist. Andererseits könnte noch ein weiteres Mitglied die EU-internen Spannungen erschweren und weitere wirtschaftliche Belastungen bereiten. Auch „Der Einfluss einer sanften Macht, wie sie die EU darstellt, unterscheidet sich wesentlich von der Einflussnahme der benachbarten Macht von kontinentalen Ausmaßen mit imperialer Tradition“¹⁵⁶ und würde sich mit der imperialen

¹⁵⁴ Vgl. Ermolaev et al. (2012): 72

¹⁵⁵ Schneider – Deters (2010): 63; Vgl. Chrobot/Huthmacher (2007): 2-3

¹⁵⁶ Schneider-Deters (2010): 61

Macht überschneiden, denn Russland wird in der GUS zweifellos auch weiterhin dominieren.¹⁵⁷ Die Widersprüche in der Politik zwischen der EU und der Ukraine - bei Forderungen der Teilnahme an verschiedenen Gemeinschaften einerseits und gleichzeitiger Verweigerung der Option auf Mitgliedschaft - sehen nach einer stillschweigenden Zustimmung der Zugehörigkeit zur russländischen „Interessensphäre“ aus. „Wenn die Europäische Union nicht will, dass die Ukraine wieder unter die Kuratel des Kreml fällt, dann muss der Ukraine ein EU-Beitritt angeboten werden.“¹⁵⁸

Am 21. November 2013, auf dem EU-Gipfel in Vilnius, hat die ukrainische Regierung die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der EU abgebrochen. Im ganzen Land begonnen daraufhin sofort Massenkundgebungen gegen diese Entscheidung und zur Unterstützung der europäischen Integration.

Im Bericht vom Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, welcher sich mit dem stellvertretenden ukrainischen Ministerpräsident Sergej Arbusow am 12. Dezember 2013 in Brüssel traf, um Wege zu diskutieren, die Unterzeichnung und Umsetzung des EU-Ukraine Assoziierungsabkommen voranzutreiben, sind alle wichtigen Voraussetzungen und Bestrebungen notiert, die angesichts der letzten Entwicklungen zu Spekulationen führten, die Position der EU zur Ukraine führten. Die Ergebnisse des Treffens und die nächsten Schritte wurden von Kommissar S. Füle bei der Pressekonferenz zusammengefasst, wo er sagte:

- the Association Agreement, including DCFTA, is our offer to Ukraine and its people. This offer is still on the table. The European Union remains ready to sign it, as soon as Ukrainian authorities are ready, and prove their commitment by deeds.¹⁵⁹

Danach hat er die Punkte aufgeführt, die diese Vereinbarung bietet: Eine langfristige Basis für unsere Beziehungen sowie ein Plan für die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und den Rahmen für einige Investitionen, welchen die Ukraine empfangen wird, wenn sie ernsthaft an ihre Modernisierung und erfolgreiche Zukunft herangehen wird. Die EU bietet ihre Unterstützung, um das immense Potenzial der Ukraine zu entfalten. Anschließend wurde noch extra darauf hingewiesen, dass der Prozess transparent sein müsse und die Bestrebungen der Zivilgesellschaft von der Regierung sichergestellt werden sollten. Im Hinblick auf die drohende Finanzkrise in der Ukraine wollte die EU der Ukraine schnell helfen bei der Wiederherstellung des Vertrauens nicht nur der Bürger, sondern auch der internationalen Investoren und Gläubiger in eine stabile und vorhersehbare Wirtschaft mit vielversprechenden Wachstumsperspektiven. Kommissar Füle betonte, es sei wichtig, dass die Ukraine ihren Finanzbedarf in einem

¹⁵⁷ Vgl. Schneider-Deters (2010): 61

¹⁵⁸ Schneider-Deters (2010): 62

¹⁵⁹ Füle (2013): EU-Ukraine: Association Agreement is an offer to the country and its people. Brussels.

transparenten Verfahren darstellt, damit aus der engen Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen ähnlichen Organisationen kein Misstrauen entsteht. Es wird auch wichtig, einen nüchterner Blick auf die kurz- und langfristigen Vorteile zu nehmen und die volle Transparenz mit einem gemeinsamen Verständnis von Daten zu sichern, um die künftige Umsetzung der AA / Freihandelszone zu erreichen.¹⁶⁰

Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion war eine ehrgeizige und riskante Entscheidung der Mitgliedsstaaten, zu der einige von ihnen nicht bereit waren. Seit 2010, unter dem Einfluss der globalen Wirtschaftskrise, haben sich einige wirtschaftliche Problemen der EU (einschließlich des Mangels an ausreichender finanzieller Disziplin, fehlender politischer Einheit etc.) in Risiken verwandelt, die zum vollständigen Zusammenbruch der Eurozone und sogar der EU führen könnten.

Eine der wichtigsten Quellen der Destabilisierung war die mangelhafte Wirtschaftspolitik bestimmter Mitgliedsstaaten der Währungsunion, die daran gescheitert sind den Zugang zur einheitlichen Währung richtig zu nutzen und die daraus resultierenden Risiken zu berücksichtigen. Somit konzentriert sich die Anti-Krisen-Politik der EU auf mehrere Ebenen: auf die Ebene der nationalen Wirtschaft (Staatsfinanzierung, Bankensysteme, Wirtschaftsstruktur) die Ebene der europäischen Institutionen und die Ebene der EU-Gesetzgebung.¹⁶¹

¹⁶⁰ Vgl. Füle (2013): EU-Ukraine: Association Agreement is an offer to the country and its people.

¹⁶¹ Vgl. Ermolaev et. al. (2012): 139f

5. Freihandelszone - Zollunion - Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Fragen der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine beleuchtet und analysiert. Die Fragen, die besonders neugierig machen, sind: Ziele Russlands in der Ukraine, die Agenden der russländischen Politik im Bezug auf die Ukraine in erster Linie in politischen, aber auch in Sicherheits-, Wirtschafts- und sozio-kulturellen Angelegenheiten.

Es gibt auch eine andere Möglichkeit für die Ukraine, sich in den Weltmarkt zu integrieren. Im Staatenbund, mit dem sie viele Jahrzehnte sowohl wirtschaftlich als auch sozial und kulturell eng verknüpft war und dem sie vor 22 Jahren den Rücken gekehrt hat.

5.1 Beziehungen Russlands zur Ukraine

Russland und die Ukraine, zwei Länder, deren politischen und kulturellen Verbindungen Jahrhunderte alt sind. Deswegen erscheint es vielen Beobachtern, vor allem von russischer Seite, dass eine „echte“ geopolitische Grenze zwischen den beiden Ländern unvorstellbar ist.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich im Präsidentschafts-Wahlkampf 2004 aus unterschiedlichen Gründen ergriff die Seite des alten Regimes. Die Reaktion des Kremls hat damals, den Skepsis Moskaus gegenüber der Westorientierung der Ukraine sichtbar gemacht. Russland mit seiner Gewohnheitspolitik betrachtet sein Verhältnis zur Ukraine immer noch als Teil der eigenen Binnenpolitik.¹⁶² Die von Russländischen Föderation übernommene Rechtsnachfolge der Sowjetunion bekräftigte die imperiale Haltung gegenüber den ehemaligen UDSSR-Republiken, welche von den meisten Vertretern der Russlands eingenommen wurde.¹⁶³

Die geo-politische Lage der Ukraine wurde zu einer Art Spiegelbild der Außenpolitik des Landes. So wurde in der Zeit vor der „Orangen Revolution“ von der ukrainischen Regierung eine stärkere Ausrichtung an Russland vorgenommen. Derweil blieben aber in diesen bilateralen Beziehungen zahlreiche Streitfragen weiterhin offen, wie die Auseinandersetzungen und Diskrepanzen über die Fragen der Schwarzmeerflotte, die Halbinsel Krim sowie nicht zuletzt die Gaspreise, welche mittlerweile zum Tagesprogramm gehören.

¹⁶² Vgl. Schularick (2005): 8

¹⁶³ Vgl. Graubner (2006): Das Imperium schlägt zurück oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Die radikale Änderung des außenpolitischen Kurses, die die Orange Revolution mit sich brachte, führte zu einer erneuten und nachhaltigen Verstimmung der Beziehungen zwischen Kiew und Moskau.

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Aspekte der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine beleuchtet und danach eine mögliche Perspektive für eine gesunde Partnerschaft und Kooperation zwischen den beiden Nachbarstaaten vorgestellt, wobei sich die Ukraine als ein gleichrangiger Partner und nicht als Zone für die Realisierung der politischen Aufgaben Russlands ausrichten könnte.

Der dramatische Zerfall der Sowjetunion 1991 und die gleichzeitige Gründung eines ukrainischen Staates stellten einen kompletten Zusammenbruch des bestehenden Systems dar. Viele Vertreter der russländischen Seite haben erwartet, dass die Ukraine den Status als vollständig souveräne Nation nicht erreichen würde und stattdessen als Teil eines post-sowjetischen Staatenbunds, wie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, existieren oder, auch wenn technisch souverän, in einer klar untergeordneten Position zu Russland bleiben würde. Viele in der Ukraine suchten eine vollständige Trennung von Russland, viele in Russland waren dagegen, und viele auf der ganzen Welt haben gespürt, dass vor allem in der Wirtschaftspolitik eine vollständige Trennung fatal wäre.

Die russländische Regierung war zunächst mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, versuchte aber bald, die Ukraine wieder unter ihre Kontrolle zurück zu bringen und übte verschiedene Formen der Nötigung aus, um die Souveränität und Handlungsfreiheit der Ukraine zu beschneiden.¹⁶⁴ Nicht lange hätte es gedauert und die Ukraine wäre als „normaler“ souveräner Staat anerkannt worden. Nach und nach jedoch, zunächst unter Leonid Kravchuk und dann unter Leonid Kutschma, trotzte die Ukraine den Erwartungen, indem sie auf eine vollständige Trennung bestand.

In der Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts wollte Moskau eine stärkere Integration der GUS-Staaten. Die ukrainische Regierung erkannte bald, dass diese "Integration", insbesondere im Lichte der russischen Überlegungen bezüglich der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit der Ukraine, schließlich zu einem Verlust der nationalen Souveränität führen würde. Die strikte Ablehnung gegenüber dem neuen ukrainischen Staat, die mangelnde Bereitschaft, die ukrainischen Grenzen anzuerkennen, die Zweifel am Anspruch der Ukraine auf Krim und das Beharren auf exklusiver exterritorialer Kontrolle über den Hafen von Sewastopol hat dem erwachten ukrainischen Nationalismus eine eindeutige anti-russische Richtung gegeben.¹⁶⁵

¹⁶⁴ Vgl. D'Anieri (2012): 2f

¹⁶⁵ Vgl. Brzezinski (2000): 46

Nach 1997, als die beiden Länder den "großen Vertrag" über die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte unterzeichneten, akzeptierten Russland und der Rest der Welt, dass die Ukraine in der Tat ein unabhängiger Staat ist und diesen Status behalten wird. Die umstrittenen Beziehungen über den Status der Ukraine, die seit dieser Zeit andauern, basierten auf diesem Verständnis und werden nicht grundlegend in Frage gestellt. Wenn in Betracht gezogen wird, wie ungeschickt sich die ukrainische Regierung in vielerlei Hinsicht verhalten hatte, war die Festigung der Souveränität eine große Leistung, die nur wenige außerhalb des Landes erwartet hatten.

Als die Ukraine im August 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, gab es keinen Konsens darüber, was "Unabhängigkeit" bedeutet (in der ukrainischen "Erklärung der Souveränität" von 1990 wird eindeutig davon ausgegangen, in der Sowjetunion zu verbleiben). Der sowjet-ukrainische Regierungsapparat übernahm erfolgreich die Regierung der unabhängigen Ukraine und ergriff die Initiative zur Einführung und Verteidigung der ukrainischen Souveränität. Sprecher des Obersten Sowjets, Leonid Kravchuk, arbeiteten den gesamten Herbst 1991 fleißig, um sowohl vollständig unabhängig von Russland zu werden als auch dafür zu sorgen, dass Kravchuk die Präsidentschaftswahlen im Dezember 1991 gewinnt.

Mutige politische Entscheidungen in Kiew (vor allem der Anspruch der Kontrolle über alle militärischen Mittel in der Ukraine), verbunden mit Unruhen in Moskau, erlaubten der Ukraine während dieser Ereignisse als neuer unabhängiger Staat zu entstehen, wogegen die russische sowie die sowjetische Führung (beide bestanden Ende 1991 noch) machtlos waren. Boris Jelzin wurde mit der Niederlage der Sowjetmacht konfrontiert und musste die Auflösung der Sowjetunion anerkennen. Nachdem dies geschehen war, bestand für die Ukraine keine Gefahr mehr, unter die Herrschaft Russlands zu fallen, trotzdem stellt Russland weiterhin die Souveränität der Ukraine in Frage.

Von der Unabhängigkeitserklärung bis Ende 1994 war die Ukraine isoliertes Mitglied des Russland-USA-Ukraine-Dreiecks.¹⁶⁶ Die Russland-USA-Beziehungen waren in dieser Zeit generell positiv, und die USA betrachteten die Ukraine in erster Linie als Atomwaffenbesitzerin. Darum vereinbarten die USA und Russland, die Ukraine zu verpflichten, ihre Atomwaffen aufzugeben. Im September 1993, beim Massandra-Gipfel, unterbrach Russland die Gaslieferungen an die Ukraine, um diese zu zwingen, ihre Atomwaffen und die Kontrolle über die Marinebasis in Sewastopol abzugeben.¹⁶⁷ Das war der erste von vielen Fällen von offenem

¹⁶⁶ Vgl. D'Anieri (2001) Kap. 4

¹⁶⁷ Vgl. D'Anieri (2012): 2

Zwang und Ausnutzung der ukrainischen Abhängigkeit von der russischen Energie.¹⁶⁸ Kravchuk kapitulierte erst, machte dann aber einen Rückzieher angesichts der starken heimischen Opposition.¹⁶⁹ Schließlich wurde im Januar 1994 ein Abkommen ausgehandelt; im Austausch für die ukrainische De-Nuklearisierung würden Russland und die USA die Souveränität der Ukraine anerkennen. Das Atomabkommen öffnete für die Ukraine die Tür in die NATO-Partnerschaft und sorgte für Frieden schon im folgenden Monat, sehr zur Besorgnis Russlands. Das war ein bedeutender Sieg für die Ukraine, aber die Kernuneinigkeiten hatten ernsthafte Gespräche mit den USA für fast drei entscheidende Jahren verzögert. Die Beziehungen zwischen Russland und den USA verschlechterten sich, und die Ukraine hätte die wirtschaftliche Hilfe dringend gebraucht. In der Zeit, als die ukrainischen Atomwaffen die Normalisierung der Beziehungen zu Russland und den USA behinderten, verzögerte die innenpolitische, wirtschaftliche Situation jede grundlegende Neuausrichtung des Landes.¹⁷⁰

Aus der Sicht des sowjetischen Verständnisses stellt die Ukraine gemeinsam mit Weißrussland, Moldavien, Georgien und weiteren GUS-Staaten eine Art Schutzgürtel dar, der das Zentrum der ehemaligen Sowjetunion vor dem westlichen Machteinfluss behüten soll.¹⁷¹ Westliche Demokratisierungspolitik wird in Russland in geopolitischen Kategorien als ein Mittel interpretiert, die der Westen verwendet, um seinen eigenen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einfluss durch die Reduzierung des Einflusses Russlands zu verbreiten.¹⁷² Was hier als „westliche Politik“ bezeichnet wird, umfasst nicht nur die Bemühungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, sondern insbesondere auch die Bestrebungen der USA, die zumindest in den 1990er Jahren einen wesentlich höheren Stabilisierungsaufwand in der Ukraine betrieben hatten als die Europäische Union. Das erklärt auch, warum Russland besonders scharf auf Bemühungen reagierte, welche die Ukraine näher an eine NATO-Mitgliedschaft führen sollten.¹⁷³

Die Fragen des NATO-Beitritts und der Energieversorgung der EU sind dicht verknüpft. Peter Zeihan von der oft auch als „Schatten-CIA“ genannten Expertenkommission Strategic Forecast, beschrieb im Handelsblatt die geopolitische Lage in der Zeit um 2004 wie folgt: „Zum einen hat

¹⁶⁸ Vgl. Graubner (2006): Das Imperium schlägt zurück oder alter Wein in neuen Schläuchen?

¹⁶⁹ K. Zatulin erzählt in seinem Interview für die Zeitschrift „Materik“: „Im Jahr 1994 beteiligte ich mich aktiv in der Wahlkampagne in der Ukraine, als Spitze der Kommission der Staatsduma-Wahlbeobachtung in diesem Staat. Wir haben unser Bestes getan, um Leonid Kutschma zu helfen, die Wahlen zu gewinnen, er schien als ein Kandidat, der eine Allianz mit Russland vertritt. Genau darüber hatten wir mehrere Gespräche mit ihm. Er gab eine Reihe von Versprechungen, aber dann wurde keines davon erfüllt.“ URL: <http://www.materik.ru/personnel/detail.php?ID=58>

¹⁷⁰ Vgl. D’Anieri 2012: 2

¹⁷¹ Vgl. Brzezinski (2006): 43

¹⁷² Vgl. Kropatcheva (2010): 117ff

¹⁷³ Vgl. Rotter (2005): 78

die „orange“ Revolution 2004 eine ukrainische Regierung an die Macht gebracht, die den russischen Zielen feindlich gegenübersteht. Denn Präsident Viktor Juschtschenko möchte sein Land in die Europäische Union und die NATO integrieren. Für Russland wäre das ein Todeskuss. In der Ukraine liegt der größte Teil der Infrastruktur, die Russland mit Europa verbindet – von Pipelines über Schienen bis hin zu Hochspannungsleitungen. Die Industrie und die Landwirtschaft der beiden Länder sind tief verflochten. Im Osten der Ukraine leben mehr Russen als an jedem anderen Ort auf der Welt außerhalb Russlands. Die russische Schwarzmeerflotte ist im ukrainischen Sewastopol stationiert, weil es dazu keine vernünftigen Alternativen gibt. Die Ukraine reicht so weit nach Südrussland hinein, dass eine feindliche Macht in diesem Land sogar Moskau bedrohen könnte. Außerdem zieht sich das Land so weit nach Osten hin, dass eine feindliche Regierung sogar die Verbindungen zum Kaukasus bedrohen könnte. Kurz gesagt: Wenn die Ukraine dem russischen Einfluss entgleitet, wird Russland strategisch völlig in die Defensive gedrängt. Umgekehrt: Wenn Russland die Kontrolle in Kiew zurückgewinnt, kann das Land sich zu einer regionalen – und vielleicht sogar globalen – Macht aufschwingen.“¹⁷⁴

Derzeit ist die Ukraine Mitglied der GUS- Freihandelszone (FTA Free Trade Association), für die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) und die später in Kraft getretene Zollunion haben sich der Präsident und die Regierung der Ukraine noch nicht entschieden. Im Folgenden werden die Eckdaten der Verträge und Gemeinschaften (Freihandelszone) beleuchtet, in denen die Ukraine schon involviert ist und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft mit Zollunion, die noch auf der Suche nach einem gemeinsamen Weg ist.

5.2 Freihandelszone, Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und Zollunion

Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG)

Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft wurde am 10. Oktober 2000 als internationale Organisation "Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft" (EAWG) gebildet. Die Mitglieder bleiben, laut Vertrag, souveräne und gleiche Subjekte des Völkerrechts. Der Vertrag trat im Mai des Jahres 2001 in Kraft. Im Mai 2002 erhielten die Staaten Moldawien und Ukraine Beobachterstatus in der EURASEC (engl.). Entscheidungen über die Erteilung und das

¹⁷⁴ Vgl. Zeihan (2009): Moskau wird Kiew nie dem Westen überlassen, Handelsblatt. vom 20.01.2009

Aussetzen oder die Annullierung des Beobachterstatus werden durch den EAWG-Rat getroffen.¹⁷⁵

Die Republik Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, die Russische Föderation und die Republik Tadschikistan, sind motiviert, ihren Wunsch nach Harmonisierung durch sozio-ökonomischen Wandel und die effektive Nutzung der wirtschaftlichen Potenziale zu erfüllen, um die Verbesserung des Lebensstandards ihrer Völker zu gewährleisten. Sie sind entschlossen, die gegenseitige Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu verbessern und haben vereinbart, die Effizienz der Interaktion in der Entwicklung der Integrationsprozesse zwischen ihnen zu erhöhen. Im Bewusstsein der Notwendigkeit einer Koordinierung der Ansätze für die Integration in die Weltwirtschaft und das internationale Handelssystem sind sie bereit, den Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens über die Zollunion zwischen der Russischen Föderation und Belarus nachzukommen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts zu entsprechen.

Die Entscheidungen im Integrationsausschuss werden von einer 2/3-Mehrheit getroffen. Die Anzahl der Stimmen jeder Vertragspartei steht im Zusammenhang mit ihrem Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt für die Wartung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft – die Finanzierung der Sitzungen und der Kommissionen mit ständigen Vertretern. Die Stimmen sind wie folgt verteilt:

- Weißrussland - 15 Stimmen ;
- Republik Kasachstan - 15 Stimmen ;
- Kirgisische Republik - 7,5 Stimmen;
- Russische Föderation - 40 Stimmen ;
- Tadschikistan - 7,5 Stimmen;

Dieser Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und tritt zum Zeitpunkt der Hinterlegung in Kraft. Die Vertragsparteien bringen, wenn nötig, ihre nationale Gesetzgebung in Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags.¹⁷⁶

Die Teilnahme der Ukraine im Wirtschaftsraum (WR) war zu Beginn ebenfalls geplant. Am 23. Februar 2003 haben die Präsidenten von Russland, Kasachstan, Weißrussland und der Ukraine ihre Absicht erklärt, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu bilden. Am 19. September des gleichen Jahres unterzeichneten sie die offizielle Absichtserklärung. Am 15. September 2004 auf dem Gipfel von Astana, genehmigten die Präsidenten der "4-Länder" (стран „четвёрки“) die

¹⁷⁵ Vgl. Ministry of economic development of the Russian Federation o. J. <http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap>

¹⁷⁶ Vgl. Евразийская экономическая комиссия (2007):
http://www.tsouz.ru/Docs/IntAgmmts/Pages/Dogovor_EvrAzES.aspx

Liste der Dokumente, welche in dieser Angelegenheit von Priorität sind und unterzeichnet werden sollten. Die Ukraine bremste jedoch von Anfang an die Bildung des Wirtschaftsraums. Nachdem Präsident V. Juschenko an die Macht gekommen war, setzte die neue Führung die euro-atlantische Integration (Eintritt in die EU und NATO) zuoberst auf die Prioritätenliste. Bereits im April 2005 hat Juschenko die Haltung gegenüber Russland und den Plänen der EAWG klar gestellt, er sagte, die Ukraine unterstütze die Schaffung einer Freihandelszone mit den Mitgliedern dieser Organisation, lasse aber die Devaluation der Steuer- und Zollpolitik und ihrer eigenen Souveränität nicht zu.¹⁷⁷

Die Zollunion trat erst am 1. Januar 2010 in Kraft und kann als eine "Lite-Version" der EAWG betrachtet werden. Letzteres ist ein Projekt zur wirtschaftlichen Integration Russlands, Weißrusslands, Kasachstans und der Ukraine, das aufgrund der Veränderungen durch die Orange Revolution in der Ukraine nicht vollständig umgesetzt werden konnte.

Nach der Umorientierung der Ukraine sagte Sergei Terjochin, der damaliger Minister für Wirtschaft am 7. April 2005, die Position der Ukraine bestehe darin, dass in der ersten Stufe der EAWG-Formierung eine Freihandelszone ohne Einschränkungen und Ausnahmen geschaffen wird. Die zweite Stufe biete die Mitgliedschaft in der WTO und die Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften – soll heißen, dass die Schaffung der Zollunion und supranationalen Tarif-Institutionen die ukrainische Seite nicht interessierte. Somit war die Ukraine aus dem Prozess der EAWG-Bildung fünf Jahre lang ausgeschlossen. Mit der Machtübernahme von Viktor Janukovitsch hofft Russland, die Ukraine zu den Verhandlungen über die Errichtung der EAWG zurückzubringen. Zwischen den Parteien "Einheitliches Russland" ("Единой России") und der von Janukovitsch geführten „Partei der Regionen“ („Партии регионов“) gibt es eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit und es werden noch Schritte für die Konvergenz der Volkswirtschaften getroffen, einschließlich auch der Frage der Zollunion. Dies ist die Richtung, in die wir uns bewegen, sagte der Leiter der Partei "Einheitliches Russland", Boris Gryslow.¹⁷⁸

Freihandelszone der GUS-Staaten.

Am 24. September 1993 wurde der Vertrag über die Wirtschaftsunion unterzeichnet, der auf der

¹⁷⁷ Nach Materialien von Intergrated Foreign Economic Information Portal by Ministry of economic development of the Russian Federation, <http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap> der Zeitschriften „Belarusskij Biznes“ http://finance.bel.biz/articles/eep_i_perspektivy_i_yalyutnogo_soyuza/ und „Liter“ (Kasachstan) <http://www.liter.kz/articles/view/25004>

¹⁷⁸ Vgl. Rudj (2010): Ukraine wird zur Zollunion angelockt. In: Podrobnosti. URL: <http://podrobnosti.ua/analytics/2010/02/22/667434.html?cid=717090>

Idee der Bildung einer multilateralen Freihandelszone in der GUS basiert. Die Gründung der Freihandelszone der GUS Staaten wurde als erster Schritt zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums gesehen. Das Freihandelsabkommen sollte zur Beseitigung zahlreicher Handelsschranken beitragen, einen Umsatzwachstum stimulieren sowie die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Russland und anderen GUS-Ländern fördern. Am 15. April 1994 haben die Präsidenten von Aserbaidshan, Armenien, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und der Ukraine ein Abkommen über die Freihandelszone unterschrieben. Der Vertrag über das Freihandelsabkommen ist eine multilaterale Rechtsgrundlage des regionalen Handels zu Vorzugsbedingungen. Unter den FTA-Mitgliedsstaaten sollte der freie Handel ohne Zölle und tarifäre Beschränkungen betrieben werden, um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und die krisenfeste Entwicklung der Wirtschaft zu schützen. Allerdings wurden keine multilaterale Freihandelsregime eingeführt. Die Vertragsparteien des Übereinkommens, einschließlich Russland, hatten es damals verpasst, eine gemeinsame Liste von Ausnahmen vom Freihandelsregime zu erstellen. Die Wiederaufnahme der Gespräche wurde auf 1999-2002 verschoben.

Am 2. April 1999 wurde das Protokoll über die Änderungen und Ergänzungen des Abkommens unterzeichnet – ein Rahmendokument, das den Gesetzen der einzelnen Staaten angepasst werden muss. Das Protokoll wurde von den Präsidenten von Aserbaidshan, Armenien, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Ukraine und Usbekistan unterschrieben. Nach diesem Protokoll wurden statt des bilateralen GUS-Freihandelsregimes ein multilaterales eingeführt, alle Zölle abgeschafft, wie auch Steuern und Abgaben gleicher Wirkung und die quantitativen Beschränkungen für die Einfuhr und (oder) die Ausfuhr von Waren im Handel zwischen den Mitgliedsstaaten der FTA. In den folgenden Jahren hat der Rat der GUS-Regierungen immer wieder Dokumente angenommen, welche die Entwicklung des Freihandelsabkommens beabsichtigten.

Im November 2008 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der GUS die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft bis 2020. Zu den vorrangigen Bereichen der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der GUS gehörten die Bildung einer Freihandelszone in Übereinstimmung mit den Normen und Regeln der Welthandelsorganisation WTO, die Bildung von Voraussetzungen für die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, die Entwicklung gemeinsamer Märkte für bestimmte Produktarten, in erster Linie alle landwirtschaftlichen, sowie die Errichtung von wirksamen Mechanismen für die Finanzzusammenarbeit.¹⁷⁹

¹⁷⁹ Vgl. Ria Novosti (2011): Договор о зоне свободной торговли в СНГ положит конец торговым войнам.

Im Oktober 2011 wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, ein Freihandelsabkommen im Rahmen der GUS zu etablieren. Einige Experten glauben, dass der Vertrag der Ausgangspunkt sei, um die Schaffung neuer Verbände und die Gesamtzahl der Mitglieder zu erhöhen. Dieses Abkommen wurde von dem russischen Ministerium für Wirtschaftsentwicklung ausgearbeitet und sieht "die Minimierung der Ausnahmen von der Nomenklatur von Waren, die von Einfuhrabgaben befreit sind"¹⁸⁰, vor. Ausfuhrzölle sollten auf ein bestimmtes Niveau festgelegt werden und anschließend auslaufen. Der Vertrag beinhaltet die Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unterzeichnerstaaten, den Austausch einer Reihe von multilateralen und etwa 100 bilateralen Dokumenten, die den Ausgleich der Regierungen des Freihandels in der Gemeinschaft reglementieren.

Das Abkommen über die GUS-Freihandelszone ist am 20.09.2012 zwischen Belarus, Russland und der Ukraine in Kraft getreten, den ersten drei Ländern, die die Ratifizierung erfüllt haben. Die restlichen fünf Unterzeichner, der in der Vereinbarung festgelegten Freihandelszone werden beitreten, nachdem die inländischen Verfahren und Annahme der relevanten Dokumente beendet sind.¹⁸¹

5.3 Ziele und Felder der Zusammenarbeit

Mit dem Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im GUS-Raum – unter russischer Führung – zu beleben, wurde noch von Premierminister V. Putin ein totgeborenes Projekt aus der Zeit nach der Auflösung der Sowjetunion wiederbelebt.¹⁸²

Die offiziellen Ziele des neu unterzeichneten Freihandelsabkommens der GUS-Staaten, die auf der offiziellen Internetseite des Präsidenten der Ukraine verzeichnet sind, lauten:

1. Vollständige Einführung des Freihandelsregimes.
2. Liberalisierung der Bedingungen und weiteren Entwicklungen des bilateralen Handels, die Abschaffung der bestehenden Einschränkungen und Ausnahmen vom freien Handel, einschließlich der Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigprodukten, um den freien Zugang von Waren von einheimischen Produzenten zu den Märkten der GUS-Mitgliedsstaaten zu gewährleisten.

<http://ria.ru/economy/20111021/466399963.html>

¹⁸⁰ Vgl. «Договор о зоне свободной торговли» <http://cis.minsk.by/reestr/ru/index.html#reestr/view/text?doc=3183>

¹⁸¹ Das Hauptdokument mit den Verträgen und vollem Verzeichnis ist im „Единый реестр правовых актов и других документов Содружества Независимых Государств“ zu finden: „Договор о зоне свободной торговли“ <http://cis.minsk.by/reestr/ru/index.html#reestr/view/text?doc=3183>

¹⁸² Vgl. Schneider-Deters (2012): 399

3. Entwicklung einer vereinbarten Linie der Nutzung von Energieressourcen und Transportdienstleistungen, Entwicklung gemeinsamer Märkte für bestimmte Arten von Produkten, insbesondere in der Landwirtschaft.
4. Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich des Verkehrs, einschließlich der Bildung eines Netzwerkes von internationalen Transportkorridoren im GUS-Raum.
5. Die Verbesserung der Effizienz der Zollpolitik und die Beseitigung des Einflusses der nationalen steuerlichen und administrativen Hindernisse für den internationalen Güterverkehr, usw.

Die wichtigsten Vorteile der Schaffung der GUS-Freihandelszone wurden laut der offiziellen Internetseite des Präsidenten der Ukraine wie folgend angegeben: Festigung der Verpflichtungen über die Nichterhöhung der Zollsätze für Waren, die aus dem Freihandelsregime ausgenommen wurden; verbindliche Verpflichtungen der GUS-Staaten, keine neuen Beschränkungen im gegenseitigen Handel einzuführen; Festlegung von Fristen für die Entfernung von Einnahmen für den Import, Fixierung des Beginns des Prozesses für die Streichung von Exportzöllen; Abbau der Zahl der bestehenden Verträge, die in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den GUS-Staaten gültig waren; Lösung von Handelsstreits auf Ebene der Mechanismen und Verfahren, die von der WTO angenommen wurden.¹⁸³

Wirtschafts- Gemeinschaft (EAWG) – Zollunion

Die Aufgaben und Ziele der Wirtschafts-Gemeinschaft sind eine effektive Förderung der Vertragsparteien der Zollunion und des gemeinsamen Wirtschaftsraums sowie die anderen oben genannten Ziele des Abkommens über die Zollunion. Laut dem Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich und dem Vertrag über die Zollunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsraums soll die Umsetzung in folgenden Schritten erfolgen.

1. *Die Bildung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik ist einer der Schwerpunkte für die Vertragsstaaten bei der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums.* Das Ziel einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist es, günstige Bedingungen für die Erhöhung der inneren Stabilität der Volkswirtschaften von Mitgliedern zu schaffen und die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der drei Länder sowie eine tiefere Integration in den gemeinsamen

¹⁸³ Offizielle Internetseite des Präsidenten der Ukraine <http://www.president.gov.ua/ru/news/24974.html>

Wirtschaftsraum voranzutreiben. Für die Länder des einheitlichen Wirtschaftsraums gilt das Prinzip der "*vier Freiheiten*": *freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften*.¹⁸⁴

2. Freiheit des Kapitalverkehrs, die Geldpolitik in den Ländern des WR

Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraums mit dem Ziel, das Vertrauen in die nationalen Währungen, die Inlandmärkte der Vertragsparteien und in die internationalen Devisenmärkte zu erhöhen.

3. Freizügigkeit der Arbeitnehmer auf den Territorien der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die vorrangige Aufgabe der Gewährleistung von Rechten und legitimen Interessen der Bürger von Mitgliedsstaaten. Die Länder des einheitlichen Wirtschaftsraums definieren in ihren Vereinbarungen die Rechtsstellung der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien sowie die Regulierung der Arbeitsordnung und Fragen zu ihrem sozialen Schutz.

4. Die sektoralen Vereinbarungen innerhalb des WR

Das Departement für die Bildung des gemeinsamen Wirtschaftsraums koordiniert die Vorbereitung der sektoralen Vereinbarungen der WR-Vertragsstaaten, einschließlich der Bereiche Energie, Eisenbahn-Transporte, Organisation, Verwaltung und Funktion des gemeinsamen Rohölmarktes, der Erdölprodukte und der Gastransporte.

5. Technische Regulierung in den WR-Mitgliedstaaten

Ein technisches Reglement wird für die Zwecke der Gewährleistung des freien Warenverkehrs innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums eingeführt. Zusammen mit der Vereinbarung auf gemeinsame Grundsätzen und den Regeln der technischen Regulierung in den EWR-Mitgliedstaaten werden technische Vorschriften für bestimmte Arten von Produkten angenommen. Technische Vorschriften wurden entwickelt und verabschiedet, um im Gebiet der Zollunion den Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger, den Umweltschutz, die Prävention von Handlungen zur Irreführung der Verbraucher, aber auch um die Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu gewährleisten.

6. Bildung von einheitlichen Regeln für die staatliche Regulierung im WR

¹⁸⁴ Vgl. Министерство экономического развития Российской Федерации. Формирование единой экономической политики между государствами – участниками ЕЭП. URL: http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap/naprav1_eap/

Der Hauptzweck der Bildung von einheitlichen Regeln der staatlichen Regulierung im EWR ist eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten des EWR sowie die Organisation des effektiven Betriebs von Checkpoints über die Außengrenzen der beteiligten Länder im EWR auf der Grundlage gemeinsamer Standards und Ausstattung und einheitlicher technischer Kontrollschemas. Die besonderen Anstrengungen werden sich auf die Organisation der Interaktion der Regulierungsbehörden konzentrieren, bei Transport von Personen, Waren, Fahrzeugen und Tieren, einschließlich des Prinzips "eines Fensters" mit dem Einsatz von modernen Informationstechnologien.¹⁸⁵

Wichtige Punkte, die die weiteren Schritte andeuten, sind.

- Bildung eines gemeinsamen Finanzmarktes mit harmonisierten Grundsätzen und Bedingungen für den Übergang zu einer einheitlichen Währung in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.
- Erstellung von Bedingungen für eine gemeinsame Produktions- und Geschäftstätigkeit.
- Bildung eines gemeinsamen Marktes für Transportdienstleistungen und ein integriertes Verkehrssystem.
- Bildung eines gemeinsamen Energiemarktes.
- Schaffung gleicher Bedingungen für den Zugang zu ausländischen Investitionen.
- Gewährleistung der Freizügigkeit der Bürger innerhalb der Gemeinschaft der EAWG.
- Harmonisierung der Sozialpolitik, um eine Gemeinschaft von Wohlfahrtsstaaten zu schaffen, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, einen einheitlichen Bildungsraum, koordinierte Ansätze in Fragen der Gesundheit, Migration etc.¹⁸⁶

Diese Punkte ähneln stark der früheren Implementierungsvariante der UdSSR.

Trotz der vielen freundlichen Treffen der Vertreter der Ukraine und Russland bleiben die Probleme bestehen, wie die Auseinandersetzungen über die Gaslieferungen, welche die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland sehr belasten.

Außer der langjährigen Geschichte, die die beiden Staaten verbindet, lässt sich noch ein anderes Bindeglied erwähnen – ein mehr pragmatisches, das auf die wirtschaftliche Verflechtung der Ukraine mit Russland verweist. Die Konjunkturbindung und besonders die Industrie beider Staaten ist nach wie vor eng verbunden. Erst der Aufbau neuer Industriezweige und eine stärkere Abkoppelung von den Rohstoffzyklen könnte diese Verbindung lockern. Der Außenhandelsanteil

¹⁸⁵ Vgl. Министерство экономического развития Российской Федерации. URL: http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap/naprav1_eap/

¹⁸⁶ Vgl. Eurasische wirtschaftliche Kommission (2013): Fakten und Zahlen. URL: http://www.eurasiancommission.org/ru/Documents/broshura26_RUS_v5.pdf

Russlands am ukrainischen Markt wurde in letzter Zeit niedriger und der EU-Handel entfaltet sich seit einigen Jahren dynamischer; dennoch gehören russische Unternehmen weiter zu den bedeutendsten ausländischen Investoren. Außerdem bleibt die Ukraine ebenso wie die EU an die Energieimporte aus Russland angewiesen. Gleichzeitig braucht Moskau die Ukraine ebenso als bedeutendes Transferland für den Gas- und Öltransport nach Westeuropa. Die Abhängigkeit ist also gegenseitig. Die Ukraine leidet an den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrisen seit 2008. Die globale Wechselkursverschiebungen haben die ukrainische Wirtschaft stark unter Druck gesetzt. Die ukrainische Wirtschaft leidet vor allem unter dem Preisverfall von Stahl, dem Hauptexportprodukt des Landes.¹⁸⁷

Die verstimmtten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine haben die beiden Staaten zum neuen Gasstreit von 2008 geführt. Bereits im November 2008 hat der russische Energieriese Gazprom der Ukraine mit einem Lieferstopp gedroht. Wenn die Regierung in Kiew die Schulden von 2,4 Mrd. US-Dollar (rund 1,9 Mrd. Euro) nicht begleicht, werde am Jahresanfang der Gashahn zugedreht, hieß es.¹⁸⁸

Die Geschichte der Gaskriege begann aber drei Jahre vorher im Januar 2006.¹⁸⁹ Nach weiteren Verhandlungen in 2009 wurde die damalige Premierministerin Julia Timoschenko wegen Amtsmissbrauch verurteilt und sitzt aktuell die 7-jährige Freiheitsstrafe in der Frauenkolonie ab, was wiederum die Debatten, ob es sich nicht um eine politische Gefangenschaft handelt, in der westlichen Welt erhitzt.

Laut J. Timoschenko wurde Russland von der ukrainischen Seite damals ein Vorschlag gemacht, die Transitgebühren als Abgeltung für das in die ukrainischen Untergrundspeicher gepumpte Gas zu verrechnen. "Die Ukraine will ein entsprechendes Regierungsabkommen (mit Russland) unterzeichnen. Für die Ukraine wäre die Anrechnung der Durchleitungsgebühren eine reale Möglichkeit, das russische Gas zu bezahlen", sagte die ukrainische Ministerpräsidentin.¹⁹⁰ Wenn den Vorlauf der sogenannten Gaskriege zwischen Russland und der Ukraine analysiert werden soll, muss in erster Linie daran gedacht werden, ob es in der Tat um die Fragen der Preispolitik geht oder ob es sich mehr um ein kommerzielles Anliegen zwischen zwei geschäftlichen Akteuren dreht. Die bilaterale Gas-Vereinbarung beruht auf einer komplexen Formel; seit die Gaslieferungen Russlands an die Ukraine rückwirkend ab dem 1. Januar 2006 durch einen

¹⁸⁷ Vgl. Springer (2008): IWF gibt Ukraine Kredit über 16,5 Milliarden Dollar. In: Die Welt vom 26.10.2008. URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article2631308/IWF-gibt-Ukraine-Kredit-ueber-16-5-Milliarden-Dollar.html>

¹⁸⁸ Vgl. Westphal (2009): 8

¹⁸⁹ Die Einzelheiten des Konfliktes können unter folgenden Links abgerufen werden: Gasstreit zwischen Russland und Ukraine: Wie kam es zu den Auseinandersetzungen? Chronologie: Von Schuldentilgung bis zur Beilegung, http://www.news.at/articles/0902/30/230696_s6/gasstreit-russland-ukraine-wieauseinandersetzungen.

¹⁹⁰ Vgl. Ria Novosti (2009): EIL - Gazprom berechnet Ukraine keine Vertragsstrafe für nicht abgenommenes Gas. Vom 29.04.2009. URL: <http://de.ria.ru/business/20090429/121377241.html>

Zwischenhändler, die in der Schweiz angesiedelte Joint Venture RosUkrEnergo AG, ausgeführt werden, wurden die Transitgebühren erhöht und fortan nicht mehr in Gas, sondern in Geld abbezahlt. Die Tatsache, dass diese Angelegenheit von den Präsidenten und ihren Ministern kommentiert wird, zeigt deutlich, dass das Problem nicht nur wirtschaftlicher oder kommerzieller, sondern auch politischer Natur ist. Die Hälfte des RosUkrEnergo gehört Dmitri Firtasch (zu 45%) und Ivan Fursin (zu 5%), die andere Hälfte Gazprom.¹⁹¹ Dank der ukrainischen Pressefreiheit sind die Verbindungen von der Ukrainischen Seite ziemlich gut dokumentiert, was die Eigentumsverhältnisse immer mehr ans Licht bringt, welche für Spekulationen über persönliche Bereicherung sorgen und zum Korruptionsverdacht führen.

Die Preisvorstellungen bei den Verhandlungen 2009 waren sehr unterschiedlich, erstmals forderte Gazprom 250 USD pro tausend Kubikmeter (in 2008 zahlte Ukraine 179,50 USD). Die ukrainische Seite hat 235 USD als einen realen Preis angesetzt. In weiteren Verhandlungen steigerte Gazprom die Anforderungen stufenweise zuerst auf 418 USD, und dann auf 450 USD.¹⁹² Die Ukraine zahlt überhaupt die Rekordpreise im europäischen Vergleich, denn 2012 zahlte Kiew ca. 426 US-Dollar pro tausend Kubikmeter, dieser Preis enthält schon den Rabatt von 100 US-Dollar für die Vertragsverlängerung der Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim. Für Deutschland dagegen kosteten die Lieferungen etwa 370 USD, obwohl Deutschland am Ende des Übertragungsnetzes ist.¹⁹³

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine brach im Herbst 2013 erneut aus. Gazprom machte nochmals Druck und verlangte von der Ukraine die sofortige Zahlung offener Rechnungen. Die ukrainische Seite klagte über die überhöhten Preise für russisches Gas. Bei einem Durchschnittspreis von 250 bis 350 US-Dollar verlangte Russland von Kiew – laut einer Mitteilung der Naftogaz - 516 US-Dollar pro tausend Kubikmeter. Die Ukraine musste 2012 somit mehr als ein Viertel seines Haushaltseinkommens für russisches Gas ausgeben.¹⁹⁴

Um die Durchleitung von Gas über die Ukraine und damit die Gasversorgung Europas über den Winter sicherzustellen, habe Gazprom nach eigenen Angaben bereits eine Milliarde Dollar im Voraus überwiesen. Der ukrainische Staatskonzern Naftogaz wollte sich nicht dazu äußern. Das ukrainische Transportnetz verliert für den Gas-Transit an Bedeutung, da mit dem Ausbau der Ostsee-Pipeline „North Stream“ und der von Russland beabsichtigten „South Stream“-Röhre das

¹⁹¹ Vgl. Pirani (2009): 15

¹⁹² Vgl. Westphal (2009): 9; Grätz (2009): Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand. SWP-Aktuell 3, Berlin.

¹⁹³ Vgl. Bund der Energie Verbraucher (2014): Abhängigkeit von russischem Erdgas steigt wieder. URL: http://www.energieverbraucher.de/de/News_311/NewsDetail_14352/; Rosenberger (2013): 1.

¹⁹⁴ Vgl. Ria Novosti (2012): Ukraine will Erdgas bei RWE beziehen - Russisches Gas zu teuer. Vom 14.05.2012 URL: <http://de.ria.ru/business/20120514/263590684.html>

Territorium umgangen werden kann. Zusätzlich wird die ukrainisch-russländische Beziehung durch ein geplantes Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union belastet. Das sollte zur Unzufriedenheit von Russland im November 2013 unterzeichnet werden, wurde aber von der ukrainischen Regierung abgelehnt. Stattdessen soll sich die Ukraine, nach der Meinung der russländischen Seite der GUS-Zollunion unter der Führung Russlands anschließen. Dafür führte Russland bereits fordernde Zollprüfungen und ein Importverbot für ausgewählte Waren als eine Art Warnschuss für die Kiewer Regierung ein.¹⁹⁵

5.4 Interessen und Spannungsverhältnisse

Im Konzept des gemeinsamen Wirtschaftsraums steht, dass die Grundprinzipien des WR für die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital über die Grenzen der Vertragsstaaten zu gewährleisten sind und damit sind sie dem Maastrichter Vertrag sehr ähnlich, der Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form schuf. Generell ist die Situation mit Waren und Dienstleistungen klar, nur mit der Bewegung des Kapitals ist alles viel komplizierter. Einer der entscheidenden Faktoren dafür ist das Vorhandensein oder Fehlen einer Währungsunion, welche in der EU entstanden ist (wenn auch nicht in Vollformat).

Im Oktober 2011 wurde die Vereinbarung der GUS-Freihandelszone auch von ukrainischer Seite unterzeichnet. Einige Experten glauben, dass der Vertrag der Ausgangspunkt für die Schaffung neuer Verbände sei, um die Gesamtzahl der Mitglieder zu erhöhen.¹⁹⁶ Während des EAWG-Gipfels hatte Wladimir Putin angekündigt, eine Eurasische Union auf der Grundlage eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zu schaffen. Und obwohl die Struktur der künftigen Organisation und konkrete Pläne für die Errichtung noch nicht identifiziert wurden, wurden bereits Wünsche geäußert, eine Pass-, Visa- und Währungsunion innerhalb der EAWG aufzustellen.¹⁹⁷ Also ist die Regierung unter Präsident V. Janukowitsch entschlossen, die russische Partnerschaft einzugehen.

¹⁹⁵ Vgl. Springer (2013): Gas-Krieg zwischen Moskau und Kiew neu entbrannt. In: Die Welt vom 29.10.2013

¹⁹⁶ Vgl. Таможенный союз (2011): Страны СНГ объединит зона свободной торговли. Vom 04.10.2011. URL: <http://customsunion.ru/info/4944.html>

¹⁹⁷ Евразийская экономическая комиссия (2011): Пресс-конференция по итогам заседания Межгосударственного совета ЕврАзЭС и Высшего органа Таможенного союза. URL: <http://www.tsouz.ru/news/Pages/21-10-2011.aspx>

Interessen und Perzeptionen Moskaus

Die Verzahnung der Energiesektoren ist hinsichtlich der sowjetischen Standortpolitik in Form einer Ballung von jeweiliger Produktionskompetenz an einem Ort konzentriert. Der russische und der ukrainische Energiesektor sind daher eng verzahnt. Die Kenntnisse der sowjetischen Energieindustrie wurden seit Anfang der 1920er Jahre vor allem an ukrainischen Ingenieursschulen gepflegt. Das Zentrum zur Produktion großer und kleiner Rohrfernleitungen befand sich bis Ende der 90er Jahre in der Ukraine, nur Pipelines mittleren Durchmessers wurden mehrheitlich in der Russländischen Föderation hergestellt. Darüber hinaus befanden sich die Gasspeicher größtenteils in der ehemaligen UdSSR, was essentiell war, um auf saisonale Nachfrageschwankungen eingehen zu können, und auch nahe an den europäischen Abnahmeländern. Die Neuregelung der Gaslieferungen nach dem Zerfall der Sowjetunion bereitete eine Menge von Konflikten, angefangen von 1992, 1993 und wieder in den Jahren 2005, 2006, 2009, welche noch in den heutigen Verhältnissen immer wieder neu entflammen.¹⁹⁸ In erster Linie entfachen sich die Streite immer wieder an alten Schulden und neuen Gaspreisen. Frühere Abmachungen wurden ständig in Frage gestellt und als obsolet interpretiert. Die Schuldenfrage ist undurchschaubar, vor allem weil sie nicht nur die Gazprom-Lieferungen betrifft, sondern auch die Geschäfte des Zwischenhändlers RosUkrEnergo, welcher zentralasiatisches Gas durch Russland an die Ukraine verkauft.

Die Preisverhandlungen waren wegen der Lage auf den Energiemärkten immer sehr schwierig. Der Ölpreis erreichte 2008 sein Maximum im Juli (147 US-Dollar pro Barrel) und fiel innerhalb von vier Monaten um nahezu 100 US-Dollar.¹⁹⁹ Gazprom richtete sich in den Verhandlungen 2009 auf den Höchstpreis, die ukrainische Seite hat sich aber an den fallenden Preisen orientiert. Die weltweite Senkung der Energiepreise hat Gazprom hart getroffen; diese verliert wegen der unbegreiflichen Preispolitik weiter seine starke Position auf dem europäischen Markt. Der Anteil der Importe von Gasprom in die EU-27 sank von 47% im Jahr 2003 auf 34% im Jahr 2011. Somit werden Investitionen in die Erschließung der neuen Ölfelder und die Erweiterung der „North Stream“ (um das Gas-Transportsystem der Ukraine zu umgehen) besonders schwierig. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die Gasproduktion in Russland insgesamt nicht erhöht, aber das Volumen der Produktion von "Gazprom" fiel stetig. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2013 sank er um 4,3%.²⁰⁰ Gazprom braucht demnach Geld, um seine Position auf dem

¹⁹⁸ Vgl. Graubner (2006): Das Imperium schlägt zurück oder alter Wein in neuen Schläuchen?

¹⁹⁹ Vgl. Westphal (2009): 8f

²⁰⁰ Vgl. Aslund (2013): Gazprom's Demise Could Topple Putin. In: Bloomberg View von: 09.06.2013. URL: <http://www.bloombergvie.com/articles/2013-06-09/gazprom-s-demise-could-topple-putin>

Weltmarkt zu erhalten. Die Ukraine ist quantitativ der größte Konsument von Gazprom, wogegen in den letzten Jahren ein Großteil der Gas-Lieferungen an die Ukraine aus Zentralasien kam. In der schwierigen Lage spielt es also für Gazproms Ausgleich eine essenzielle Rolle, welche Preise bei dem „kleinen Nachbarn“ durchgesetzt werden können.²⁰¹ Kiew zahlte nach dem Vertrag 2009 europäische Preise, die mit einer bestimmten Formel jedes Quartal neu kalkuliert werden.²⁰²

Die Preisfrage wird immer wieder neu gestellt, besonders angesichts der letzten Entwicklungen in der Ukraine, die sich Ende November 2013 mit der Reaktion der Opposition und den Massenprotesten auf dem sogenannten „EuroMaidan“ ereigneten. Nach der Nichtunterzeichnung des AA trafen sich Viktor Janukowitsch und Wladimir Putin am Dienstag, 17. Dezember 2013 in Moskau zur Sitzung der zwischenstaatlichen ukrainisch-russischen Kommission. Als Resultat des Treffens wurde eine Reihe von Aussagen gemacht, um die Gaspreise für die Ukraine zu reduzieren, vorausgesetzt, die ukrainische Regierung kündigt die Aussetzung der europäischen Integration an und wird das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen.

Russland hat den Gaspreis für die Ukraine deutlich reduziert, um bis zu 268,5 Dollar pro 1000 Kubikmeter vom aktuellen Preis, welcher nach dem Rabatt mehr als 400 Dollar betrug. Putin bemerkte, dass die Preissenkung als Zusatz zum bestehenden Gas-Vertrag vorgesehen war. Die Gaspreise werden vom 1. Januar 2014 an reduziert, der Vertrag ist bis 2019 gültig. Doch laut ukrainischen Medien kann ein Koeffizient, der den Gaspreis beeinflusst, vierteljährlich überarbeitet werden. V. Janukowitsch hat die Entscheidung kommentiert, dass die letzte Gas-Preisbildung sei ein Produkt der gemeinsamen Arbeit. In Zukunft müsse überlegt werden, wie die gegenseitige Zusammenarbeit organisiert wird und welche Anreize für beide Seiten geschaffen werden. Insbesondere die Erarbeitung von Bedingungen zur transparenten Handhabung des ukrainischen Gas-Transport-Systems. Putin sagte bei dieser Gelegenheit: "Wir glauben, dass dies eine vorübergehende Lösung ist, wenn man bedenkt, dass langfristige Verträge erreicht werden müssen. Das gilt auch für Gaslieferungen an die Ukraine und einen unterbrechungsfreien Gas-Transit nach Europa."²⁰³

Die Krim und die Schwarzmeerflotte

Der Flottenstützpunkt der Schwarzmeer-Flotte (SMF) ist ein wichtiger Grund, der immer wieder und auch während des letzten Gasstreits aufgeworfen wurde. Sevastopol als der wichtigste

²⁰¹ Vgl. Grätz/Westphal (2009): 2

²⁰² Vgl. Grätz/Westphal (2009): 3

²⁰³ Vgl. Glavred Zeitschrift (2013): О чем договорились Янукович и Путин vom 18.12.2013. URL: <http://glavred.info/politika/o-chem-dogovorilis-yanukovich-i-putin-opublikovan-dokument-266444.html>

Warmwasserhafen der Sowjetunion, wie die Flotte selbst, bleibt für Russland bis dato von enormer strategischer Bedeutung. Ohne die Kontrolle über die Flotte und den Warmwasserhafen Sevastopol kann Russland die eigene Versorgung während Krisenzeiten über den Seeweg nicht garantieren. Daher ist es nicht erstaunlich, dass sowohl die Krim als auch die Frage der Kontrolle über Sevastopol und der Schwarzmeerflotte wichtige – wenn nicht die wichtigsten – Streitpunkte zwischen der RF und der Ukraine nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR waren.

Der Direktor des Instituts für die GUS-Länder und Initiator der Gründung der Kommission in der Duma für die Schwarzmeer-Flotte, K. F. Zatulin, erzählte in seinem Interview, wie wichtig die Interessen der russischen Seite in der Krim waren und wie sie erkämpft wurden. Hat die Grundeinstellung der russischen Seite für die Einheit der russischen Flotte aufrecht zu erhalten. Er bedauerte, dass Jelzin auf die Aufteilung einging, aber es wurde geschafft, die Mehrheit der Flotte und ihre Hauptbasis Sewastopol zu verteidigen. Er dachte und denkt immer noch, dass die Schwarzmeerflotte ein wesentliches Element der nationalen Sicherheit ist.²⁰⁴

Die Aufteilung der SMF zwischen Russland und der Ukraine erfolgte im Mai 1997. In diesem Abkommen wurde ebenfalls beschlossen, dass Russland für eine jährliche Gebühr von 97.75 Millionen US-Dollar die Häfen in und um Sevastopol mieten würde. Die Krim und Sevastopol sollten dabei von der souveränen Ukraine anerkannt werden. Obwohl vertraglich festgelegt, entbrannt immer wieder Streit über die jährlichen Gebühren und beide Seiten werfen einander Vertragsverletzungen vor.²⁰⁵

Die konfliktreichen Beziehungen entwickeln sich hauptsächlich aus den differenzierenden Einstellungen über die eigenen Rollen der beiden Staaten auf dem europäischen Kontinent und in der Welt. Im Unterschied zur These des Einsseins der beiden slawischen Völker unterscheiden sich ihre Interessen sichtlich, oft sogar fundamental. Auf der anderen Seite gibt Russland nur sehr schleppend und schmerzhaft die Rolle des „großen Bruders“ auf, welcher das politische Begehren, die Geschichte und Kultur des „kleinen Bruders“ achten muss.²⁰⁶

K. Zatulin erklärte einige Ziele Russlands in Bezug auf die Fragen der Verteidigung und Sicherheit und der Ukraine: Propaganda der politischen und militärischen Allianz zwischen der Ukraine und Russland als Alternative zur NATO-Mitgliedschaft, oder, als Option, eine Bestätigung des neutralen Status der Ukraine und Ablehnung der Ziele der euro-atlantischen Integration. Diese Widersprüche lassen sich nur politisch erklären. Falls neben dem offiziellen

²⁰⁴ Vgl. Zatulin (2011): Interview für Информационно-аналитический портал постсоветского пространства „Материк“.

²⁰⁵ Vgl. Graubner (2006): Das Imperium schlägt zurück oder alter Wein in neuen Schläuchen? <http://peace-studies.blogspot.co.at/>

²⁰⁶ Vgl. Kappeler (2003a): 20f

NATO-Beitritts-Vorgang und seiner Finanzierung aus dem staatlichen Budget keine parallele Bewegung für die Vereinigung zwischen der Ukraine und Russland entwickelt wird, gibt es keine Garantie, dass es zumindest zu einem Kompromiss über den neutralen Status der Ukraine kommen kann. Der neutrale Status der Ukraine wäre für Russland ganz ausreichend. „Aber wir werden nicht den neutralen Status erreichen, wenn wir nicht eine militärisch-politische Allianz zwischen Russland und der Ukraine propagandieren“, bekundete der Direktor des Instituts für die GUS-Länder, Konstantin Zatulin, in der Konferenz zum Thema „Russischsprachige Ukraine: Möglichkeiten und Probleme der Konsolidierung“.²⁰⁷

Am 17. Dezember 2013 wurden in Moskau in der Sitzung der ukrainisch-russischen zwischenstaatlichen Kommission von Viktor Janukowitsch und Wladimir Putin 14 Dokumente im Zusammenhang mit Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. "Gazprom" gewährt der Ukraine einen Rabatt auf Gas von 268,5 Dollar pro tausend Kubikmeter und ein Darlehen von 15 Milliarden US- Dollar.²⁰⁸ Zur gleichen Zeit sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass das Darlehen mit keinen Verpflichtungen verbunden ist. Am Montag, 23. Dezember 2013, überwies Russland drei Milliarden Dollar auf die Konten der Nationalbank der Ukraine. Dies wurde von Ministerpräsident Dmitri Medwedew bei einem Treffen mit dem ukrainischen Amtskollegen Mykola Asarow im "Interfax" angekündigt. "Gestern wurde in meinem Namen, auf der Grundlage der Dokumente, die wir unterzeichnet haben, die erste Tranche der ukrainischen Staatsanleihen im Wert von 3 Milliarden US-Dollar erworben. Das Geld ging gestern an die Zentralbank der Ukraine“, sagte Medwedew.²⁰⁹ Nach Angaben von Vizepremierminister RF Igor Schuwalow, ist Russland zu jeder Zeit in der Lage, den 15-Milliarden-Kredit von der Regierung der Ukraine zurückzufordern, da die Gewährung dieser Mittel unter den strengsten rechtlichen Verfahren eingerichtet wurde.²¹⁰

Die Verschuldung der Ukraine bei russischen Banken betrug am 1. Juli 2013 11 Milliarden Dollar. Dies wurde vom Vertreter der Zentralbank Sergej Moiseyev erläutert. Wie der Nachrichtendienst "Glavred" berichtete, wurde bekannt, dass ein Viertel der Mittel aus der ersten Tranche des russischen Kredits sofort zurück nach Moskau geht, um alte Schulden

²⁰⁷ Vgl. Zatulin (2009): Стратегия России в российско-украинских отношениях. die Konferenz zum Thema Russischsprachige Ukraine: Möglichkeiten und Probleme der Konsolidierung.

²⁰⁸ Vgl. Glavred (2013): Переговоры Януковича и Путина: главные результаты, заявления, реакция Евромайдана. Vom 17.12.2013. URL: <http://glavred.info/politika/peregovory-yanukovicha-i-putina-glavnye-rezultaty-zayavleniya-reakciya-evromaydana-266436.html>

²⁰⁹ Vgl. Interfax (2013): Медведев сообщил о покупке первого транша украинских облигаций на \$3 млрд. Vom 24.12.2013. URL: <http://www.interfax.ru/business/news/348605>

²¹⁰ Vgl. Glavred (2013): Россия может в любой момент потребовать от Украины возврата долга. Vom 23.12.2013. URL: <http://glavred.info/ekonomika/rossiya-mozhet-v-lyuboy-moment-potrebovat-ot-ukrainy-vozvrata-dolga-266867.html>

zurückzuzahlen. Asarow sagte, dass dieser Kredit der Ukraine erlaubt, die Stabilität der Währungsreserven zu gewährleisten, jetzt könne es sich die Ukraine leisten, die eigene Wirtschaft voranzutreiben. Er betonte, dass das Darlehen zu 5% zur Verfügung gestellt wurde und schnell zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und einer guten Grundlage für das Jahr 2014 beitragen wird.

Wenn die Ukraine aber Teil des EU-Freizones wird, wird die Eurasische Zollunion für den gesamten ukrainischen Import einen einheitlichen Zollsatz für externe Importe (die derzeit bei 11,5% liegen) einheben und zu den anderen Maßnahmen der Struktur- und technischer Natur greifen, berichtet James Sherr.²¹¹ Es ist bereits bekannt, dass am 12. November V. Putin dem V. Janukowitsch ein ausgeklügeltes Paket von Gegenmaßnahmen präsentierte, wenn die Ukraine den AA unterschreiben wird, die weit über die oben genannte Parameter gehen und entwickelt wurden, um den maximal möglichen Schaden nicht nur für die ukrainische Wirtschaft als Ganzes zu verursachen, sondern auch die Interessen der Wirtschafts- und Finanzgruppen, die Janukowitsch direkt treffen.²¹²

Was bedeutet der Beitritt in die gemeinsame Handelszone mit Russland, Kasachstan und Weißrussland für die einfachen Bürger des Landes? Mit dem eingeschlagenen Kurs nach Osten hoffen die Behörden, einige Probleme zu lösen – wie die Senkung der Gaspreise. Es ist jedoch kein Fakt, dass die Einrichtung einer gemeinsamen Zollunion mit Weißrussland, Kasachstan und Russland neue Erdgaspreise für Kiew bringen wird. Minsk erhielt nur vorübergehend Gas-Vergünstigungen; und dies erst nach der Übergabe von „Beltransgaz“ zu 100% an Gazprom, was dafür ein direkter Beweis ist.²¹³ Es ist unmissverständlich, dass sich die Ukraine für die Gaspreisreduktion auf die neuen "Charkiw Vereinbarungen" einstellen sollte. Ein Blick hinter die Kulissen der Folgen des ukrainischen Beitritts zur Zollunion lässt darüber nachdenken, ob der russische Lebensstandard – der nach und nach einkehren und umgesetzt werden wird – gut für die ukrainische Bevölkerung sein wird.

²¹¹ James Sherr - Key Western expert on Ukraine and Russia. Chatham House Royal Institute of International Affairs.

²¹² Vgl. Sherr (2013): Украина—Россия—Европа: Отравленный треугольник. In: „Зеркало недели. Украина“ Nr. 47 vom 13.12.2013. URL: <http://gazeta.zn.ua/internal/ukraina-rossiya-evropa-otravlenny-treugolnik-.html>

²¹³ Vgl. Belarussische Telegraphenagentur (2013): Beltransgas steigerte im Jahr 2012 Erdgaslieferungen auf 20,3 Mrd. Kubikmeter. Nationale Nachrichtenquelle. URL: <http://news.belta.by/de/news/econom?id=706377>

6. Innerstaatliche Probleme und Herausforderungen

In diesem Teil der Arbeit werden die wichtigsten Fragen und Tendenzen in der innerstaatlichen Entwicklung der politischen und rechtsstaatlichen Situation in der Ukraine betrachtet. Es handelt sich dabei um die Erforschung und Analyse der politischen Kultur in der Ukraine. Diese werden uns einen Einblick in die Perspektive der künftigen Veränderungen der Machtverhältnisse in der Ukraine gewähren. Die 22 Jahre der Unabhängigkeit der Ukraine sind ein guter Anlass, um die Ergebnisse zu betrachten und Perspektiven zu analysieren.

6.1 Nationsbildung

Die Ukrainer sind eine der größten Nationen Europas, die sich zahlenmäßig gegenwärtig auf dem sechsten Platz befinden, genau wie vor dem Ersten Weltkrieg, als sie noch aufgeteilt waren auf das Russische Reich und zwei Teile der Habsburgermonarchie. Dabei werden 45 Millionen Ukrainer und 35 Millionen „Kleinrussen“ und „Ruthenen“ gezählt. Im Vergleich zu diesen Zahlen ist die am „Grenzland“ befindliche und nicht auffällige Rolle des „kleinen“ und „jungen“ Volkes in Politik, Wirtschaft aber auch Kultur beachtlich. Das Bestehen der eigenständigen ukrainischen Nation wurde von den vorherrschenden Polen und Russen immer wieder dementiert sowie auch in der europäischen Geschichtsschreibung grundsätzlich außer Acht gelassen.²¹⁴

Da die Ukraine in den 1990er Jahren erstmals als unabhängiger Staat in der Geschichte mit jenen Grenzen entstand, wird sie andauernd mit Hindernissen konfrontiert, was auf einen Erfahrungsmangel in der Außenpolitik, eine Unklarheit über die eigene Position im heutigen geopolitischen Raum und eine Instabilität der internationalen Autorität hindeutet. Die Umsetzung dieser Aufgaben hängt stark von den hohen Ansprüchen und vom Profil der Außenpolitik, deren grundsätzlichen Leitlinien und Prioritäten ab. Die Schaffung der nationalen Interessen und deren Verwirklichung ist ein komplexer Prozess, den viele objektive und subjektive Faktoren beeinflussen können. Diese Aufgabe ist eine der anspruchsvollsten für die Gesellschaft der Ukraine.

²¹⁴ Vgl. Kappeler (2003): 70

Das Thema der nationalen Identität ist, wie jede nationale Frage in der ehemaligen Sowjetunion, vorerst eine politische Frage von allerhöchster Sensibilität. Als einer der Faktoren für die Herausbildung einer Nation spielen neben der Sprache und Religion, die kulturellen Gemeinsamkeiten und die historische Tradition eine wichtige Rolle.

„Es wird hervorgehoben, daß die Ukrainer im Gegensatz zu den isolierten Moskowitern immer enge Verbindungen zum römisch-katholischen Abendland unterhalten hätten und aus dem Westen freiheitliche Traditionen, eine ständische Verfassung und kulturelle Strömungen wie Scholastik, Humanismus, Reformation und Barock übernommen hätten. [...] Die Prägung durch westliche Einflüsse im Spätmittelalter und früher Neuzeit war für die Nationsbildung der Ukrainer von großer Bedeutung.“²¹⁵

Die Unterschiede der jeweiligen Zugehörigkeit aus der ukrainischen Perspektive werden nicht minder konträr empfunden, und die erlebten Erfahrungen unter russischer und polnischer Dominanz prägen immer noch stark das historische Gedächtnis.²¹⁶ Dies zeigte sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR vor allem durch Anzeichen einer langen Leidensgeschichte des ukrainischen Volkes unter dem russischen Machtzentrum und der Sowjetunion und hat dementsprechend, besonders in der Westukraine eine ausgeprägte antirussische Orientierung hervorgerufen.

Die heutige Forschung schätzt die Entwicklung der ukrainischen Nationsbildung Ende der 1980-er Jahre als schwach ein. In den darauffolgenden Jahren war die analytische Forschung dadurch von Enttäuschungen geprägt, dass die Ukrainer nicht so waren, wie sie aus einer normativen Perspektive eigentlich hätten sein sollen. Es gab keinen nationalen Konsens, keine Zivilgesellschaft, stattdessen nur die Gespaltenheit des Landes mit Sowjetmentalität und Sowjetnostalgie.²¹⁷

„Lemberg und Doneck sind nicht Symbole für die Zweiteilung der Ukraine, sondern für die Vielfalt eines Landes, das auf verschiedenen Wegen in die Moderne geht, weil es aus unterschiedlichen Vergangenheiten kommt.“²¹⁸ Diese Trennung, diese Bewusstseinsspaltung kann nicht ewig dauern, dieses Problem wird wohl in irgendeiner Weise gelöst werden, aber es kann noch einige Zeit dauern.

Die Ukraine, als gesamtes Land, ist in ihrer nationalen, staatlichen und zivilisatorischen Identität noch gespalten, was momentan eines der größten Probleme des Landes ist. Es bleibt uneindeutig, ob die Ukraine beabsichtigt, das europäische Modell zu entwickeln - wie die anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, oder ob sie noch immer in Richtung des so genannten eurasischen Modells tendiert - zusammen mit Russland, Weißrussland und Kasachstan. Es bleibt

²¹⁵ Kappeler (2009): 26

²¹⁶ Vgl. Kappeler (2003): 15ff

²¹⁷ Vgl. Simon (2010): 71

²¹⁸ Simon (2010): 74

ungewiss, ob das ukrainische zivilisatorische Erbe durch die republikanische Rzeczpospolita und das konstitutionelle Österreich-Ungarn oder doch durch das autokratische Russland und die totalitäre Sowjetunion bestimmt ist. Im Prinzip sind die Ukraine, Weißrussland, Moldawien und Russland Länder, wo es eine ziemlich starke pro-westliche Minderheit gibt. Aber zur gleichen Zeit sind auch große Teile der Bevölkerung in diesen Ländern anti-westlich ausgerichtet. Dies spaltet das Land und hemmt seine Entwicklung. Die Ukraine kann nicht einfach in Europa integriert werden, da die Europäer sehen, dass dieses Land, wie auch die Türkei, das Problem der europäischen (oder umgekehrt, nicht europäischen) Identität zu lösen hat, und es ist immer noch in einer Situation eines besonderen stillen Bürgerkriegs.²¹⁹ Aber es ist auch nicht möglich, die Ukraine in die orthodoxe ostslawische "Ummah" zu integrieren, weil es einen starken pro-europäischen Antrieb gibt, insbesondere auf der Ebene der intellektuellen Eliten und auf der gebildeten Ebene.²²⁰ Das Fundament „des Nationalstaats unter den ukrainischen Eliten“ ist gewachsen, und wird von allen nichtkommunistischen Eliten unterstützt. Der zentrale Konsens (seit Kutschma-Zeit) ist der Überzeugung, dass die Ukraine ein souveräner Staat ist, der konsolidiert und verteidigt werden muss.

Buchtitel wie z.B. „Die zwei Ukrainen“ u.a. verfestigten Stereotypen und die Labilität der ukrainischen Nation. Es besteht in der Fachliteratur, im Unterschied zur journalistischen Wahrnehmung und der gezielten Desinformation von Außen, die Ansicht, dass es nicht zwei Ukrainen gibt, sondern viele, die nicht klar voneinander zu trennen sind, ineinander übergehen und dadurch den Zusammenhalt erleichtern.²²¹

Ein wichtiges Erfolgskriterium bei der Konsolidierung der modernen ukrainischen Nation wird sein, wie ethnische und politische Kriterien dieser Nation miteinander verbunden werden und wie inklusive und exklusive Faktoren in eine Balance gebracht werden. „Wenn Demokratie blühen soll, darf Nationalismus kein Feind der Unterschiede werden.“²²² Denn Nationalismus sei ein gefährlicher Verbündeter, der eine ständige Kontrolle und Überwachung seitens der liberalen Kräfte braucht. Der Vergleich mit Weißrussland lehrt, dass die Souveränität keinesfalls automatisch ein demokratisches System hervorbringt. In Russland verstehen die Eliten und die Bevölkerung bis heute nicht, welche weitreichenden Konsequenzen das Nichtaufgeben der nationalen Souveränität für das Selbstverständnis in der Ukraine hat. Sonst könnte das Verständnis zu einer nachhaltigen Entspannung führen. Der ausgeprägte Regionalismus der Ukrainer wird aber weiter bestehen.

A. Wilson stellte die Erfolge und Leistungen der „unerwarteten Nation“ in den Vordergrund.

²¹⁹ Vgl. Riabchuk (2012): 2

²²⁰ Vgl. Riabchuk (2012): 4

²²¹ Vgl. Simon (2010): 72

²²² Simon (2010): 67

Vielleicht wird sich die Ukraine als eine 'postmoderne' Nation entwickeln, mit einer Polyphonie von Identitäten, Mythen und Symbolen statt der kulturellen Gleichschaltung [im Original Deutsch], die eher für den Nationalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch war.²²³

Demokratie ist die einzige moderne Antwort auf die Herausforderungen durch Vielfalt, unterschiedliche Herkunft, Mentalität und Zukunftserwartung.²²⁴

6.2 Rechtsstaat und Transparenz

Mit dem Beitritt zur OSZE im Januar 1992 haben sich Belarus und die Ukraine verpflichtet, die Freiheit und Fairness der Wahlen einer einheimischen (EWÜ) sowie internationalen Wahlüberwachung (IWÜ) zur Prüfung zu stellen.²²⁵ Diese Verpflichtung löste einen Sozialisationsprozess aus, der zur Normeninternalisierung in beiden Ländern führen sollte.²²⁶ Während eine solche Internalisierung der demokratischen Wahlnormen aber in der Ukraine infolge der so genannten „Orangen Revolution“ im Jahr 2004 stattgefunden hat, sind, zum Beispiel in Belarus, keine Bedingungen für einen freien und fairen Urnengang geschaffen worden. Zudem ist die Ukraine der einzige GUS-Staat, in dem seit 2004 mehrfach freie und faire Wahlen stattfinden, die von den Eliten akzeptiert sind. Aufgrund dessen kann die Ukraine nicht mehr der Kategorie des kompetitiven Autoritarismus zugeordnet werden. Diese Entwicklung geht aber Ende 2013 mehr und mehr auf den Rückfall in den Autoritarismus zu. Von der Konsolidierung der demokratischen Institutionen kann dagegen wenig die Rede sein.²²⁷ Wie schon im theoretischen Teil besprochen wurde, benötigt die vollwertige Demokratie mehr als nur die Durchführung von freien und fairen Wahlen. Für die Umsetzung der Transformation vom alten System in die Richtung einer demokratischen Staatsführung ist ein entsprechendes institutionelles Gerüst anstelle der alten Struktur absolut notwendig. „Demokratie wurde nicht im Sinne der bekannten Formulierung von J. Linz und A. Stephan zum „only game in town“, vielmehr wurde nach wie vor nicht nur nach, sondern auch um die, und mit den demokratischen Institutionen gespielt“, schrieb Ellen Bos.²²⁸

Von den zwei möglichen Wegen, um das post-sowjetische institutionelle Chaos zu überwinden,

²²³ Wilson (2002) 312f. zit. nach Simon (2010): 72.

²²⁴ Vgl. Simon (2010): 73

²²⁵ Vgl. KSZE (1990): Charta von Paris für ein neues Europa, Paris. Artikel 8. in Busuleanu, Adam (2008): Internationale Wahlüberwachung in Wahlprozessen: Die Fallbeispiele Ukraine und Belarus. S.8.

²²⁶ Vgl. Schimmelfennig (1994) In: Busuleanu (2008): 8

²²⁷ Vgl. Bos (2010): 84

²²⁸ Bos (2010): 77

wählte die ukrainische Führung die zweite, einfachere Variante. Den ersten Weg haben die Balten, Polen, Tschechen und Ungarn gewählt. Sie zerlegten die alten Strukturen, vor allem die gefährlichsten - die Kommunistische Partei und ihre Kampfkraft sowie die Spezial-Geheimdienste. Zur gleichen Zeit entstanden neue Institutionen, neue Verfahren wurden angenommen, und verfestigten das Wichtigste - die echte Verteilung von Macht und Rechtsstaatlichkeit. Aber dafür musste die Zivilgesellschaft stark genug und mobilisiert sein, um die kommunistische Nomenklatur vollständig von der Macht zu entfernen, die Lustration durchzuführen und somit den Weg für den radikalen Wandel der institutionellen Strukturen und Regeln zu schaffen. Alle anderen haben die zweite Möglichkeit gewählt. Sie füllten das institutionelle Chaos, das durch das Verschwinden der kommunistischen Partei als die "führende und wegweisende" Kraft entstand. Dies geschah in der Form, dass sie die Macht, mehr oder weniger effektiv, mit einem Ersatz - ob in Form der informellen "Partei der Macht" welche hierarchisch des Präsidenten und die von ihm kontrollierten "öffentlichen Verwaltung" noch verstärkte. Dies konnte auch als formale Parteien mit nationalistischen anstelle der kommunistischen Ideologien geschehen. Wo die Zivilgesellschaft schwach war oder ganz fehlte, wie in Zentralasien, war der Ersatz von einem autoritären zum anderen System schnell und schmerzlos gefunden: kommunistische Bosse wurden zu Sultanen und behielten praktisch nicht nur die alten Institutionen und das damit verbundene klientelistische Netzwerk und Hierarchien blieben unangetastet.

Als Folge solcher Entwicklung sind in der Ukraine die schon früher beschriebenen Merkmale des „Erpresserstaates“, welche sich, laut Darden auf drei zentrale Elemente stützen, auch an dieser Stelle sichtbar.²²⁹ Die allgegenwärtige Korruption, als Zweites – der Überwachungsapparat, welcher nicht nur auf die Registrierung der Straftaten ausgerichtet ist, sondern auch auf die Ansammlung von sogenanntem Kompromat durch die Polizei, Aufsichtsbehörden, die Sicherheitsdienste und natürlich die Steuerbehörde. Als Drittes nennt Darden die selektive Anwendung der Gesetze, vor allem zur politischen Zweckmäßigkeit.²³⁰ Informelle Strukturen und persönliche Beziehungen gewannen gegenüber dem in der Verfassung vorgesehenen Zusammenspiel eine unverhältnismäßig große Bedeutung. Als Ergebnis auf der einen Seite gibt es die weit verbreitete Korruption und auf der anderen - Kompromat über fast alle. Jeder Bürger, der ein Unternehmen hat und an der Wirtschaft beteiligt ist (oder an der Politik, was unter solchen Bedingungen fast identisch ist), ist praktisch auf der Spitze der Macht. Gegen jeden illoyalen Bürger kann ein Strafverfahren eröffnet werden. Ein Kriminalverfahren, kein politisches Verfahren. Während über Politik gesprochen wird, wird dieser in der Tat nicht für

²²⁹ Vgl. Darden (2001); Riabcuk (2005): 1f

²³⁰ Vgl. Bos (2010): 82f

Korruption, sondern für Untreue bestraft. So war es mit Chodorkowski, so war es mit Lazarenko²³¹ Eigentlich sind Bestrafungen nicht mehr nötig, die Beseitigung von einigen Demonstrationen sind genug, damit alle verstehen, was sie für ihren Ungehorsam erwarten können. Dieses System war effektiv, auf eine eigene Weise, da es die Möglichkeit für autoritäre Regime gibt, gegen politische Gegner – Andersdenkende und die Opposition - als gewöhnliche Kriminelle vorzugehen. Der erwähnte Keith Darden glaubt, dass ein solches System recht stabil sei. Und doch gibt es mindestens vier Arenen, in denen der Erpresserstaat, das heißt, ein wettbewerbs-autoritäres Regime, das als Demokratie getarnt ist, angegriffen, wenn auch nicht ganz überwunden werden kann. Zunächst ist es de facto, dass es im Parlament eine Opposition und damit eine alternative Meinung zu verschiedenen Themen gibt, und dass diese Meinung ständig öffentlich auf höchstem politischem Forum geäußert wird. Zweitens - es ist ein Wahlsystem, in dem die Wahlen auch manipuliert und choreographiert werden, aber dennoch, die Stimmen werden immer noch wirklich gezählt (was zum Beispiel in Weißrussland nicht mehr passiert) und damit sind die Möglichkeiten zur Manipulation beschränkt. Das Dritte sind die unabhängigen Medien, welche versuchen, das kompetitive autoritäre Regime zu marginalisieren, einzuschüchtern oder abzukaufen, aber immer noch dulden. Und viertens - die Gerichte - sind zwar nicht völlig unabhängig, aber im System des gezwungenen Pluralismus hängen sie oft von verschiedenen Zentren der Macht ab, formellen und informellen. Das heißt, sie sind kein Element des Rechtsstaats, da es noch keinen solchen Staat gibt. Aber sie sind Teil eines dysfunktionalen Pluralismus in dem Sinne, dass sie durch die autoritäre Macht in einem solchen Ausmaß nicht monopolisiert sind, dass die Opposition unter bestimmten Umständen die richtige Entscheidung nicht überbieten konnte.²³² Die Rechtsstaatlichkeit stagnierte unter Juschtschenkos Präsidentschaft stark, berichtet Transparency International²³³, und ab 2010 ist die Justiz in der Ukraine äußerst korrupt. Die informelle Übergabe von Macht und materiellen Ressourcen an loyale Personen und Gruppierungen wurde zu einem grundlegenden Merkmal des Systems.

Als Präsident ersetzte Juschtschenko den von Kutschma geerbten Generalstaatsanwalt Svjatoslav Piskun durch Oleksandr Medvedko, einen weiteren Generalstaatsanwalt von Donetsk, der ebenfalls wenig Verständnis für westliche Konzepte der Rechtsstaatlichkeit hatte

²³¹ Pavlo Lazarenko, Ex- Ministerpräsident, im Mai 1996 ernannt, verbrachte etwas über ein Jahr in diesem Amt. Schon im Juli 1997 entließ ihn Präsident Leonid Kutschma, danach trat Lazarenko der Opposition gegen Kutschma bei. Seine Ministerpräsidentschaft markiert die Einführung der nationalen Währung - die Hrywnja. Unter seiner Schirmherrschaft hat die von Julia Timoschenko geführte Gesellschaft "Vereinigte Energiesysteme der Ukraine" die Gaslieferungen an die meisten der großen Industrieunternehmen des Landes nahezu monopolisiert, entwickelte nach und nach die Tauschketten und setzte diese Aktivitäten unter ihre Kontrolle. Mehr In: Kowall (2002): 9

²³² Vgl. Riabchuk (2005): 1

²³³ Vgl. Transparency International (2013): <http://www.transparency.org/country#UKR>

wie seine Vorgänger. Medvedko blieb in dieser Position bis zum Ende der Präsidentschaft Juschtschenkos und zeigte, wie unwichtig für ihn das Ziel der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit oder eine Verringerung der Korruption in der Justiz war. Viktor Pschonka wurde am 4. November 2010 als Generalstaatsanwalt der Ukraine durch das Parlament von 292 Abgeordneten gewählt, darunter überraschend auch von 36 oppositionellen Abgeordneten. Alle vier ukrainischen Staatsanwalts-Generäle in den letzten zehn Jahren, hatten Verbindungen zum Donetsk Clan und zur Partei der Regionen.²³⁴

Statt als unabhängige Instanz zur Lösung der Konflikte, wurde das Verfassungsgericht selbst ein Teil der Konflikte wie die Verchovna Rada, die aufgrund der ständigen Konfrontationen kaum die gesetzgeberische Aktivitäten entfalten konnte. Noch in der letzten Parlamentssitzung des zweiten Wahlgangs 2010 wurden die Veränderungen im Wahlgesetz beschlossen. Von einem für die Konsolidierung des politischen Systems unabdingbaren Konsens der politischen Eliten ist die Ukraine also weit entfernt. Da für die Akteure die kurzfristigen strategischen Interessen maßgeblich blieben, konnte sich die Funktionslogik der Verfassung nicht angemessen entfalten.

235

Schwäche und mangelnde Unabhängigkeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Unantastbarkeit der Abgeordneten der Ukraine sind die größten Hindernisse im Kampf gegen politische Korruption. Die Lösung dieses Problems liegt nur in der Reform beider Systeme, die mit der Richterwahl von einer unabhängigen Instanz und Mechanismen für die Strafverfolgung von Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden.²³⁶

Jeder ukrainischen Präsident hat anstelle der Interessen der ukrainischen Gesellschaft seine persönlichen korrupten Interessen über die nationalen und staatlichen Interessen gesetzt. Die unersättliche Raubgier der ukrainischen Eliten ist ein Produkt der engen Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Politik. Die Gier der Elite hat das Wachstum des Landes und den Lebensstandard der Mehrheit der Ukrainer erstickt, während diese Milliarden Dollar in europäischen Offshore-Insel-Zonen und in die EU-Mitgliedstaaten verschoben. Diese Gier ist unersättlich, weil sie nie bestraft wurde.

²³⁴ Vgl. Kusio (2012): 6

²³⁵ Vgl. Bos (2010): 82f

²³⁶ Vgl. Transparency International (2011): 3

6.3 Eliten und Demokratiekonsolidierung

Wenn der politische Organismus der Ukraine verstanden werden soll, muss die Rolle der politischen und wirtschaftlichen Eliten beobachtet werden.

Eliten sind als kleine, aber sehr einflussreiche Gruppen herausgehobener Akteure zu verstehen, deren zentrale Interessen in der Sicherung und Erweiterung ihrer eigenen Machtposition liegen. Diese elitäre Gruppen und Personen befinden sich im ständigen Wettkampf miteinander und spielen in der Konsolidierung der politischen Regime eine ausschlaggebende Rolle. Sie zeichnen sich ebenfalls durch ein gemeinsames System von Werten und Vorstellungen aus, handeln innerhalb spezifischer Kontexte und Normen, und schaffen sich Netzwerke und Zugänge, die ihren Eintritt zu politischer und geschäftlicher Macht regulieren. Sie verfügen über einen bestimmten Rahmen von Autonomie, treffen aber ihre Entscheidungen nicht in einem sozialen Vakuum – sondern sind wie andere Akteure der Gesellschaft im sozioökonomischen und politischen Umfeld integriert.²³⁷ Demokratie braucht die Verpflichtung der Eliten, die grundsätzlichen demokratischen Strukturen zu respektieren. Eliteverhalten wird auch in dem Kontext auf die Zerstörung der Demokratie gerichtet, in dem die scharfe Polarisierung zu beobachten ist. „Die Massenbewegungen würden von den Eliten für deren machtpolitischen Ziele je nach Bedarf häufig mobilisiert, demobilisiert bzw. instrumentalisiert“.²³⁸

Der Politikorganismus der Ukraine konnte bereits zu Beginn der Orangen Revolution als „oligarchische“ Herrschaft bezeichnet werden, worin die finanzielle Macht in der Hand einer bestimmten elitären Gesellschaftsschicht lag. Diese setzte sich aus Großunternehmern zusammen, die im Laufe der 1990er Jahre großes wirtschaftliches Kapital ansammeln konnten und von Präsident Kutschma, abhängig von ihren ökonomischen Machtpositionen, in politische Ämter gehoben wurden.²³⁹ Enge Eigeninteressen leiten das Verhalten der konkurrierenden Elitegruppen. Die instabilen Loyalitätsverhältnisse und kurzfristige Interessenkalkulationen verhindern langfristige Visionen für die innenpolitische Entwicklung.²⁴⁰ Die Formierung der zivilgesellschaftlichen Bewegung in der Ukraine, die damals den Sturz des Regimes Kutschma auslöste, wurde zu einem großen Teil erst von der vorangegangenen Spaltung der politischen und somit auch wirtschaftlichen Elite des Landes ermöglicht, da diese die erforderlichen

²³⁷ Vgl. Higley/Lengyel (2000): 2ff

²³⁸ Vgl. Linz/Stephan (1978) In: Merkel (1999): 113

²³⁹ Vgl. Pleines (2008): 2ff

²⁴⁰ Vgl. Bos (2010): 85

Grundstrukturen für eine zivile Protestbewegung beförderte.²⁴¹ Seit dieser Zeit, auch nach der Revolution von 2004, wurde das funktionierende System der Staatsführung, welche sich in den „fleckless pluralism“ einordnen lässt, nicht „bereinigt“, sondern, wie nach den Wahlen von 2010, zuerst durch den „pluralism by default“ in Richtung der „dominant power politics“ weiter verschärft.

Die Elitefraktionen der Ukraine verfolgen auch heute verschiedene wirtschaftliche Ziele und unterstützen daher unterschiedliche politische Ausrichtungen. Aus Eigeninteresse hatte die oligarchische Wirtschaftselite des Landes die demokratische Bewegung angetrieben, doch verhinderte sie die Konsolidierung des neuen politischen Regimes, womit die demokratischen Reformen und Strukturen etabliert und gefestigt werden könnten. Farbrevolutionen sind generell nicht in jedem Fall als rein politisch animierte, spontane Aufstände der Zivilgesellschaft zu verstehen, sondern können sowohl von sozioökonomischen Hintergründen als auch von den individuellen Interessen einzelner Elitefraktionen beeinflusst und angetrieben werden. Es hängt von den Elitendispositionen, Elitenkalkülen und Elitenpakten ab, ob es zum erfolgreichen Systemwechsel kommt.²⁴²

Die Tatsache, dass die Käuflichkeit der sogenannten politischen Elite, die zwischen den privaten Geschäften und der Macht keine Trennung macht, bestätigt, dass die Macht zu einem profitablen Business wurde. Die Präsidentschaftswahlen von 2004 wurden vorerst als Wendepunkt betrachtet, mit dem Hoffnungen über eine bessere Zukunft für die Ukraine verknüpft wurden sowie die Möglichkeit der Erneuerung der politischen Elite. Im Winter 2013 steht das Land erneut vor der Hausforderung eines endgültigen Systemumbruchs.

In der aktuellen Kaderpolitik der Macht bleibt immer noch die Tradition des Nepotismus oder der Günstlingswirtschaft, der Verslossenheit, Angst vor neuen konkurrenzfähigen Subjekten, Klan(-ismus) etc.²⁴³ Nach mehr als zwanzigjähriger Unabhängigkeit hat sich in der Ukraine weder ein demokratisches System konsolidiert noch eine funktionierende Marktwirtschaft etabliert. Diesem System, in dem die Politik und Wirtschaft in einer Art Symbiose existieren, basiert auf einem untransparenten Netzwerk aus informellen Strukturen, welches von Oligarchen und Clans auf der einen Seite und dem Präsidenten andererseits beherrscht wird. Die Macht- und geschäftliche Interessen der Akteure, welche in diesem Netzwerk agieren, stehen dabei im Vordergrund des politischen wie wirtschaftlichen Handelns. Dank dieser Akteurs-Netzwerke wurden die durchgreifenden wirtschaftlichen und politischen Reformen der letzten

²⁴¹ Vgl. Kuzio (2006): 46f

²⁴² Vgl. O'Donnel/Schmitter (1986): 48

²⁴³ Vgl. Sherr, James (2013): Украина—Россия—Европа: Отравленный треугольник. vom 13.12.2013. URL: http://gazeta.zn.ua/internal/ukraina-rossiya-evropa-otravlennyy-treugolnik-_.html

10 Jahre blockiert und konnten nicht ausgeführt werden.²⁴⁴

Die ukrainischen Clans haben eine bestimmte regionale Neigung, was auch die Namen folgender Clans erklärt: Kiewer, Donezker, Dnipropetrowsker Clans. Im ukrainischen Verständnis der politischen Kultur wird das Wort „Clan“ mit dem Synonym „regionale Elite“ verknüpft. Der Clan bildet eine eigene Art der Selbstorganisation von regionalen Eliten, die auf der staatlichen Ebene regionale, korporative, wirtschaftliche und Businessinteressen aller Teilnehmer lobbyieren soll.²⁴⁵

Dnipropetrovsker Clan

Als historische Heimat der KPdSU-Generalsekretäre Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew war Dnipropetrowsk schon seit den 1960ern die sogenannte Kaderschmiede und gewann dadurch an bedeutendem Einfluss und Macht auf Unionsebene. Breschnew hatte seine politische Karriere hier begonnen und umgab sich hauptsächlich mit Vertrauten aus der Heimatregion. Durch sie hatte er Kontrolle über Polizei, KGB und den Parteiapparat. Der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, Leonid Krawtschuk, orientierte sich aber trotz seiner Herkunft aus der KPU stärker an der national gesinnten Westukraine. Seit der Amtsübernahme Leonid Kutschmas 1994 und der Ernennung Pawlo Lasarenkos zum Premierminister hat der „Dnipropetrowsker Clan“ auf nationaler Ebene seinen Einfluss wieder verstärkt.²⁴⁶

Es war ein besonderes Industriegebiet - seit den 60er Jahren war es eines der Zentren des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes (MIK) - und besaß mit dem auf Raketentechnologie spezialisiertem Kombinat Jushnoe, einen der wichtigsten Rüstungsbetriebe des Landes.²⁴⁷ Die Produktionsvereinigung südlicher Maschinenbauwerke, benannt nach A. M. Makarow, ist ein 1944 in Dnipropetrowsk gegründeter Hersteller von Landtechnik, Straßenbahnen und Windkraftanlagen, aber am bekanntesten ist er als Hersteller von Raketen, Satelliten und Raumfahrzeugen und umfasste einst 13.000 und heute rund 7.000 Angestellten. Das Unternehmen ist zusammen mit dem Konstruktions-Büro Jushnoe mit 15% an Sea Launch²⁴⁸ beteiligt.

²⁴⁴ Vgl. Kowall (2002): 5

²⁴⁵ Vgl. Kowall (2002): 9

²⁴⁶ Vgl. Kowall (2002): 10

²⁴⁷ Juschmasch produzierte unter anderem die erste Nuklearrakete der Sowjetunion, die R-5, aber auch die Modelle R-16 (die erste ICBM der Sowjetunion), R-36, MR UR-100. Während der sowjetischen Zeit konnten jährlich etwa 120 Raketen hergestellt werden. In den späten 1980er Jahren wurde Juschmasch als Hauptproduzent der Topol-M ausgewählt. Im Zuge der Perestroika sank die Nachfrage signifikant und Juschmasch wurde teilweise in eine zivile Maschinenfabrik umgewandelt, weshalb bis heute auch Verkehrsmittel, Windturbinen und andere zivile Maschinen hergestellt werden.

²⁴⁸ Sea Launch ist ein Raumfahrt-Unternehmen, das Raketenstarts von einer speziell adaptierten Bohrplattform in Äquatornähe vermarktet. Gestartet wird mit Zenit-3SL-Trägerraketen, einer Zenit-2 mit Block-DM-Oberstufe und einigen Modifikationen für den Start von See aus. Sitz in Bern.

Die Gruppe Pintschuk, die Gruppe Derkatsch, die Gruppe Prywatbank, die Kutschmagruppe und die Gruppe Timoschenko sind politisch heterogen (Timoschenko gegen Kutschma) und bekämpfen sich gelegentlich untereinander (Gruppe Derkatsch gegen die Gruppe Pintschuk).

Die Gruppe Pintschuk wird von Viktor Pintschuk, dem Schwiegersohn des Ex-Präsidenten Kutschma, geführt - ein erfreulicher Bündnis, mit dem er im Sommer 2004 das profitable Unternehmen Kriworosch-Stahl für 800 Mio. Dollar erwerben durfte. Die Angebote ausländischer Mitbietender in Höhe von 1,65 Milliarden Dollar und Investitionen zur Modernisierung des Werkes von 1,2 Milliarden Dollar wurden damals abgeschlagen. Die Ausschreibung war so formuliert, dass fremdländische Interessenten rein rechtlich gar keine Chancen hatten. Den Millionenverlust für den Staatshaushalt nahm die Familie Kutschma in Kauf.²⁴⁹ Pintschuk gehören ebenfalls 65 Prozent der Aktien der Holding „Interpipe“ - Produzent des ukrainischen Exportschlagers, Pipe-Röhren. Zur Holding gehören ebenfalls die Bank „Kredit-Dnipro“, der Fernsehkanal ICTV sowie eine Reihe von Metallurgie-Betrieben, die hauptsächlich im Ausland gefragte Eisenbahnräder herstellen. Die Holding versorgt ferner eine Reihe von Unternehmen in den ostukrainischen Gebieten mit Elektroenergie und Erdgas. Zur Gruppe gehört außerdem der Netzanbieter Kyivstar GSM, Miteigentümerin ist Jelena Frantschuk, seine Ehefrau und Kutschmas Tochter. Die „Interpipe“ pflegt enge Beziehungen zur russischen Finanz-Industriegruppe „Alfa“.²⁵⁰

Leonid Derkatsch und sein Sohn Andrej Derkatsch, führen die Gruppe Derkatsch. Leonid Derkatsch, ein enger Freund Kutschmas, ehemaliger Leiter des SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine), der ehemalige Leiter des Staatlichen Zolldienstes der Ukraine (1995-1998), war Führungsmitglied der von Pintschuk und Derkatsch gegründeten Partei „Trudovaja Ukraina“, die zur kutschmafreundlichen Gruppe "Für eine einige Ukraine!" gehörte. Danach wurde er in 2001 im Zusammenhang mit der Ermordung des Journalisten Georgij Gongadse als ehemaliger Vorsitzender des ukrainischen Sicherheitsdienstes von Kutschma entlassen. Daneben agiert sein Sohn, der 1990-1993 in Moskau an der Hochschule des KGB Dserschinski geschult worden war, einst Parlamentsabgeordneter der „Partei der Regionen“, Andrej Derkatsch,²⁵¹ als Lobbyist russischer Firmen in der Ukraine, die zum russischen Aluminium-Konzern „Sibirskij aluminij“ gehören. Ansonsten pflegt er gute Kontakte zu dem Vorstandsvorsitzenden des russischen Stromzulieferer und Monopolist EES Rossii, Anatolij Tschubajts.

Wirtschaftliches Standbein der Clans ist außer der Metallurgie, die mit 20% am BIP und dem gesamten Exportvolumen der Ukraine involviert ist, das mit dem Clan verbundene

²⁴⁹ Vgl. Singer (2004): Clan-Kampf um Machterhalt. Das Blättchen, 7. Jg. Heft 24, Berlin.

²⁵⁰ Vgl. Schneider (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West. In: Bundeszentrale für politische Bildung.

²⁵¹ Vgl. Polit Rada (2009): Dossier. URL: <http://politrada.com/dossier/personne/id/582>

Unternehmen „Privat-Gruppe“ mit der größten privaten ukrainischen Bank „PrivatBank“. Die Führung der Privatbank kontrolliert die größte ukrainische Ölhandelsfirma Sentosa. Der ukrainische Manganhandelsmonopolist „Privat-intertrading“²⁵² wird von den ukrainischen Unternehmern Henadiy Boholyubov, Oleksiy Martynov und Ihor Kolomojskyj geleitet und kontrolliert Teile der Stahl-, Öl-, Chemie-, Energie- und Nahrungsmittelindustrie in der Ukraine, Russland und Rumänien zum Teil maßgeblich. Die Geschäftskerne der Gruppe sind Finanzdienstleistungen sowie die Eisen- und Stahlindustrie. Die „Privat Gruppe“ besitzt auch mehrere ukrainische Medien (TV-Sender „1+1“, Magazin „Fokus“, „Komsomolskaja pravda“) und pflegt enge Beziehungen mit Politikern und Sponsoren des ukrainischen Profisports.

Vorstandsvorsitzender der Privatbank war von 1992 bis 1997, Serhij Tihipko, welcher von Kutschma zum stellvertretenden Premierminister, zuständig für Wirtschaftsfragen ernannt wurde. Tihipko war von 1999 bis 2000 Wirtschaftsminister und zugleich Vorsitzender der Partei "Trudovaja Ukraina", danach wurde er am 17. Dezember 2002 vom Parlament zum Notenbankchef gewählt (bis Dezember 2004).²⁵³ Die Internet-Publikation "Versionen" sagt aus, dass am 24. April 2001 die ZAO Insurance Company "TAS" registriert wurde. Der Aufsichtsrat wird von Sergij Tihipko geleitet. Diese Struktur umfasst:

Insurance Group "TAS" (früher "International Insurance Group"); "TAS - Investbank" (ehemals „Societe Generale-Ukraine“); "TAS - Commerzbank" (ehemals "Kiew privat"); Maschinenbau -Unternehmen "Kamet-TAS" (früher "Kamet"); Werk "Dneprometiz"; ООО "TECO" (Dnipropetrovsk).

Am 13. Februar 2003 sprach Tihipko über den Verkauf von Mehrheitsbeteiligungen in der "TAS - Investbank" und "TAS- Commerzbank", weil nach ukrainischem Recht der Vorsitzende der Nationalbank nicht Aktionär der Bankenstrukturen sein darf. Im Februar 2007 unterzeichnete Tihipko eine Vereinbarung, die "TAS-Commerzbank" der schwedischen „Swedbank“ für 735 Mio. \$ zu verkaufen.²⁵⁴ Er war also immer noch im Entscheidungsapparat der „Gruppe TAS“ tätig. Am 18. März 2008 wurde er Co-Vorsitzender im Investor-Rat beim Ministerkabinett und Berater von Premierministerin Julia Timoschenko. Als parteiloser Kandidat trat Tihipko bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2010 an und bekam 13,05% der Stimmen. Er landete damit auf dem dritten Platz hinter Viktor Janukovitsch und Julia Timoschenko.²⁵⁵ Von 2010 bis 2012 war er stellvertretender Premierminister der Ukraine. Seit 2012 ist er der „Partei der Regionen“ beigetreten und übernahm den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden.

²⁵² Ukrainian Ministry of economic Development and Trade. State Export support. URL: http://www.ukrexport.gov.ua/eng/ukr_export_exporters/?act=view&id=582&country=

²⁵³ Vgl. Schneider (2007): 2

²⁵⁴ Vgl. „UBR“ Ukrainskij biznes resurs. Tihipko Portrait.URL: <http://bp.ubr.ua/profile/tigipko-sergei-leonidovich/>

²⁵⁵ Vgl. „Dosje“ Informazionno spravocnij resurs. Tihipko Sergij.

URL:<http://www.rudenko.kiev.ua/persons/tigipkos>

Die Kutschma-Gruppe wird von dem ukrainischen Ex-Präsident Leonid Kutschma geführt, mit einer Reihe ehemaliger stellvertretender Regierungschefs und Minister als Gruppenmitglieder. L. Kutschma wurde aufgrund seiner Forderungen nach Wirtschaftsreformen von industriellen Eliten als Retter in der Not empfohlen und übernahm von 1993 bis 1994 den Vorsitz der Union der Industriellen und Unternehmer (USPP), auch rote Direktoren genannt, zu der sich die Dnipropetrovsker Wirtschaftselite zusammengeschlossen hatte. Mit Beginn von Kutschmas Präsidentschaft 1994 sowie der Ernennung Pawlo Lasarenkos zum Premierminister wurde die Bedeutung des Clans im Land wieder verstärkt. Mit Lazarenko stieg ein Manager mit fester Machtbasis und einem Gespür für Politik an die Spitze der Ukraine auf, mit Unterstützung eines der mächtigsten Industrieclans der Ukraine, dem Dnipropetrovsker Clan. Der neue Präsident war nicht mehr ehemaliger Parteifunktionär wie sein Vorgänger L. Kravtschuk, sondern ein Vertreter der industriellen Eliten. Mit ihm wurde an oberster Stelle ein Interessenwandel des Staates umgesetzt, weg von den alten Bürokraten hin zu den Interessen der Industriellen und Unternehmer. Hauptaufgabe der Kutschmagruppe war die Interessenvertretung der Rüstungsunternehmen im Osten und Süden des Landes sowie die Kontrolle der Raumfahrtindustrie.²⁵⁶

Die Gruppe Timoschenko bildete sich um die Holding "Vereinigte Energiesysteme der Ukraine" (EESU), die Julia Timoschenko 1991 als kleines Privatunternehmen in Dnipropetrovsk gegründet hatte. Nach der Wahl Kutschmas zum Präsidenten begann 1995 die Expansion des Unternehmens, besonders in den Jahren der Amtsperiode des Ministerpräsidenten Pawlo Lazarenko als ehemaliger Gouverneur des Dnipropetrovsker Region.²⁵⁷ Seit 1995 wird der Import des russischen Gases nicht mehr vom Staat, sondern von den gegeneinander konkurrierenden privaten Firmen abgewickelt. Der Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Premierminister Pawlo Lazarenko verdankte den kommerziellen Erfolg in den späten 1990er Jahren Julia Timoschenko und ihre Firma "Vereinigte Energiesysteme der Ukraine", die Ende 1996 bereits ein Drittel des Gasmarktes kontrollierte. Laut Financial Times hat Lazarenko als Premierminister beinahe 72 Mio. US-\$ an Bestechungsgeldern eingenommen²⁵⁸ und sitzt seit Februar 1999 in den USA mit dem Vorwurf der Geldwäsche in Haft. Nach unterschiedlichen Angaben der UN und Ukraine könnte Lazarenko im Großen und Ganzen etwa 880 Mio. \$ veruntreut haben.²⁵⁹ Von 1995 bis 1997 leitete Timoschenko die Holding EESU, die in diesem Zeitraum zehn Prozent der ukrainischen Stahlproduktion und 25 Prozent der ukrainischen Produktion von Pipelinerohren kontrollierte. EESU erzielte in diesem Zeitraum einen

²⁵⁶ Vgl. Kowall (2002): 6

²⁵⁷ Vgl. Schneider (2007): 2

²⁵⁸ Vgl. Financial Times, 6.6.2000 In: Kowall (2002): 9

²⁵⁹ Vgl. Kowall (2002): 9

Jahresumsatz von 10 Milliarden US-Dollar, übte auf 35 Zeitungen, einige Radiostationen und Informationsagenturen Einfluss aus und arbeitete eng mit den russischen Gasfirmen Gasprom und Itera zusammen.²⁶⁰

Donezker Clan

Der "Donezker Clan" hat sein wirtschaftliches Standbein im östlichen Teil der Ukraine, orientiert sich nach traditioneller Unternehmungsführung mit Russland und bemüht sich seit 1993 mit unterschiedlichen Ergebnissen, im politischen Leben des Landes an Einfluss zu gewinnen. Die Macht des Donezker Clans basiert vornehmlich auf Reichtum, den er mittels Schattenhandel mit Kohle und Metallprodukten aus der Donbass Region machte. Eine führende Donezker Persönlichkeit war Volodymyr Scherban, ein typischer Vertreter der neuen ökonomischen Elite. Als Direktor eines Supermarkts im Donezk konnte er 1985 schnell über fruchtbare Beziehung in die Regionalelite einsteigen. 1994 wurde er Gouverneur der Donezker Oblast und gelangte in die Werchovna Rada bei den Parlamentswahlen im selben Jahr.²⁶¹

2002 wurde V. Janukovitsch, der frühere Leiter der Administration des Donezkgebiets, zum neuen Regierungschef und war 20 Jahre lang in den leitenden Positionen der größten Produktionsvereinigungen. Janukovitsch ist eng mit Rinat Achmetow verbunden, der als Hauptperson des Donezker Clans gilt. Achmetow ist Besitzer von neunzig Prozent der Anteile an der Holding „System Capital Management“, zu der Metallurgiefirmen, Hotels, Banken und auch der Fußballclub „Schachtar Donezk“ gehören. Die Werchovna Rada wird seit den Parlamentswahlen 2006 nun von dem Donezker Clan mit Mehrheit der „Partei der Regionen“ geführt. Im Wahlkampf hat Rinat Achmetow zwischen 600 und 900 Millionen Dollar für den 2004 verlierenden Regierungskandidaten Viktor Janukovitsch ausgegeben und dadurch, so wird vermutet, sich gegenüber Janukovitsch für die Verdoppelung seines Vermögens während dessen Amtszeit dankbar gezeigt. Seitdem Janukovitsch Ministerpräsident des Landes ist, hat der Donezker Clan die politische Vorherrschaft in der Legislative. Gute Freunde in der Region sind mit einflussreichen Posten honoriert worden. Die Präferenzliste der Donezker mithilfe der Wirtschaftspolitik ist umfangreich. Janukovitsch ernennt den Ministerpräsidenten, die Minister, er setzt die Gouverneure ein und ist Oberbefehlshaber der Armee.²⁶² Was die aktuelle Energiepolitik betrifft, so wird eine weitere Privatisierung der Kohleindustrie von der Regierung geplant. Die unrentablen staatlichen Bergbaubetriebe werden für einen symbolischen Preis von einer Hrywnja an den Investor gegeben, der die höchste Investitionssumme für die

²⁶⁰ Vgl. Schneider (2007): 3

²⁶¹ Ausführlichere Informationen zu den Verhältnissen innerhalb des Donezker Clans sind unter URL: <http://ssfss.narod.ru/ra2.html> zu finden.

²⁶² Vgl. Singer (2004): Clan-Kampf um Machterhalt. Das Blättchen, 7. Jg. Heft 24, Berlin.

Modernisierung bereitstellen wird. Fast 80% der Betriebe sind unrentabel, nicht nur die veralteten Anlagen, sondern auch die staatliche Regulierung sind Gründe dafür. Der älteste Sohn Oleksandr Janukovitsch nahm in den letzten zwei Jahren aktiv am Markt teil und hat im Jahr 2010 fünf Aufbereitungsanlagen unter seine Kontrolle genommen. In 2012 hat er sein Engagement beachtlich erweitert und im März, wurden nach einer Gesetzesänderung 70-75% der Aufbereitungsanlagen unentgeltlich an ihn überschrieben. Insgesamt erwirtschafteten die Unternehmen von O. Janukovitsch über öffentliche Ausschreibungen im Jahr 2012 über fünf Mrd. Hryvnja.²⁶³

Der Kiewer Clan

Zum illustren Kreis des „Kiewer Clans“ gehören neben anderen auch Viktor Medvedchuk und sein Freund und Chef des Kiewer Fußballclubs *Dynamo*, Gregori Surkis. Sie alle verdanken ihren enormen Reichtum ihrem privilegierten Zugang zum Staatseigentum – und diesen wiederum der Unterstützung ihrer Geschäftsfreunde aus der Politik und der Förderung durch ein Parlament, in dem die von ihnen gebildeten Parteien vertreten sind. Medvedchuk war der Leiter von Kutschmas Präsidialadministration und ist Vorsitzender der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine“. Zusammen mit seinem Geschäftspartner Surkis finanzierte Medvedchuk die Wiederwahlkampagne Kutschmas. Die Befürchtungen der Oligarchen, deren Bereicherung durch reine Korruption und Ausbeutung der staatlichen Regierung stattfand, lagen in dem Sieg der Opposition von 2004. Surkis und Medvedchuk wollen nur eines: Weiter so schalten und walten wie bisher. Was das Ausland dachte oder ob das Land durch Unruhen destabilisiert wird, war für sie nicht von Bedeutung.²⁶⁴ Medvedchuk pflegt auch enge private Beziehungen zu Putin, der für Medvedchuks Tochter 2004 Pate wurde. In der 100. Jubiläums-Ausgabe der "Glavred" (2009) war als Sensation ein Aufsatz über Medvedchuk, persönlich von Vladimir Putin geschrieben, wo er ihn als den wahren Patrioten der Ukraine beschreibt.²⁶⁵

Petro Poroshenko ist eine weitere Clan-Führungs-Persönlichkeit. 2004 war Poroschenko stellvertretender Leiter von Juschtschenkos Wahlkampfstab und ehemaliger Vorsitzender des ukrainischen Sicherheitsrats 2005. Außerdem ist er Eigentümer des Fernsehkanals "5 Kanal", der während der Orangen Revolution pausenlos live von Hauptschauplatz und ebenso auch im Winter 2013 vom EuroMaidan, dem Hauptplatz des Landes, berichtete und damit einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der politischen Umbrüche leistete. Darüber hinaus finanzierte

²⁶³ Vgl. Malygina (2013a): 2f

²⁶⁴ Vgl. Singer (2004): Clan-Kampf um Machterhalt. Das Blättchen, 7. Jg. Heft 24, Berlin

²⁶⁵ TSN (2009): Путин написал хвалебную статью о Медведчуке. Vom 26.08.2009. <http://ru.tsn.ua/svit/putin-napisal-hvalebnuyu-statyu-o-medvedchuke.html>

Poroschenko in beachtlichem Umfang Juschtschenkos Präsidentschaftskampagne.²⁶⁶ Aber bereits nach den Koalitionsversuchen von 2005 und 2006 war Petro Poroschenko (V. Juschenko ist Pate zweier Kinder von Poroschenko) wegen Konflikten mit der Regierung sowie Korruptionsvorwürfen einer der unbeliebtesten Persönlichkeiten der Ukraine in dieser Zeit.²⁶⁷

Der Staat ist nur für eine geringe Anzahl der Personen effektiv, für die er auch arbeitet. Als Kutschma die Reform der Wirtschaft umsetzen ließ, unterstützte er bewusst die Entstehung von enormen Finanz-Industrie-Gruppen, an deren Führungsspitze oft Oligarchen sitzen. Die wirtschaftlich orientierten Eliten wurden begierig auf Reformen, weil sie sich dadurch die Absicherung ihres frisch erworbenen Eigentums erhofften. Die meisten von ihnen hatten aber die Grauzone innerhalb von Plan und Markt als besonders profitabel entdeckt und waren generell am Bewahren des eigenen Status quo interessiert.²⁶⁸

Also tritt der Donezker Clan um Rinat Ahmetov gegen den Dnipropetrovsker Clan von Kutschma, Timoschenko usw. an wenngleich sich die einzelnen Akteure auch von diesen Clanstrukturen teilweise bereits losgesagt haben. Es geht offensichtlich weiterhin um langfristige Machtsicherung und um alte sowie neue Interessens-Geheimbünde.²⁶⁹

Im Laufe der zwei Jahrzehnte der ukrainischen Geschichte wurden Gas-Schulden von Eliten angesammelt und auf den ukrainischen Staat übertragen oder direkt von Naftogaz Ukrainy abgezogen, wie im Fall von RosUkrEnergo (RUE). Korruption ist die größte Einnahmequelle für die Eliten der Ukraine und einer der Faktoren, die Juschtschenkos Präsidentschaft versenkte. Die Energiepolitik wurde auch unter Juschtschenko nicht klarer und transparenter, auch der Gasvertrag von 2006, mit welchem die RUE in die Gas-Beziehungen der Ukraine zu Russland eingeführt wurde, wies auf die persönlichen Interessen in den Vereinbarungen hin und „he not only knew of the real owners behind RosUkrEnergo but may have received important benefits from them“.²⁷⁰ Das RUE wurde nicht zwischen Gazprom und Naftogaz Ukrainy gegründet, die zusammen ein rationelleres Unternehmen haben könnten, von dem die „Gewinne“ Naftogaz zukommen würden und nicht Privatpersonen.²⁷¹ Und RUE, welchen Juschtschenko immer verteidigt hat, sammelte riesige Gewinne, die direkt Janukovitsch und die Partei der Regionen unterstützten und somit „die Position derselben stärkten, die eine engere Beziehung zu Russland wollten“.²⁷² Es gibt also weitgehend keine Trennung von Wirtschaft und Politik, so sind alle

²⁶⁶ Vgl. Schneider (2007): 3

²⁶⁷ Vgl. Umland (2006): 13

²⁶⁸ Vgl. D.Anieri/Kravchuk/Kuzio (1999): 167, 205. In: Kowall 2002: 6

²⁶⁹ Ausführlich über die Verhältnisse der einzelnen Akteure In: Rybachuk (2011): „17 myttyevostey vesny 2001-ho“ Istorychna Pravda. www.istpravda.com.ua/articles/2011/04/29/37058/.

²⁷⁰ Vgl. Balmaceda (2008): 128. In: Kusio (2012): 6

²⁷¹ Vgl. Kusio (2012): 6

²⁷² Vgl. Balmaceda (2008): 136. In: Kuzio (2012): 7

politischen Kräfte auf die Unterstützung von Oligarchen angewiesen. Die Parteien wurden dadurch durchwegs zu „Oligarchenclubs“.²⁷³

Richard Sakwa meinte, wenn das Regime den Staat ersetzt, dann ersetzt das komplexe System der Eliten die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der klassische politische Ausdruck der Zivilgesellschaft, wie Parteien, Parlament und die Rechtsstaatlichkeit, wurden durch Transaktionen zwischen Eliten, die auf persönlichen Beziehungen und informellen Verhandlungen basierten, untergraben. Die politischen Parteien trugen dazu bei, die Entwicklung von Kontakten innerhalb der Elite zu fördern und gaben die Richtung der ideologischen und politischen Ressourcen für die internen Elitenkämpfe vor. Solange die verschiedenen Interessen der Eliten ausgewogen sind und ein Schiedsrichter in Person des Präsidenten regiert, kann das System relativ stabil bleiben. Allerdings betont der Forscher, dass die Lücke zwischen dem Regime und der Gesellschaft mit der Gefahr eines neuen Aufstandes gegen die Eliten behaftet ist.²⁷⁴

6.4 Zivilgesellschaftliche Entwicklung

Selbstverständlich haben alle autoritären Herrscher versucht, ihre Risiken zu minimalisieren und den Wettbewerb zu beschränken, um ihre Regime zu konsolidieren. Die Ukraine ist hier keine Ausnahme, aber es gibt mindestens drei Faktoren, die diese Konsolidierung erheblich behindern. Zunächst sind die herrschenden Eliten in der Ukraine fragmentiert. Es gibt viele einflussreiche Clans, die hoffentlich nie alle Ressourcen untereinander aufteilen werden können und immer konkurrieren werden, was zumindest einen gewissen Pluralismus ermöglicht. Die regionalen, sprachlichen, kulturellen, ethnischen und religiösen Aufteilungen tragen auch zur Zersplitterung und damit zu einem Zwangs-Pluralismus bei. Dieser Faktor erschwert jedoch nicht nur die Konsolidierung des Autoritarismus, sondern auch der Demokratie, er ist eigentlich recht ambivalent. Es gibt in der Ukraine immer noch eine Zivilgesellschaft, vielleicht noch schwach und unausgegoren, aber sie hat immer noch etwas Erfahrung, Ressourcen und Einfluss und hatte während der Orangen Revolution endlich die Gelegenheit sich zu äußern.

Die Orange Revolution und die Proteste auf dem „EuroMaidan“ sind sicherlich ein guter Marker, eine Bestätigung, dass es in der Ukraine eine Zivilgesellschaft gibt. Sie hat sich bereits 2004 als reif genug gezeigt, um gegen die eklatante Verletzung ihrer Rechte zu rebellieren, und zur gleichen Zeit als nicht reif genug gezeigt, um diese Revolution zu Ende zu bringen, um jene Eliten, die im Zuge der Orangen Revolution an die Macht kamen, zu steuern. Bereits in den

²⁷³ Vgl. Bos (2010): 85

²⁷⁴ Vgl. Sakwa (1997): Режимная система и гражданское общество в России. Полис. Nr. 1. Ss. 76-80.

ersten Monaten nach der Revolution wurde das Scheitern der neuen Eliten sichtbar, und doch hat sich die Gesellschaft nicht empört, nicht wirklich Druck gemacht, nicht aufgefordert, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Zu einem gewissen Grad haben also alle zusammen die Revolution bereits im Februar/März 2005 verloren.²⁷⁵ Die Geschichte wiederholt sich, wenn auch auf einer anderen Ebene, aber die aktive Zivilgesellschaft steht im Winter 2013 auf demselben Platz, auf dem sogenannten „EuroMaidan“, um vor genau derselben Herausforderung die Revolution bis zum Ende durchzuführen und das System zu bereinigen. Zur gleichen Zeit war und ist die Revolution eine Chance, ein Signal, dass es immer noch eine Zivilgesellschaft, eine bestimmte Energie und Möglichkeiten gibt. Darüber hinaus gibt es auch einen gewissen internationalen Kontext, der sich nicht günstig auf die Konsolidierung des Autoritarismus in der Ukraine auswirkt. Auf der einen Seite gibt es eine normative Hegemonie der liberalen Demokratie in der modernen Welt, auf der anderen Seite hat die Ukraine, im Gegensatz zu Russland, China oder Saudi-Arabien, kein überzeugendes Argument, um sich selbst als Ausnahme von dieser Regel zu zeigen. Die Ukraine als Staat ist ausreichend in den verschiedenen internationalen, insbesondere europäischen Institutionen integriert und offen genug für die Verbreitung der europäischen Ideen und Praktiken.

Sie ist auch offen für andere Ideen und Praktiken, die aus Russland verbreitet werden, aber dieser Einfluss steht kaum im Wettbewerb mit dem westlichen "weichen" Einfluss, vor allem wegen der geringen Attraktivität der russischen Kultur im Vergleich mit der des Westens. Eigentlich wird dies implizit nicht nur von der ukrainischen, sondern auch von der russischen Elite zugegeben, im Gegensatz zu ihrer rein rhetorisch anti-westlichen Einstellung, da ausgerechnet im Westen, und nicht in Russland, ihre Kinder ausgebildet werden, zu Kuren, zur Behandlung, zur Erholung hingehen, um Eigentum zu erwerben, um Bankkapital zu bewahren usw.

Ukrainians should expect the assault on democracy and Ukrainian identity to continue. Indeed, because Ukrainian language, culture, and identity have become so closely bound with democracy and the West, and because Russian language, culture, and identity have – unfortunately – become so closely bound with authoritarianism and the Soviet past, Yanukovich must attack both democracy and Ukrainian identity with equal vigor,

schrieb Motyl im Jahr 2011.²⁷⁶

²⁷⁵ Vgl. Riabchuk (2007): Erzwungener Pluralismus. Kommunizierende Röhren in der Ukraine.

²⁷⁶ Motyl, A.(2011): Containing the Con. Kyiv Post. Vom 12.05.2011
http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/66453/. In: Riabchuk (2012): 7

6.5 EuroMaidan

Das Hervortreten des Erkenntnisaustauschs über den «letzten Tropfen in der Geduldsschale» des Volkes im Jahr 2013 ist deutlich: Inmitten der politischen Kämpfe, in einer Zeit, in der sich die Anteilnahme der Wähler an politischen Geschehnissen im Land auf einem sehr geringen Niveau befindet. Die zahlreichen Journalisten, Politologen und Kolumnisten schreiben schon seit Anfang 2013: *„Revolution. Aufstand. Bald-bald. Noch ein bisschen und das Volk hält es nicht mehr aus, das Volk rebelliert gegen die Regierung, das Volk wird nicht verzeihen, das Volk wird bestrafen.“*²⁷⁷ Damit haben sie davor gewarnt, was letztendlich zum Ende des Jahres passierte.

Die ukrainische Regierung hat am 22. November 2013 auf dem EU-Gipfel in Vilnius die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens angekündigt. Im gesamten Land begannen zahlreiche Massenproteste gegen diese Entscheidung und zur Unterstützung der europäischen Integration für die Ukraine. Die Antwort der Regierenden auf den Volkszorn war Polizeigewalt und die Folge davon war die Radikalisierung der Massenproteste.

Es begann mit einem friedlichen Protest einer großen Bevölkerungsmenge. Die Bürger waren empört, eine Welle der Proteste aktiver ukrainischer Bürger erfasste auch die weltweite Diaspora und fand auf zahlreichen Hauptplätzen auch in den westlichen Metropolen in der ganzen Welt statt.

Die ab Ende November gestarteten friedlichen Proteste in Kiew dauerten bis zum 30. November, als die Spezialeinheit "Berkut" mitten in der Nacht und völlig hemmungslos, vor allem Studenten, auch am Boden liegende, verprügelte. Danach begann die Welle der Gewalt. Erst durch diese Videoaufzeichnungen und zahlreiche Berichte der TV-Medien wurde sowohl die ukrainische als auch die westliche Öffentlichkeit auf diese Proteste aufmerksam. Gleich am nächsten Tag begannen die ersten Protestierenden sich zu wehren. Über die Gewalt vonseiten der Aktivisten wurde eingehend berichtet.²⁷⁸ Um die hunderttausend Regierungsgegner überfluteten die Straßen. Am 1. Dezember hatten Vermummte die Polizei angegriffen, die Hintergründe des Angriffs sind bis heute nicht geklärt, Festnahmen fanden nach Aussagen der Opposition komplett willkürlich statt.²⁷⁹ In vielen Medien wurde gleichzeitig angenommen, dass die Einsatzkräfte diese Schläger selber organisiert hätten, um das Eingreifen zuvor zu

²⁷⁷ Vgl. Sambros (2013): Der letzte Tropfen. In: Ukraine Nachrichten vom 22.03.2013. http://ukraine-nachrichten.de/letzte-tropfen_3753_gesellschaft

²⁷⁸ Der Tagesspiegel (2013): Gewaltsame Zusammenstöße bei Demonstrationen in Kiew. Vom 01.12.2013 <http://www.tagesspiegel.de/politik/proteste-in-der-ukraine-gewaltsame-zusammenstoesse-bei-demonstrationen-in-kiew/9153568.html>

²⁷⁹ Vgl. Esch (2013): Zaghafte Tauwetter in Kiew. vom 12.12.2013. Vgl. Malygina (2013): 3

rechtfertigen, als *agent provocateur*.²⁸⁰

In den ersten zwei Wochen seit der Verschärfung der Proteste verhängten die Gerichte 27 Demonstrationsverbote, in 13 von 24 Regionen des Landes sowie auf der Krim und in Sewastopol. Die Proteste wurden jedoch trotz der Verbote fortgeführt. Die Bevölkerung in den Regionen reagierte ziemlich ungleich auf die politische Krise. „EuroMaidans“ finden ohne Ausnahme in allen Regionen des Landes statt, allerdings in unterschiedlichen Größenordnung. Die zahlreichsten Demonstrationen fanden in den westlichen Städten der Ukraine (8.000 bis 50.000 Teilnehmer) und in Kiew statt verschiedenen Medienberichten nach ca. 100.000 Teilnehmer. In den ersten zwei Wochen sind jedoch auch in einigen östlichen Bezirken die Zahlen der Protestierenden auf mehrere Tausend angestiegen.

Die renommierte ukrainische Journalistin Julia Mostowa schrieb am 6. Dezember über den EuroMaidan wie folgt: «Das Problem ist, dass sich der Maidan 2013 als problematisch für fast alle erwies: Die Oppositionsführer wissen nicht wirklich, was damit anzufangen ist; die Regierung reagiert darauf aggressiv und hat Angst; Russland äußert offenen Hass; und der Westen ist nicht bereit, Unterstützung anzubieten, die, wenn nicht von den Demonstranten, dann von den Oppositionsführern erwartet wird.»²⁸¹

Die Oppositionsführer Vitalij Klitschko (Partei „UDAR“, pro-westliche Partei, Ukrainische demokratische Allianz für Reformen - Ukraïns'kij demokratyčnij aljans za reformy), Arsenij Jazenjuk mit Yulia Timoschenko (Partei „Vaterland“, eine liberalkonservative Partei) und Oleh Tjahnybok (Partei „Freiheit“, eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, die nach Ansicht vieler Beobachter auch rechtsextreme Positionen vertritt)²⁸², haben am 5. Dezember eine Liste mit Forderungen an die Regierung vorbereitet, die sich hauptsächlich an die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft richtet. Die von der Bevölkerung initiierten Proteste haben die Oppositionsführer überrascht, was eventuell die Planlosigkeit ihrer Handlungen erklären lässt. Mit den Briefen an die Ukrainer hatte Julia Timoschenko die Protestierenden aufgefordert, keine Verhandlungen mit der aktuellen Regierung zu führen und einen Plan vorgeschlagen, der den Übertritt der Armee auf die Seite der Protestierenden, die Verhängung internationaler Sanktionen gegen Janukovitsch und die Fortsetzung der friedlichen Proteste beinhaltet. Die Vertreter der „intellektuellen Elite“ unter der Leitung des Schriftstellers Juri Andruchowytsh hatten auch einen eigenen Plan gefasst. Nach diesem wollen die Unterzeichner bei allem Hass auf Janukovitsch nicht „seinen Kopf auf dem Teller“, sondern ein Land, in dem die Konzentration der Macht in wenigen Händen unmöglich sei. Daher bestehen

²⁸⁰ Vgl. Malygina (2013): 3

²⁸¹ Malygina (2013): 4

²⁸² Parties and Elections (2012): Ukraine. URL: <http://parties-and-elections.eu/ukraine.html>

sie auf die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Unterzeichnung eines EU–Ukraine-Assoziierungsabkommens, die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und eines Gesetzes zur Lustration in den Gerichten, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Darüber hinaus wurden auch bestimmte Forderungen an die Opposition gestellt, wie die Demonstration des alternativen Kabinetts und eines handfesten Reformplans für das nächste Jahr.²⁸³

Das EU-Parlament hat am 12.12.2013 zum Dialog zwischen Führung und Opposition aufgerufen und verurteilt ebenso den Druck der russischen Regierung auf die Ukraine. Die EU sollte in der Lage sein, „zu reagieren und Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn sie oder ihre Partnerländer politisch oder wirtschaftlich unter Druck geraten“ wird ausgesagt. Die Unterstützung der Ukraine seitens der EU bestand aber bis Ende Dezember nur in Worten und nicht in Taten. So wurde die Forderung der Ukrainer nach einer Verhängung von Sanktionen gegen Präsident Janukowitsch außer Acht gelassen, weil sie als direkte Einmischung in interne Angelegenheiten der Ukraine eingestuft werden.²⁸⁴

Nach und nach wurden jene Demonstranten freigelassen, die seit 1. Dezember verhaftet wurden. Ihre Freilassung war eine Voraussetzung der Opposition für Verhandlungen mit Präsident Janukowitsch. Währenddessen hat einer der reichsten Männer der Ukraine die pro-westlichen Demonstranten gelobt. „Das Wichtigste ist, dass die ukrainische Zivilgesellschaft ihre Stärke gezeigt hat“, sagte der Milliardär Viktor Pintschuk der „Financial Times“. „Das gibt mir riesigen Optimismus für die Zukunft unseres Landes.“ Der Industrielle und Mäzen ist Mitinhaber mehrerer Fernsehkanäle. Die Haltung der Oligarchen gegenüber Janukowitsch ist die entscheidende, aber noch unbekannte Größe. Immerhin berichten die von ihnen kontrollierten Kanäle offen über die Proteste gegen den Präsidenten.²⁸⁵ Es gibt aber genauso viele TV-Kanäle und Medien, die von der „Partei der Regionen“ finanziert werden, also über eine zu einseitige Berichterstattung im Land kann nicht geklagt werden. Noch vor dem EuroMaidan war die Lage um die Pressefreiheit extrem kritisch – unbequemen Fernsehkanälen wurden die Lizenzen entzogen und an loyale Medien verteilt. Heute unterstützen offenbar einige Oligarchen, denen ein Löwenanteil der ukrainischen TV-Sender gehört, die Proteste und stellen sich auf die Seite der Demonstranten. Die Ereignisse auf dem staatlichen Sender und den Medien der jüngst gegründeten UMH-Holding werden auf eine andere Art präsentiert. Diese Gruppe gehört zur Einflussphäre Janukowitschs. Allerdings haben bereits drei Journalisten dem staatlichen Sender aus Protest gegen seine Redaktionspolitik gekündigt. Außerdem wurde am 9. Dezember das Redaktionsoffice des oppositionellen Senders INTV, der Internetseite „Censor.net“ und der

²⁸³ Malygina (2013): 5.
²⁸⁴ Malygina (2013): 6.

²⁸⁵ Esch, Christian (2013): Zaghafte Tauwetter in Kiew. Frankfurter Rundschau vom 12.12.2013.

Zeitung „Abendnachrichten“ von der Polizei gestürmt und ihre Server konfisziert.²⁸⁶

Die Entwicklung der Proteste wird davon abhängen, wie viel die Oligarchen preisgeben wollen. Dies wiederum hängt davon ab, wie das Einfrieren von deren Vermögen in der Schweiz rechtmäßig werden könnte, um die Oligarchen durch den drohenden Verlust ihres Besitzes zum Handeln zu zwingen.

Die geopolitischen Rivalitäten zwischen den USA und Russland spielen für die Ukraine eine sekundäre Rolle, aber für Russland sind sie essenziell, weshalb eine Masse von russländischer Propaganda durch einige russischsprachige Medien und TV-Sender in der Ukraine betrieben wird. Die Massenmedien in Russland haben, wie auch während der Orangen Revolution, als Hauptaufgabe, für Ruhe zu sorgen und die Ausbreitung der Massenunruhen nach Russland zu verhindern. Für diesen Zweck werden die friedlichen Proteste als Pogrom und die Demonstrationen als gut organisiert bezeichnet.

Damit deutet es auf eine Art Rivalität zwischen Russland und der EU hin.²⁸⁷ Aus der Sicht von Russland wäre es sehr ungünstig, wenn sie im Westen den direkten Gaskunden Ukraine verlieren würden, denn damit erhielte die EU im Westen ein Gaseinkaufsmonopol, da die Ukraine dann durch Russland > Deutschland > Polen beliefert werden könnte, und wer ein Einkaufsmonopol besitzt, kann natürlich die Preise drücken. Gleichzeitig gibt die Verschlechterung der sozioökonomischen und der politischen Situation in der Ukraine Russland eine einmalige Chance der Rückkehr dieses Landes, zumindest den historisch mit Russland verbundenen Teil in seine Einflussphäre anzulocken. Dieses Ziel wird angesichts der Unterstützung informeller Einrichtungen, Zentren und Gemeinden realisiert, welche den prorussischen Bias in den Regionen der Ukraine bewahren, auf Grund dessen die vernetzten Strukturen geschaffen werden, die einen gewissen Teil des Territoriums des Landes umfassen.

Doch früher oder später wird die Ukraine noch einmal über ihr Hauptproblem stolpern, welches sie unter Kravchuk oder unter Juschtschenko nicht lösen konnte: den „feckless pluralism“ in eine konsolidierte Demokratie zu verwandeln. Nach R. Putnam ²⁸⁸ bedeutet die Pfadabhängigkeit, vom historischen Erbe des akkumulierten Sozialkapitals nicht die harte Vorbestimmung und ein fatales Verhängnis. Es beschreibt nur eine Art eines bestimmten Korridors von Möglichkeiten, der ausgedehnt oder zusammengezogen oder sogar ganz verloren werden kann. Dieser Rahmen wirkt wie unsere Gene, die bestimmte Beschränkungen für uns auferlegen, die Parameter definieren, aber nicht unser ganzes Leben bestimmen. Ihr Erbe, sagte Putnam, bedeutet nur, dass sie mehr Zeit und Aufwand brauchen als die glücklicheren Länder

²⁸⁶ Vgl. Malygina (2013): 3f

²⁸⁷ Vgl. Malygina (2013): 6

²⁸⁸ Vgl. Putnam (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press. Chapter 2.

und Nationen, die ein besseres Erbe, die besten äußeren und inneren Bedingungen erhalten haben. Aber wenn sie heute beginnen, sich auf das Ziel zu bewegen, dann werden sie dieses Ziel nach 40, 50 oder 100 Jahren erreichen. Und wenn sie heute nicht beginnen, werden sie dieses Ziel niemals erreichen.²⁸⁹

²⁸⁹ Vgl. Riabchuk (2007): o.S.

7. Zusammenfassung

In den vorliegenden Kapiteln dieser Arbeit wurde ein Analyserahmen aufgestellt, der die Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten soll. Die Forschungsebenen behandeln einerseits die theoretische Verortung von Transformationsprozessen, andererseits begründen sie einen empirisch-historischen Rahmen mithilfe der aktuellen und geschichtlichen Entwicklungen der Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Union.

Wenn wir uns noch einmal an den Titel der Arbeit erinnern, der die Frage der Transformation und des Einflusses der EU und Russlands auf den Demokratisierungsprozess stellt, wird sichtbar, dass eine eindeutige Antwort auch nach der vorliegenden intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik nicht ohne Weiteres möglich ist.

Diese Arbeit soll zum Verständnis der Begebenheiten, die sich bis Dezember 2013 in der Ukraine ereigneten, beitragen und diese zu einem Gesamtbild zusammenführen, welches die nicht immer schöne Realität darstellt. Außerdem wurde die Ereigniskette der ukrainischen Außenpolitik untersucht und die Optionen in zwei Möglichkeiten aufgeteilt, die in den Kapiteln 3 und 4 vorgestellt wurden.

Betrachten wir die leitenden Fragestellungen und Forschungshypothesen, kommen wir durchwegs zu einem differenzierten Bild der aktuellen Ist-Situation.

7.1 Die Dreiecksbeziehungen EU – Ukraine – Russländische Föderation

Dreiecksbeziehungen sind immer sehr problematisch und es ist schwer, einen Kompromiss zu finden, weil jeder Akteur seine Interessen verteidigt, die im Idealfall auch mit den Interessen der anderen im Einklang sein sollen. Die Ukraine steht an der Spitze des Dreiecks, doch ob das Land von dieser Stellung profitiert, bleibt eine umstrittene Frage. Die Aufnahme der Ukraine in das westliche Bündnis, das von Russland als feindlich betrachtet wird, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland sowie zwischen der Ukraine und Russland verschlechtern sich.

Laut W. Schneider-Deters wäre es für die Ukraine besser, wenn eine EU-Mitgliedschaft seitens der westlichen Mächte angeboten würde. Das würde ökonomische Vorteile bringen und der

Ukraine, den USA und anderen NATO-Mitgliedern gestatten, die guten Beziehungen zu Russland zu erhalten. Sonst ist die Ukraine der Zerreißprobe ausgesetzt und wird höchstwahrscheinlich unter die Kuratel des Kremls fallen.²⁹⁰

Der Realpolitik zwischen EU und Russland haftet aber der Ton der Konfrontation an, der sich in den ukrainisch-russischen Beziehungen niederschlägt. Beim NATO-Russland-Ratstreffen im Jahr 2008 hatte W. Putin kurz vor dem Ende seiner zweiten Amtsperiode dem US-Präsidenten G. W. Bush angedeutet: «Aber George, versteh doch: die Ukraine ist kein Staat». Weiters sagte er, dass der Löwenanteil des heutigen Territoriums in den 1950er-Jahren von Russland der Ukrainischen Republik geschenkt wurde und die Westukraine näher zu Osteuropa sei, die Ostukraine aber „gehört uns“, und wenn sich die Ukraine der NATO anschließen wird, wird Russland die Ostukraine (und die Halbinsel Krim) an Russland anschließen, was bedeuten würde, dass die Ukraine als Staat nicht mehr existieren würde.²⁹¹ Daraus ergibt sich, dass die vorangetriebene westlich gerichtete Politik in der Ukraine einen neuen Kalten Krieg zur Folge haben kann.²⁹² Es bleibt die Hoffnung, dass die ukrainische Regierung keine folgenschwere Maßnahmen unternehmen wird, welche dann die Ukraine in die Lage des geteilten Deutschlands bringen könnte, denn die Regionen der Ukraine reagieren ziemlich unterschiedlich auf die politische Krise 2013. EuroMaidans fanden in allen Regionen des Landes statt, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Teilnehmerzahl. Die größten Demonstrationen waren im Westen der Ukraine sowie in einigen östlichen Regionen zu erleben. Demonstrationen zur Unterstützung der Regierungspartei gab es in östlichen Regionen, das Parlament in Krim wollte sogar den Ausnahmezustand verkünden. Drei westliche Regionen hatten bereits am 2. Dezember 2013 den Beginn eines unbeschränkten Generalstreiks bekannt gegeben.²⁹³

Wenn wir auf die Hauptfrage zurückgreifen und die beide Möglichkeiten der Kooperation beobachten, wäre es sinnvoll, die Auswirkungen getrennt anzuschauen. Wie beeinflussen die genannten Integrationsforderungen und Erwartungen von Seiten Russlands die politischen Entscheidungen und Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine?

Die Auswirkungen des Machteinflusses von Seiten der Russländischen Föderation fangen bei kurzfristigen wirtschaftlichen schlechten Situationen wie im Jahr 2013 an und münden in einem politischen Souveränitätsverlust, weil Russland in allen Partnerschaften sehr stark dominiert und dominieren will. Die Politik Russlands gegenüber der Ukraine ist darauf ausgerichtet, mittels der Zollunion und des EAWR die Ukraine in das eigene Machtfeld einzubinden, nicht zuletzt für die eigenen imperialen Ambitionen. Zu diesem Zweck versuchte und versucht

²⁹⁰ Vgl. Schneider-Deters (2010): 62

²⁹¹ Vgl. Engdahl (2008): Russland, die Ukraine, die NATO und die Schwarzmeerflotte.

²⁹² Vgl. Hantke (2009): 56

²⁹³ Vgl. Malygina (2013): 3f

Russland, mit wirtschaftlichen Mitteln auf die Ukraine einzuwirken, nutzt die hohe Verschuldung des ukrainischen Staates und verspricht, noch mehr Kredite zu vergeben. Die Gaspreispolitik spielte schon immer eine politisierende Rolle, wie auch im Dezember 2013. Die Gaspreissenkung (die Preise können vierteljährlich geändert werden), als Reaktion auf Ereignisse auf dem Kiever Maidan 2013, kann als „Zuckerl“ in der Politik der Anlockung und Androhung betrachtet werden, womit auch die *zweite Hypothese* bestätigt wird.

Die Wirtschaftselite (Clans) einerseits und die ukrainische Regierung andererseits werden dadurch offensichtlich angelockt, da sie am Erhalt ihrer aufgebauten Netzwerke, an billigeren Energie-Produktionsressourcen und dem Status quo der halbwegs stabilen „Grauzone“ interessiert sind. Diese ermächtigte und mittels der Grauzone bereicherte Elite hat lange daran gearbeitet, die aktuelle Situation zu bewahren und wirtschaftliche und politische Reformen zu ersticken. Da die ukrainische Wirtschaftselite zum Teil sehr eng mit und in der Politik vernetzt und zum großen Teil verknüpft ist, wird die politische Entscheidungsfindung in die den Interessen entsprechende Richtung gelenkt. Andererseits ist die Elite in Russland dem Machthaber unterworfen, und vor allem in den Eliten wird kein Pluralismus geduldet (Fall Chodorkovsky), das wiederum schreckt die ukrainische Elite ab. Der Einfluss dieser wirtschaftlichen „Zuckerl“ auf die Wirtschaftslage des ganzen Landes ist nicht explizit feststellbar. Inwieweit diese zur realen wirtschaftlichen Erholung der Staatsökonomie beitragen, bleibt offen, da es sich eher um kurzfristige Finanz-Injektionen handelt. Für dieses kurzzeitige Entgegenkommen wird die Ukraine mit noch höherer wirtschaftlicher Abhängigkeit bezahlen müssen, insbesondere bei einem Beitritt zur Zollunion. *An dieser Stelle möchte die Autorin auf die Notwendigkeit der weiteren Erforschung dieses Themas durch Wirtschaftsforscher und Ökonomen hinweisen und diese betonen.* Politisch sind aber die Konsequenzen dieser Annäherung deutlich sichtbar: Rückfall und die Anbindung an den dominanten Nachbarn mit Scheindemokratie und autoritärer Prägung, der sich im Laufe seiner Geschichte nicht sehr rücksichtsvoll und reformwillig zeigte, und dessen Machtausübung, besonders gegenüber den Nachbarstaaten, deutlich paternalistisch war und immer noch ist. Von einer demokratischen Entwicklungsrichtung für die Ukraine, geschweige denn der Konsolidierung liberal-demokratischer Ordnung durch die Institutionen, welche bereits einmal aufgebaut wurden, kann in diesem Fall nicht die Rede sein.

Andererseits beeinflusst auch die EU-Partnerschaftsperspektive mit ihrer eher „sanften Macht“. Sie versucht vor allem politisch einzuwirken und die Ukraine zu Reformen zu bewegen. Der ukrainische Staat soll nach den demokratischen Spielregeln funktionieren und Stabilität soll gewährleistet sein, damit dann die Interessen der EU verfolgt werden können. Natürlich agiert

die EU nicht altruistisch; sie verfolgt eigene, vor allem wirtschaftliche Ziele. Die Partnerschaft mit den westlichen Ländern ist mit der Hoffnung auf Investitionen, Innovationen Technologietransfer und Etablierung eines Wohlfahrtsstaates stark verknüpft. Die offensichtlichen (langfristigen) Vorteile bringen aber (kurzfristige) Nachteile mit sich. Um eine völlig neue politische Ordnung aufzubauen, muss eine alte zerstört werden. Das bedeutet vor allem den erneuten Umbruch, Instabilität und Unsicherheit für die Bevölkerung für die nächsten 5-7 Jahre. Denn die Liberalisierung des Marktes und der politisch demokratischen Ordnung braucht ihre Zeit und muss auch stabilisiert und etabliert werden. Das bedeutet für die Bürger eines Staates, in dem so gut wie keine soziale Absicherung vorhanden war, eine lange Zeit der wirtschaftlichen Instabilität, die nur mit der begründeten Hoffnung auf die Einrichtung liberaler, funktionsfähiger Strukturen sowie eines Rechtsstaates, welche letztendlich zur wirtschaftlichen Erholung und Blütezeit führen werden, erklärt werden kann.

Die Elite wird in der neuen Staatsordnung viel weniger Spielraum haben und nach den klaren Regeln einer liberalen Ordnung spielen müssen. Sie wird gezwungen sein zu investieren, um auf dem freien Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Dafür werden aber Stabilität und längerfristige Sicherheit seitens des neuen ukrainischen Rechtsstaates gewährleistet.

Im Aufbau dieser neuen demokratischen Staatsordnung und des institutionellen Gerüsts soll die Zivilgesellschaft eine sehr aktive Rolle einnehmen, um die Kontrolle dieser Prozesse zu gewährleisten und deren Funktion permanent zu überprüfen. Ansonsten wird auch die neue politische Elite ohne strenge Kontrolle von aussen, vor allem aber von innen, langsam wieder in die vertraute „Grauzone“ und den „feckless pluralism“ abrutschen. Wenn das passiert und kein System der qualitativen Demokratie mit spürbaren wirtschaftlichen Vorzügen aufgebaut und etabliert wird, kann dies das Land in eine entgegengesetzte Richtung werfen, zur Autokratie und Verschließung des Marktes, eventuell auch in die Arme Russlands, und sich daraus wieder zu befreien wird für die Ukraine sehr schwierig.

Am Anfang der Arbeit wurden die Ursprünge der heutigen Politik- und Wirtschaftselite vorgestellt, die meist ihre politische Position als Quelle zum „Oligarchentum“ ausnutzt, die ihren Zugang zu Ressourcen nutzt um Macht zu erhalten und noch reicher zu werden. Die Wirtschaftsakteure, welche das heutige politische Geschehen der Ukraine entscheidend beeinflussen, sind zu Beginn der 1990er-Jahre der so genannten Neuen Ökonomischen Elite (NÖE) entsprungen. Diese NÖE mit ihren Netzwerken und halblegalen informellen Strukturen haben einen stark mafiösen Charakter und bilden die Basis des ukrainischen Unternehmertums. Die illegale Geschäftstätigkeit wurde zum Hauptmittel der wirtschaftlichen Bereicherung, wie schon zu Zeiten der Planwirtschaft. Zur NÖE werden Unternehmerverbände, Manager,

Führungsgruppen in Banken und Börsen, Branchenlobbies und Medienmacher gezählt. Rainer Lindner²⁹⁴ hat sie als informelle Interessengruppen in Abgrenzung zu den formellen Organen, wie Parlament und Präsident bezeichnet, die sich nach der Unabhängigkeit, während der Stagnation des Transformationsprozesses unter dem ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk ungehindert und zum Teil unter administrativer Abschirmung am Staatseigentum bereichern konnten. Dies war auch ihr oberstes Ziel. Mit der Amtsübernahme durch Leonid Kutschma 1994 wurde das Interesse der NÖE auf die Absicherung ihres neuen Privatbesitzes geprägt.²⁹⁵

*Damit kann die **erste Hypothese** ausgewertet werden, die besagt, dass der Ausbau von demokratischen Institutionen bisher verhindert wurde, durch die Verfolgung der kurzfristiger Interessen der aktuellen Machthaber sowie Oligarchen, die sehr eng und zum Teil auch als politische Akteure die Politik des Landes zu eigenen Gunsten gestaltet haben. Sie verfolgen eine Zwei-Vektoren Politik und spielen damit je nach Situation; ihr Interesse gilt vor allem dem Bleiben in einer "Grauzone" und der Erhaltung des Status quo.*

Die Partnerschaft mit der EU bedeutet für die aktuellen Machthaber die freiwillige Abgabe der Günstlingswirtschaft, der informellen wirtschaftlichen Verhältnisse und der Familien-Netzwerke. Die Partnerschaft unter der Dominanz Russlands, die selbst durch ihre Schattenwirtschaft und „blackmale state“ gezeichnet ist, wird so gut wie keine Konsequenzen für das alte System mit sich bringen, was für die aktuellen ukrainischen Entscheidungsträger unvergleichbar attraktiv ist.

*Die **zweite aufgestellte Hypothese** besagt, dass die wirtschaftliche Verflechtung und die Abhängigkeit von Energieressourcen der Russischen Föderation es der ukrainischen Regierung nicht erlaubt, einen völlig unabhängigen und rationalen Entscheidungsfindungsprozess zu leisten. Genau diese Punkte werden häufig in den aktuellen, außergewöhnlichen bilateralen Beziehungen als Druckmittel verwendet.*

Kurzfristige Gier hat die Gas-Abhängigkeit von Russland erhöht, wodurch die Ukraine nur begrenzt in der Lage ist, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Dabei wird gleichzeitig verhindert, dass ausländische Investoren und inländische Experten die Gasreserven des Landes ausbauen, die den meisten Gasbedarf des Landes decken könnten. Der Ukraine ist es nicht gelungen, ihren Energiesektor zu reformieren, der eine sogenannten „Cash Cow“ für die korrupte Elite geblieben ist. Gaszwischenhändler haben eine wichtige Quelle für korrupte Mieten während der letzten fünf Jahre dargestellt.

*Somit kann die **dritte Hypothese** ausgewertet werden, die besagt, dass durch die kurzfristigen*

²⁹⁴ Vgl. Lindner (1995): 365, 375

²⁹⁵ Vgl. Kowall (2002): 8

Interessen der Machthaber und der verbundenen „Oligarchenfamilien“ sich nicht nur die wirtschaftliche Lage des Landes sehr verschlechtert hat, sondern auch zu erneuten Bevölkerungsaufständen führte.

Die Verfolgung der kurzfristigen Interessen der Elite sowie Kämpfe zwischen ihnen und den damit verbundenen Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Spielregeln hat zu einer unausgewogenen Wirtschaftspolitik geführt, welche zusammen mit den Schwankungen der Politikstrategien zu Bürgerprotesten führte, die zuerst als politische (Nicht-Unterzeichnung von Vereinbarungen der Eurointegration) initiiert wurden und dann in zivile Ungehorsamkeit und Protest gegen die Regierung eskalierten.

Warum muss sich die Ukraine in ihrer Entwicklungsstrategie zwischen den Partnerschaften mit der EU oder Russland entscheiden? Ist es tatsächlich vorteilhafter für das Land im Endeffekt zu einer oder zur anderen Seite zu gehören, oder gibt es alternative Entwicklungsmöglichkeiten zur Stabilisierung auf dem Weg zu einer „effektiven Gesellschaft“²⁹⁶? Diese Fragen waren noch am Anfang des Jahres 2013 aktuell und können sicher noch ausgebaut werden. Am Ende desselben Jahres ist die Situation der Zerrissenheit außenpolitisch wie innenpolitisch so stark auf die Spitze getrieben, dass das Land bei solch starken Konfrontationen der außenpolitischen Akteure auf jeden Fall Schutz braucht, und zwar bei einem selbst stabilen, friedlichen Partner.

Das Rezept „Demokratisierung“ sollte einfach sein. Das Wichtigste ist, dass die Zivilgesellschaft lernt, die Macht nicht nur bei Wahlen, sondern auch zwischen ihnen zu beeinflussen und zu steuern. Vor fünf Jahren gab es eine wirklich spektakuläre, fantastische Orange Revolution. Im Februar 2005 wurde sichtbar, dass die neue Regierung – von Juschtschenko gebildet – zur Hälfte aus Geschäftsleuten bestand, obwohl er geschworen hatte Unternehmertum und Regierung zu trennen.²⁹⁷ Wo waren die Menschen im Februar 2005, die auf dem Maidan 2004 waren? Warum ging keiner von ihnen zum Parlament, zur Administration des Präsidenten, des Ministerkabinetts, um zu protestieren und das Versprochene zu verlangen. Die Menschen haben geglaubt, dass sie unsere Arbeit getan haben, jetzt wollen sie dass die Regierung die ihre tut.

Noch schlimmer war, dass eine Menge Leute dachte, dass nur die nicht „orangen“ Geschäftsleute Geschäfte mit der Regierung nicht betreiben dürfen; den „orangen“ aber kann das vergeben werden. Aus diesen Gründen protestierte niemand im genügenden Ausmaß, auch wenn die gleichen, noch „orangen“ Personen sich von der Legislative auf die Exekutive bewegten, trotz der Gesetze und ich weigerten, von parlamentarischen Befugnissen

²⁹⁶ Vgl. Hawrylyschin (1980)

²⁹⁷ Vgl. Riabchuk (2007): Erzwungener Pluralismus. Kommunizierende Röhren in der Ukraine URL: <http://www.eurozine.com/articles/2007-12-05-riabchuk-de.html>

zurückzutreten. Die Wähler erwiesen sich als sehr nachsichtig, nicht ahnend, dass auch die eigenen Revolutionskameraden sich ohne Kontrolle Vorteile verschaffen würden. Die ukrainischen Politiker gewöhnen sich nie an ihre Verantwortlichkeit, wenn ihnen alles verziehen wird, nur weil sie "unser" sind. Genau die gleiche Gefahr erwartet die ukrainische aktive Gesellschaft beim Aufbau der neuen Regierung nach den Ereignissen des EuroMaidans 2013.

7.2 Perspektiven – ein Ausblick

Die in dieser Arbeit beleuchtete Grauzone zwischen der nicht konsolidierten Demokratie und dem nicht konsolidierten Autoritarismus, in der sich die Ukraine aktuell befindet, ist für die weitere Erforschung bestimmt sehr interessant. Nicht nur, weil sich in diesem Bereich das Land befindet, an dessen Zukunft ich nicht nur theoretisch interessiert bin. Tatsache ist, dass verschiedene Optionen offen sind; eine Vielzahl von Faktoren spielen eine Rolle, die bestätigt und widerlegt wurden – die ukrainische Zukunft ist wirklich unberechenbar. In diesem Sinne unterscheiden sich die Ukraine und zum Beispiel Georgien oder Moldawien deutlich von den anderen Sowjetrepubliken, wo sich die konsolidierten autoritären Regimes verfestigt haben, und genauso von den post-kommunistischen Ländern Osteuropas, die unter den Einfluss der EU und der NATO eine konsolidierte Demokratie ausbilden konnten.

Die Ukraine ist ein Land zwischen „Ost“ und „West“, das im Zeitalter der Globalisierung auch als multikulturelles Laboratorium Interesse weckt. Dieser Multikulturalismus könnte auch Ausgangspunkt für die Bestimmung der möglichen Außenpolitik sein. Ein Konsens, ein Kompromiss kann für die Ukraine eine Alternative zu der radikalen Ost-/West-Orientierungen bieten. Das Interesse an der Ukraine ist auch wegen ihrer geopolitischen Position vorhanden, ein Land an einer Kreuzung, eine Brücke, ein Ort zur Austragung der geopolitischen Spiele der großen Nachbarn. Es geht um den Einfluss auf ein Land mit immerhin rund 50 Millionen Bürger.

Es mag im Dezember 2013 ein wenig naiv klingen, aber die Wahl der politischen Ausrichtung könnte in Form eines Kompromisses sein, in dem Sinne, dass der Weg nach „oben“ die beste Lösung des Problems sein könnte. Das bedeutet, dass zwischen zwei radikalen außenpolitischen Ansichten eine forcierte Politik der inneren demokratischen Entwicklung gewählt werden muss, die aber eine starke politische Elite braucht, die über die Frage des außenpolitischen Kurses nicht in die alten, kurzfristigen, privaten Interessen gespalten sein wird. Diese Politik beinhaltet die Ausarbeitung von genauen Standpunkten der Bildung einer funktionierenden Form der

Demokratie. In erster Linie soll, wie gesagt, auf die innere politische und wirtschaftliche Ordnung Aufmerksamkeit gerichtet werden. Die „electoral democracy“ hat sich in ihrer bisheriger Form als unzureichend erwiesen. Auch die formale und reale Gewaltenteilung ist in diesem Kontext von größter Wichtigkeit, die aber ohne Druck und Kontrolle von Seiten der aktiven Zivilgesellschaft nicht bestehen kann. Denn die früheren Reformen der demokratischen Institutionen (die rein formal blieben) hatten kaum zur Etablierung der Demokratie in der Ukraine beigetragen und deren Auswirkungen brachten das Land zu einer erneuten politischen Krise Ende 2013.

Die Verantwortungslosigkeit der Regierenden, ihre Ambitionen, aber auch die Ambitionen der wichtigsten Subjekte der Weltpolitik, werden die Ukraine immer wieder mit der Herausforderung konfrontieren, die eigene Souveränität nicht zu verspielen und die eigenen Interessen als Nation nicht aus den Augen zu verlieren. Diese nationalen Interessen müssen aber zuerst ausgegoren werden.

Die Ukraine als Subjekt des geopolitischen Gefechts kann aus der Balance zwischen den zwei Vektoren von einer dysfunktionalen Demokratie einerseits, zu einer nicht konsolidierten Autokratie andererseits geworfen werden. Es muss besonderes sichtbar gemacht werden, dass unter dem externen Einfluss der wirtschaftlichen und/oder politischen Übereinkommen die Balance radikal gestört wird. Das heißt, dass mit dem Beitritt zur Zollunion und der daraus resultierenden Annäherung zur Russischen Föderation und weiteren Partnerländern, die stark autokratisch geprägt sind, auch die innenpolitische und wirtschaftliche Konstellation der Ukraine beeinflusst und mit den Gesetzesanpassung in die Autokratie hineingezogen wird. Das kann auch als Schritt zurück in die Sowjetunion-Ära gewertet werden. Diese Prozesse können auch unumkehrbar werden und alle Leistungen der Ukraine in Sache Souveränität und Nationsbildung, aber in erster Linie 20-jährige politischen Unabhängigkeit zerstören und vergessen machen. Die Ukraine fällt zurück in die dominante Einflussosphäre und Kontrolle Russlands mit den Anzeichen des „blackmail states“.

Die andere Möglichkeit besteht in den erstmaligen wirtschaftlichen Bündnissen mit der Europäischen Union und hängt in erster Linie von der Beschneidung der diffusen Möglichkeiten auf der Ebene der zwischenstaatlichen Partnerschaften ab (wie es im Energiesektor mit den intransparenten Verträgen von RosUkrEnergo möglich war). Dadurch werden natürlich die Interessen der korrupten Machthaber verletzt, da solche diffusen Absprachen der Wirtschaftsführung im Energiesektor mit der EU nicht mehr möglich sein werden. Aber die Anpassungen an die Gesetzeslage und Produktionsstandards wird die Innovation im Land fördern. Die Entstehung der demokratischen Institutionen mit klaren Funktionen wird besonders

notwendig sein und die daraus resultierende Konsolidierung der Demokratie kann als ein Licht am Ende des Tunnels betrachtet werden.

Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die Partnerschaft mit der EU die realen, wirtschaftlich vorteilhaften und spürbaren Veränderungen für die ökonomische Situation des Landes mit sich bringt. Denn bei der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens und der darauf folgenden allgemeinen Unzufriedenheit oder gar Enttäuschung über die nicht vorhandenen wirtschaftlichen Auswirkungen (ähnlich wie innerhalb der EU selbst; Ungarn, Griechenland) auf die Situation der ukrainischen Bürger, kann eine Partnerschaft ohne positive Folgen die Ukraine in Richtung radikalerer Partnerschaft mit Russland und Autokratie treiben. Das heißt, dass die Stabilisierung des Demokratisierungsvektors in der Ukraine nur unter der Einwirkung der wirtschaftlichen (und nicht politischen) externen Faktoren und Einflüssen möglich ist, welche die inneren ethnisch-kulturellen, regional-identischen Uneinigkeiten überwiegen.

Im Falle einer Partnerschaft mit Russland, konkret im Rahmen der Zollunion, sind solch große positive wirtschaftliche Vorteile nicht sichtbar. Das Programm der Zollunion bot nur die Vereinheitlichung der Gesetzesbasis und der Transportkorridore, der zollfreie Handel ist schon in der Freihandelszone implementiert, in die die Ukraine schon involviert ist.

Das Assoziierungsabkommen mit der EU bietet neue und größere Möglichkeiten für die wirtschaftliche Expansion. Die Anpassung an die allgemeinen Richtlinien für den Produktionssektor und den Handel bedeuten auch eine Umstellung, die aber, wenn sie konsequent verfolgt wird, die Implementierung bestimmter Apparate und Institutionen unter externer Kontrolle vorantreibt und zur Konsolidierung auch politischer Prozesse beiträgt.

Die zukünftigen Szenarien und Perspektiven der Entwicklung der Ukraine sind offen. Meiner Meinung nach könnten sie aber auf der innenpolitischen und der außenpolitischen Ebene so aussehen:

Die innenpolitische Situation zeigt sich schon in einer Vertiefung der Systemkrise, die Gegenüberstellung unter der Legislative und Exekutive wird von sozialen Unruhen und lokalen Konflikten in den Regionen des Landes begleitet, die sich in den nächsten Monaten intensivieren werden.

Die allmähliche wirtschaftliche Stabilisierung wird bei den sichtbaren hochgradigen Reformen und dem deutlichen Wachstum durch die neuen außenpolitischen Partnerschaften erfolgen.

Die langsamen administrativen und institutionellen Reformen und das bescheidene Wachstum werden nur zu einer Möglichkeit, wenn die gesamte Bevölkerung am

Entscheidungsfindungsprozess partizipiert.

Die radikale Reformen werden auf der Basis der Entwicklung der Demokratisierungspolitik mit einer neuen Regierung und Unterstützung von der partnerschaftlichen Seite der EU möglich.

Blockfreiheit oder Neutralität. Sie besteht in der Entscheidung zur Integration in die euro-atlantische Gemeinschaft, ohne Bindung an die volle EU-Mitgliedschaft. Die Ukraine könnte zu einer Schweiz des 21. Jahrhunderts werden, wenn sie die Blockfreiheit wählen würde. Das bedeutet, dass sie ihre außenpolitischen Interessen rein pragmatisch verfolgt, ohne der EU oder Russland nach dem Mund zu reden. Die Grenzen zu Russland wären offen und die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur könnte ausgebaut werden. So könnte die Ukraine zu einer Brücke zwischen der EU und Russland werden.

Die Realität aus heutiger Sicht zeigt uns aber, dass Russland sehr deutlich, sogar aggressiv seine Vorstellung der geopolitischen Perspektive der Ukraine innerhalb der eurasischen Gemeinschaft durchsetzt. Insofern kann die EU den Wunsch der Ukraine nach einer Mitgliedschaft also letztlich mit Nein beantworten. Bekanntermaßen wollen die EU-Mitglieder mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive die Interessen Russlands nicht verletzen. Das während der Gas-Kriege entstandene ukrainisch-deutsch-russische Dreieck hat die europäische Rücksichtnahme auf Russland verstärkt und die Situation um die Ukraine damit weiter zugespitzt.

Beziehungen mit dem „Westen“

Die erste Option ist eine Strategie, die bei den existierenden Möglichkeiten auf die volle Mitgliedschaft des Landes in der EU abzielt. Damit würde die Ukraine ihre Beziehungen zu Russland gefährden, weil sie ihre Politik den Prinzipien der EU unterordnen müsste. Wahrscheinlich müsste sie die Grenze zu Russland einem Visumregime unterordnen, das den Personenverkehr stark beeinträchtigen würde.

Obwohl ein Großteil der Ukraine europaorientiert ist und die Zukunft des Landes in einer EU-Mitgliedschaft sieht, muss die EU sich darüber klar werden, was für eine Ukraine sie möchte. Aussagen wie "demokratisch und stabil" sind zu wenig. Die Ukraine braucht eine klare Aussage, ob ein EU-Betritt gewünscht wird oder nicht. Auch mit einem Negativentscheid kann die Ukraine Wege finden und eine Rolle als Brückenbauerin spielen. Aber auch dazu braucht sie gewisse Sicherheitsgarantien.²⁹⁸

Ukrainisch-russländische Beziehungen

Die andere Option der Ukraine ist eine Reintegration in den russischen Einflussbereich. Denn

²⁹⁸ Vgl. Schneider-Deters (2010) 63

die darauffolgende unvermeidliche Anpassung an die Richtlinien der Russländischen Union bedeutet einen strategischen Entschluss entgegen festere Beziehungen mit der Europäischen Union. Der Zweck dieser Option wäre eine komplette Integration des Landes in die Zoll-, Währungs- und Wirtschaftsunion im Rahmen des einheitlichen eurasischen Wirtschaftsraums unter der Führung Russlands. Vor der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland sowie Verschärfung der wirtschaftlichen Widersprüche im Fall einer EU-Annäherung wurde die Ukraine schon gewarnt. Oder die Anbindung an Russland, welche die Aberkennung der wirtschafts- und in der Folge auch politischen Souveränität und Eröffnung der konföderativen Beziehungen bedeuten wird.

Die überwiegende Orientierung nach „Westen“ mit gleichberechtigten wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland kann aus heutiger Sicht wohl nicht mehr in Betracht gezogen werden, da Moskau mehrmals und offen betont hat, es sei für die Ukraine unmöglich, an beiden Partnerschaften teilzunehmen.

Die ukrainische Regierung darf ihre unverlässliche „Multi-Vektoren“-Strategie nicht mehr weiter verfolgen, einen Schritt nach Westen zu tun - dann einen nach Osten, und in Brüssel das Gegenteil von dem zu erklären, was in Moskau gesagt wurde. Eine solche Schaukelpolitik zwischen Ost und West schaffte nur Misstrauen und Missverständnisse in den Partnerschaften. Nach der historischen Erfahrung würde diese Politik zur Diskreditieren der Ernsthaftigkeit der ukrainischen Diplomatie vor den europäischen Politikern führen.

Die Entwicklung der Ukraine ist ein gutes Beispiel für das Schwanken zwischen dem „feckless pluralism“ und „dominant-power-politics“, mit dem allmählichen Abgleiten in einen konsolidierten Autoritarismus, wie in den letzten Jahre unter Leonid Kutschma, der Wiederherstellung der dysfunktionalen Demokratie unter Viktor Juschtschenko und den ausdrucksstarken autoritären Tendenzen unter Viktor Janukowitsch. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, sondern vor dem Hintergrund der grundlegend rechtswidrigen Handlungen des Staates sowie das Fehlen der entsprechenden Traditionen und politischen Kultur. In diesem Fall wird wieder den „feckless pluralism“ auftreten, welcher unweigerlich die massiven Enttäuschung und Verärgerung Menschen mit dysfunktionalen Demokratie verursachen wird. Die Sehnsucht nach einer "starken Hand" und "Ordnung", welche dementsprechend eine Rückkehr zu politischer Hegemonie bieten wird, und wiederum die Menschen mit Ineffizienz und Korruption, sowie der Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten selbst, weiter ärgern wird. Die aktuelle Situation in der Ukraine und zu einem großen Teil auch die zukünftige, hängt aber auch von den kulturellen und historischen Faktoren ab – von der Zugehörigkeit zur östlich-christlichen und nicht zur christlich-abendländischen Zivilisation, nicht das beste Erbe im

politischen Sinne.²⁹⁹ Ein Teil davon ist das Erbe des Paternalismus und Klientelismus – kollektives Bewusstsein, schlechte Qualität des Sozialkapitals, das heißt, geringes Vertrauen gegenüber dem Staat, Solidarität und Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um gemeinsame, sozial bedeutsame Ziele zu erreichen. Die politische Kultur sowie die Kultur im Allgemeinen können nicht in einem Jahr oder sogar in einem Jahrzehnt geändert werden. Aber sie müssen sich ändern, wenn die ukrainische Bevölkerung etwas erreichen will, wenn auch nicht bald. Aber wenn Ukrainer aus dem Teufelskreis, der das Land gerade in die Dritte Welt zieht, ausbrechen wollen. Die Ukrainer haben nach der Orangen Revolution das Wichtigste versäumt: „Nach der Revolution die Spielregeln zu ändern“.³⁰⁰

Der politische Wille allein wird hier nicht genügen, es sind neue Institutionen erforderlich, die allmählich eine neue politische Kultur ausprägen. Die Institutionen selbst sind das Produkt einer bestimmten Kultur. Außerdem sind die Institutionen der Erosion und Verformung ausgesetzt, wenn sie einfach in eine andere politische Umwelt übertragen werden; in Russland oder in der Ukraine arbeiten sie anders als zum Beispiel in Schweden oder Großbritannien. Das bedeutet aber nur, dass sie eine spezielle Angleichung, sorgfältige Modifikation und Anpassung benötigen. Neben Geschick und Geduld ist dazu politischer Wille unabdingbar.

Jeden Tag nach dem neuen Janukovitsch-Putin-Deal wird es nur noch mehr Menschen aus dem Osten und Süden der Ukraine geben, die enttäuscht vom ukrainisch-russischen neo-sowjetischen Assoziierungspakt sind. Diese Menschen – jedoch nicht die Usurpatoren, die sie repräsentieren – müssen die Chance bekommen, ihre Unabhängigkeit vom Janukovitsch-Regime zu erklären. Sie brauchen einen gleichwertigen Platz sowohl im verfassungsgebenden Prozess, als auch in der neuen Post-Janukovitsch-Ukraine. Die Revolutionen mit den schwachen Oppositionsführern wie heute werden scheitern, solange nicht die Bürgerbewegung die Führung übernimmt.³⁰¹

... schrieb Dmytro Potekhin im Dezember 2013 als stark involvierter Aktivist der Protestereignisse am EuroMaidan.

Mit der Zeit wird klar werden, welche Szenarien sich durchsetzen. Heute kann nur vermutet werden, wie die Zukunft der Ukraine aussehen wird. Ich hoffe trotz aller Hindernisse auf eine helle Zukunft, in der die nächsten Generationen mit weniger Widersprüchen konfrontiert wird und eine selbst-bestimmende Zivilgesellschaft bilden werden.

²⁹⁹ Vgl. Riabchuk (2010, 2012)

³⁰⁰ Riabchuk (2007): Erzwungener Pluralismus. Kommunizierende Röhren in der Ukraine URL: <http://www.eurozine.com/articles/2007-12-05-riabchuk-de.html>

³⁰¹ Potekhin (2013): 9

Literaturverzeichnis:

- Abramovitsch, Aleksandr (2011): ЕЭП и перспективы валютного союза. In: „Belarusskij Biznes“
URL: http://finance.bel.biz/articles/eep_i_perspektivy_i_valyutnogo_soyuza/ [Zugriff am 24.12.2013]
- Altenberger, Lisa-Maria (2011): Die Entstehung von Demokratie? Die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine seit der Orangen Revolution. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Aslund, Anders (2013): Gazprom's Demise Could Topple Putin. In: Bloomberg View von: 09.06.2013.
URL: <http://www.bloombergtview.com/articles/2013-06-09/gazprom-s-demise-could-topple-putin> [Zugriff am 14.01.2014]
- Balmaceda, M. Margarita (2008): Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union. Routledge, Abingdon and New York.
- Bertelsmann Stiftung (2009): „BTI 2010 — Ukraine Country Report—, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. URL: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Ukraine.pdf
- Bendiek, Annegret (2008): Wie effektiv ist die Europäische Nachbarschaftspolitik: Sechzehn Länder im Vergleich, SWP-Studie Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Belarussische Telegraphenagentur (2013): Beltransgas steigerte im Jahr 2012 Erdgaslieferungen auf 20,3 Mrd. Kubikmeter. Nationale Nachrichtenquelle. URL: <http://news.belta.by/de/news/econom?id=706377> [Zugriff am 24.12.2013]
- Besters-Dilger, Juliane [Hrsg.](2009): Ukraine on its Way to Europe: Interim Results of the Orange Revolution. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien.
- Bos, Ellen (1996): Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen. In: Merkel, Wolfgang [Hrsg.]: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. Leske+Budrich. S. 81-109.
- Bos, Ellen (2002): Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, Wolfgang [Hrsg.]: Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. S. 469–514.
- Bos, Ellen (2010): Stabile Instabilität, dynamische Blockade. Das politische System der Ukraine. In: Osteuropa 2-4. S. 77-88
- Brzezinski, Zbigniew (1992): Україна має стати європейською державою. Сучасність, Nr. 9.
- Brzezinski, Zbigniew (1995): A plan for Europe: Foreign Affairs, B. 75, Nr. 1.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim, Beltz Quadriga.
- Brzezinski, Zbigniew (2000): Велика Шахівниця. Американська першість та її геостратегічні імперативи. Львів–Івано-Франківськ, Лілея-НВ.
- Brzezinski, Zbigniew (2006): Україна у геостратегічному контексті. Передмова. Київ, „Києво-Могилянська академія”.
- Bund der Energie Verbraucher (2014): Abhängigkeit von russischem Erdgas steigt wieder. Vom

- 8.01.2014. URL: http://www.energieverbraucher.de/de/News__311/NewsDetail__14352 [Zugriff am 14.01.2014]
- Busuleanu, Adam (2008): Internationale Wahlüberwachung in Wahlprozessen: Die Fallbeispiele Ukraine und Belarus. Arbeitspapiere des Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Heft 62.
- Carothers, Thomas (1997): The Observers Observed. In: *Journal of Democracy*, 8. 3, S.17 –31.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy* Nr. 13/1. The Johns Hopkins University Press. S. 5–21.
- Carothers, Thomas (2008): Состояние демократии в мире и усилия Запада по ее продвижению: почему прогресс остановился? In: Московский центр Карнеги, vom 30.07.2008. URL: <http://i-r-p.ru/page/stream-document/index-21280.html> [Zugriff am 22.12.2013]
- Chrobot, Stefan; Huthmacher, Heinz (2007): Vom „armen Neffen“ zum „starken Bruder“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: 10 Thesen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik. Friedrich Ebert Stiftung.
- Collier, David; Levitsky, Steven (1997): Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research. In: *World Politics*. 49/3. S. 430–451.
- Dahl, Robert (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven, London
- D'Anieri, Kravchuk; Kuzio (1999): *Politics and Society in Ukraine*. Westview Press, Boulder.
- D'Anieri, Paul (2001): Ukraine and the U.S. since 1991: the reshaping of expectations. In: Ramet, S., Ingebrittsen, C. [Hrsg.], *Coming in from the Cold: U.S.-European Interactions since 1980*. Macmillan, New York. S. 191–208.
- D'Anieri, Paul (2012): Ukrainian foreign policy from independence to inertia. In: *Journal for Communist and Post-Communist Studies* 1-10, Elsevier.
- Darden, Keith A. (2001): Blackmail as a Tool of State Domination: Ukraine Under Kuchma. In: *East European Constitutional Review* Nr. 2-3.
- Der Tagesspiegel (2013): Gewaltsame Zusammenstöße bei Demonstrationen in Kiew. Vom 01.12.2013. URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/proteste-in-der-ukraine-gewaltsame-zusammenstoesse-bei-demonstrationen-in-kiew/9153568.html> [Zugriff am 23.12.2013]
- Donchenko, Ganna-Mariya (2010): Evaluation of Effectiveness and Efficiency of Economic Policies and Development Strategies Applied in Transition Economies in Response to the Global Economic Crisis to Facilitate Socioeconomic Development and Promote Financial Stability. Case Study Ukraine. Dissertation. Universität Hamburg.
- „Dosje“ Informazionno spravochnij resurs. Tihipko Sergei. Dosje. Online Ressource. URL: <http://www.rudenko.kiev.ua/persons/tigipkos> [Zugriff am 29.12.2013]
- Dörrenbächer, Heike (2010): “The Winner Takes It All” Die Präsidentschaftswahlen und ihre Folgen. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: *Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine*. In: *OSTEUROPA* 2-4/2010. S. 145 -152.
- Dörrenbächer, Heike; Oliinyk, Volodymyr (2011): Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis, Ukraine? In: *Ukraine-Analysen*. 88/11. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2 – 5.

- Евразийская экономическая комиссия (2007): Договор об учреждении Евразийского экономического сообщества. URL: http://www.tsouz.ru/Docs/IntAgrmnts/Pages/Dogovor_EvrAzES.aspx [Zugriff am 20.12.2013]
- Евразийская экономическая комиссия (2011): Пресс-конференция по итогам заседания Межгосударственного совета ЕврАзЭС и Высшего органа Таможенного союза vom 20.11.2011 URL: <http://www.tsouz.ru/news/Pages/21-10-2011.aspx> [Zugriff am 20.12.2013]
- Engdahl, William (2008): Russland, die Ukraine, die NATO und die Schwarzmeerflotte. In: Kopp online vom 11.06.2008. URL: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/f-william-engdahl/russland-die-ukraine-die-nato-und-die-schwarzmee.html;jsessionid=33E7874F8831B63BD388D04243FB1282> [Zugriff am 18.12.2013]
- Ermolaev, A.; Parachonskyi, B.; Yavorska, G.; Reznikova, O. et al. (2012): Европейський проект та Україна. Національний інститут стратегічних досліджень. Київ.
- Esch, Christian (2013): Zaghaftes Tauwetter in Kiew. Frankfurter Rundschau vom 12.12.2013. URL: <http://www.fr-online.de/politik/ukraine-zaghaftes-tauwetter-in-kiew,1472596,25608570.html> [Zugriff am 27.12.2013]
- Единый реестр правовых актов и других документов Содружества Независимых Государств“. „Договор о зоне свободной торговли“ URL: <http://cis.minsk.by/reestr/ru/index.html#reestr/view/text?doc=3183> [Zugriff am 25.12.2013]
- Eurasische wirtschaftliche Kommission (2013): Fakten und Zahlen. URL: http://www.eurasiancommission.org/ru/Documents/broshura26_RUS_v5.pdf
- European Union External Action (2013) EU-Ukraine Association Agreement – the complete texts. Brussels. URL: http://www.eeas.europa.eu/ukraine/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm [Zugriff am 22.12.2013]
- European Union Trade with Ukraine (2013): EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area. URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/april/tradoc_150981.pdf
- European Commission (2013): European Union Trade in goods with Ukraine. URL: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113459.pdf
- EU/Ukraine Action Plan (2004): Bussels. URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf
- EU financial co-operation with Ukraine (2013): Technical and financial co-operation. URL: http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/tech_financial_cooperation/index_en.htm [Zugriff am 22.12.2013]
- Freedom House (2013): Country Report Ukraine 2013. URL: <http://www.hrw.org/world-report/2013/country-chapters/ukraine> [Zugriff am 22.12.2013]
- Füle, Stefan (2013): EU-Ukraine: Association Agreement is an offer to the country and its people. In: European Commission – MEMO/13/1146 vom: 12.12.2013. Brussels.
- Glavred Zeitschrift (2013): О чем договорились Янукович и Путин. Vom 18.12.2013. URL: <http://glavred.info/politika/o-chem-dogovorilis-yanukovich-i-putin-opublikovan-dokument-266444.html> [Zugriff am 25.12.2013]
- Glavred (2013): Переговоры Януковича и Путина: главные результаты, заявления, реакция

- Евромайдана. Vom 17.12.2013. URL: <http://glavred.info/politika/peregovory-yanukovicha-i-putina-glavnye-rezultaty-zayavleniya-reakciya-evromaydana-266436.html> [Zugriff am 22.12.2013]
- Glavred (2013): Россия может в любой момент потребовать от Украины возврата долга. Vom 23.12.2013. URL: <http://glavred.info/ekonomika/rossiya-mozhet-v-lyuboy-moment-potrebovat-ot-ukrainy-vozvrata-dolga-266867.html> [Zugriff am 27.12.2013]
- Graubner, Cornelius (2006): Das Imperium schlägt zurück oder alter Wein in neuen Schläuchen? Der Gaskrieg zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation. In: Friedens- und Sicherheitspolitik Online. Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. URL: <http://peace-studies.blogspot.co.at/> [Zugriff am 21.12.2013]
- Grätz, Jonas; Westphal, Kirsten (2009): Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand. SWP-Aktuell 3, Berlin.
- Günther, Mirco (2006): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, unterwegs zwischen Karpaten und Donbass. 1. Auflage. Bonn. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hale, Henry E. (2005): Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia. In: World Politics. Vol. 58/1. S. 133 – 165.
- Hantke, Martin (2009): Kein Frieden mit der NATO: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland. [Hrsg.] Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen, DFG-VK.
- Hawrylyshyn, Bohdan (1980): Road Maps to the Future Towards more effective societies. Elmsford, New York: Pergamon Press.
- Helmerich, Martina (2003): Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure. Duncker & Humblot. Berlin
- Hermann, Rudolf (2013): Erosion der Medienfreiheit in der Ukraine. In: Neue Zürcher Zeitung vom 04.04.2013 URL: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/uebersicht/erosion-der-medienfreiheit-in-der-ukraine-1.18057681> [Zugriff am 20.12.2013]
- Higley, John; Lengyel, György (2000): Introduction. Elite Configurations after State Socialism. In: Higley, John; Lengyel, György [Hrsg.]: Elites after State Socialism. Theories and Analysis. Lanham. Rowman & Littlefield. S. 1 – 21.
- Hrisoskulov, Hristofor (2010): Neue Nachbarn – Neue Herausforderungen für die Europäische Union. Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster.
- Huntington, Samuel (1992): The Third Wave: Democratization in the Late 20th Century. University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel (1996): Democracy for the Long Haul. Journal of Democracy, Vol. 7. № 2.
- International Monetary Fund (2009): Ukraine: Second Review Under the Stand-By Arrangement and Request for Modification of Performance Criteria — Staff Report, IMF Country Report No. 09/270 vom September 2009, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=22575.0> [Zugriff am 12.12.2013]
- Institut für Europäische Politik (2012): Assoziierungsabkommen als Alternative zur EU-Mitgliedschaft? Optionen der Ausgestaltung der Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten.

Integrated Foreign Economic Information Portal by Ministry of economic development of the Russian Federation. Единое экономическое пространство и Таможенный союз. URL: <http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap> [Zugriff am 20.12.2013]

Interfax (2013): Медведев сообщил о покупке первого транша украинских облигаций на \$3 млрд. Vom 24.12.2013. URL: <http://www.interfax.ru/business/news/348605> [Zugriff am 29.12.2013]

Kappeler, Andreas (1994): Kleine Geschichte der Ukraine. Beck, München.

Kappeler, Andreas (2003): Der schwierige Weg zur Nation: Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine. Böhlau, Wien.

Kappeler, Andreas (2003a): „Great Russians“ and „Little Russians“: Russian Ukrainian Relations and Perceptions in Historical Perspective. The Donald W. Treadgold Papers, University of Washington. Nr. 39.

Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. C.H. Beck, München. 3., überarbeitete Auflage

Kappeler, Andreas (2012): Russland und die Ukraine: verflochtene Biographien und Geschichten. Böhlau, Wien

Kaspruk, Viktor (2008): Росія ухвалила доктрину нової «холодної війни». In: Сучасність, Nr. 8

Kirichenko, Viktor (1992): Національні інтереси: баланс компромісів, синтез доцільності. In: Віче, Nr.6.

Koch-Laugwitz, Ursula (2013): Ein strategischer Partner auf Irrwegen? Perspektiven für die Ukraine 2013. Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive, Kiew.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften(2004): Mitteilung der Kommission vom 12.05.2004. Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepaper. KOM(2004) 373 endgültig. Brüssel. URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf

Kommission der Europäischen Gemeinschaften(2008): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 03.12.2008. Östliche Partnerschaft. KOM(2008) 823 endgültig. Brüssel. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:DE:PDF>

Korolev, Andrei (2013): ЕЭП – на пути к партнерству. Казахстан остается двигателем интеграционных процессов. In: „Liter“ vom 27.06.2013. URL: <http://www.liter.kz/articles/view/25004> [Zugriff am 16.12.2013]

Kowall, Tina; Zimmer, Kerstin (2002): Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen. Forschungsstelle Osteuropa Bremen Nr. 42.

Kropatcheva, Elena (2010): „Russia’s Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition“, Baden-Baden, Nomos.

Kunze, Michael (2007): Die Ukraine im Kontext externer wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen: Einflüsse und Interessenlagen Russlands und der europäischen Union vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung seit 1994/ 1999 [Hrsg.]: GRIN Verlag

- Kuzio, Taras (2006): Everyday Ukrainians and the Orange Revolution. In: Åslund, Anders; McFaul, Michael [Hrsg.]: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, DC. S. 45 – 67.
- Kuzio, Taras (2012): Twenty years as an independent state: Ukraine's ten logical inconsistencies. Communist and Post-Communist Studies. Elsevier 1-10.
- Lindner, Rainer (1995): Innen und außenpolitische Bedingungen des Systemswechsels in Ukraine und Belarus. In: Außenpolitik Nr.4.
- Lindner, Rainer (2011): Abkommen bringt Ukraine auf Reformkurs. Ost-Ausschuss spricht sich anlässlich des EU-Ukraine-Gipfels für schnelle Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens Aus. URL: <http://www.ost-ausschuss.de/abkommen-bringt-ukraine-auf-reformkurs> [Zugriff am 20.12.2013]
- Linz, Juan (2005): Schritte zur Definition autoritärer Regime. In: Krämer, Raimund [Hrsg.]: Autoritäre Systeme im Vergleich. Potsdam. S. 5 – 17
- Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. American Political Science Review 53.
- Mackinder H. (2007): Географическая ось истории. URL: <http://geopolitics.nm.ru/mackinder.html> [Zugriff am 15.12.2013]
- Malygina, Kateryna (2013): Die Ukraine nach dem EU-Gipfel in Vilnius: Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens, Polizeigewalt und Radikalisierung der Massenproteste. In: Ukraine-Analysen Nr. 125. Bremen.
- Malygina, Kateryna (2013a): Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010–2012. In: Ukraine-Analysen Nr. 112. S. 2-6. URL: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen112.pdf>
- Merkel, Wolfgang (1996): Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?, in: ders. (Hrsg.): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen, S. 303-332
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Schriftenreihe Uni-Taschenbücher. Opladen: Leske + Budrich, Bd. 2076.
- Merkel, Wolfgang (2003): „Eingebettete“ und defekte Demokratien. Theorie und Empirie. In: Offe, Claus [Hrsg.]: Die Demokratisierung der Demokratie. S. 43–71.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jurgen; Croissant, Aurel et al. (2003a): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Springer Fachmedien, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. VS Verlag.
- Министерство экономического развития Российской Федерации. Формирование единой экономической политики между государствами – участниками ЕЭП. URL: http://www.ved.gov.ru/vnesheconom/eap/napravl_eap/ [Zugriff am 23.12.2013]
- Motyl, A (2011): Containing the Con. In: Kyiv Post vom 12.05.2011. URL: http://www.kyivpost.com/news/opinion/op_ed/detail/66453/. [Zugriff am 12.12.2013]

- National Bank of Ukraine (2008): Annual Report 2008. URL: http://www.bank.gov.ua/ENGL/Publication/an_rep.htm [Zugriff am 10.12.2013]
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about uncertain Democracies, Baltimore, London.
- O'Donnell, Guillermo (1994): Delegative Democracy. *Journal of Democracy* Nr. 5. S. 55–69.
- OECD (2013): DAC List of ODA Recipients. URL: <http://www.oecd.org/dac/stats/DAC%20List%20used%20for%202012%20and%202013%20flows.pdf>
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (2011): Abkommen bringt Ukraine auf Reformkurs. Vom 19.12.2011. URL: <http://www.ost-ausschuss.de/abkommen-bringt-ukraine-auf-reformkurs> [Zugriff am 10.12.2013]
- Omtzigt, Peter (2013): Committee on Legal Affairs and Human Rights. Keeping political and criminal responsibility separate. Parliamentary Assembly, Strasbourg.
- Parties and Elections (2012): Ukraine. URL: <http://parties-and-elections.eu/ukraine.html> [Zugriff am 28.12.2013]
- Pleines, Heiko (2008): Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik. In: *Ukraine-Analysen*. 40/08. Forschungsstelle Osteuropa. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Otto-Wolf-Stiftung. S. 2 – 5.
- Pirani, Simon (2009): Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009. In: Heiko Pleines (Hg.) *Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009*. Arbeitspapiere und Materialien Nr. 101: Forschungsstelle Osteuropa, Bremen. S 15 - 18.
- Polit Rada (2009): Dossier. URL: <http://politrada.com/dossier/personne/id/582> [Zugriff am 30.12.2013]
- Potekhin, Dmytro (2013): Warum nicht in der Ukraine?. In: *Ukraine-Analysen* Nr. 125. Bremen.
- Popov, Dmitri; Milstein, Ilia (2012): Julia Timoschenko: Die autorisierte Biographie Redline Verlag, München.
- Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert; Nanetti, Raffaella Y. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton University Press. Chapter 2.
- Riabchuk, Mykola (2005): Die Ukraine am Scheideweg, Ist ein Erpresserstaat reformierbar? <http://www.eurozine.com/articles/2005-02-12-riabchuk-de.html#footNote3> [Zugriff am 14.12.2013]
- Riabchuk, Mykola (2007): Erzwungener Pluralismus. Kommunizierende Röhren in der Ukraine URL: <http://www.eurozine.com/articles/2007-12-05-riabchuk-de.html> [Zugriff am 13.12.2013]
- Riabchuk, Mykola (2012) Ukraine's „muddling through“: National identity and postcommunist transition. In: *Communist and Post-Communist Studies* 1 – 8. Elsevier.
- Riabchuk, Mykola (2012a): Gleichschaltung. Authoritarian Consolidation in Ukraine. K.I.S. Publishing, Kiev.
- Riabchuk, Mykola (2013): Euromaidan and beyond. In: *Eurozine* vom 13.12.2013. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2013-12-13-riabchuk-en.html> [Zugriff am 20.12.2013]

- Riabchuk, Mykola (2013a): Ukraine: Across the Dividing Lines. In: Transit online vom 16.12.2013
URL: <http://www.iwm.at/read-listen-watch/transit-online/ukraine-across-the-dividing-lines/>
[Zugriff am 22.12.2013]
- Ria Novosti (2011): Договор о зоне свободной торговли в СНГ положит конец торговым войнам.
Vom 21.10.2011. URL: <http://ria.ru/economy/20111021/466399963.html> [Zugriff am 19.12.2013]
- Ria Novosti (2013): Ukraine will Erdgas bei RWE beziehen - Russisches Gas zu teuer. Vom 14.05.2013. URL: <http://de.ria.ru/business/20120514/263590684.html> [Zugriff am 12.12.2013]
- Rosenberger, Christine (2013): Diversifizierung der Energiequellen als Kern ukrainischer Energiepolitik. Länderbericht. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Rotter, Rudolf (2005): Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Rudj, Boris (2010): Україну манят в Таможений союз. In: Подробности vom: 22.02.2010. URL: <http://podrobnosti.ua/analytics/2010/02/22/667434.html?cid=717090> [Zugriff am 11.12.2013]
- Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime. Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus der Transitologie. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert W. [Hrsg.]: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen. S. 93 – 118.
- Rybachuk, Oleg (2011): „17 миттєвостей весни 2001-го“. In: Istorychna Pravda. URL: www.istpravda.com.ua/articles/2011/04/29/37058/. [Zugriff am 11.12.2013]
- Sakwa, Richard (1997): Режимная система и гражданское общество в России. Полис. Nr. 1. Ss. 76-80.
- Sambros, Andrej (2013): Der letzte Tropfen. In: Ukraine Nachrichten vom 22.03.2013. URL: http://ukraine-nachrichten.de/letzte-tropfen_3753_gesellschaft [Zugriff am 14.12.2013]
- Sasse, Gwendolyn (2010): Stabilität durch Heterogenität. Regionale Vielfalt als Stärke der Ukraine. In: Osteuropa 2-4. S. 105 – 121.
- Savin, Kyril; Stein, Andreas (2011): Ukraine erneut zwischen Europäischer Union und Russland?, Heinrich Böll Stiftung. URL: <http://www.boell.de/weltweit/europanordamerika/europa-nordamerika-ukraine-zwischen-eu-und-russland-12030.html> [Zugriff am 10.12.2013]
- Shakirova, Elvira (2013): Концепт гибридного политического режима в современной политологии как аналитическая рамка анализа российской политики. Gramota Nr. 6. (32), S. 203-210. Tambov.
- Schmalenko, Julia (2002): Геополітичні пріоритети України в сучасному світі. Dissertation. National University Odessa Law Academy.
- Schlott, Cornelia (2009): Die europäische Nachbarschaftspolitik als Alternative zur Vollintegration - das Modell Assoziierungsabkommen neuen Typs von Barbara Lippert anhand der Ukraine. GRIN Verlag.
- Schmidt-Schweizer, Andreas (2001): Der akteurstheoretische Ansatz und die politische

- Systemtransformation in Ungarn 1988/1989. Berliner Osteuropa Info Nr. 16. Fibre Verlag. S. 45-47.
- Schmitter, Phillipe (2008): Diagnosing and Designing Democracy, European University Institute and Central European University, Florence. URL: <http://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/DiagnosingAndDesigningDemocracy.pdf>
- Schneider-Deters, Winfried (2010): EU – nicht NATO! Thesen zur Zukunft der Ukraine. In: Osteuropa, Heft 1, Berlin. S. 55-63
- Schneider-Deters, Winfried (2012): Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. BWV Verlag.
- Schneider, Eberhard (2007): Ukraine - gespalten zwischen Ost und West. Publikationen. Bundeszentrale für politische Bildung vom 20.02.2007. URL: <http://www.bpb.de/izpb/25087/ukraine-gespalten-zwischen-ost-und-west?p=all> [Zugriff am 16.12.2013]
- Schularick, Moritz (2005): Ukraine, der weite Weg nach Westen. Deutsche Bank Research. Nr. 319.
- Sherr, James (2013): Украина—Россия—Европа: Отравленный треугольник. In: „Зеркало недели. Украина“ Nr.47 vom 13.12.2013. URL: <http://gazeta.zn.ua/internal/ukraina-rossiya-evropa-otravlennyy-treugolnik-.html> [Zugriff am 27.12.2013]
- Simon, Gerhard (2010): Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft. In: Osteuropa, Heft 2-4; Berlin. S. 65-75.
- Singer, Kathrin (2004): Clan-Kampf um Machterhalt. In: Das Blättchen, 7. Jg. Heft 24, Berlin.
- Sommerbauer, Jutta (2011): Ukraine: Ein Land in der „Körndlkrise“. In: Die Presse vom 07.06.2011. URL: http://diepresse.com/home/panorama/welt/668469/Ukraine_Ein-Land-in-der-Korndlkrise [Zugriff am 12.12.2013]
- Springer, Axel (2008): IWF gibt Ukraine Kredit über 16,5 Milliarden Dollar. In: Die Welt vom 26.10.2008. URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article2631308/IWF-gibt-Ukraine-Kredit-ueber-16-5-Milliarden-Dollar.html> [Zugriff am 23.12.2013]
- Springer, Axel (2013): Gas-Krieg zwischen Moskau und Kiew neu entbrannt. In: Die Welt vom 29.10.2013. URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article121323245/Gas-Krieg-zwischen-Moskau-und-Kiew-neu-entbrannt.html> [Zugriff am 26.12.2013]
- Statista, Ukraine: Wachstum des realen BIP von 2003 bis 2013. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/232410/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-ukraine/> [Zugriff am 10.12.2013]
- Stewart, Susan (2010): Das unsichtbare Zentrum. Regionale Unterschiede in der Ukraine. In: Osteuropa 2-4. S. 153-162.
- Таможенный союз (2011): Страны СНГ объединит зона свободной торговли. Vom 04.10.2011. URL: <http://customsunion.ru/info/4944.html> [Zugriff am 19.12.2013]
- Templin, Wolfgang (2007): Farbenspiele - die Ukraine nach der Revolution in Orange: Die Ukraine

nach der Revolution in Orange [Hrsg.]: Fibre Verlag

- Transparency International (2011): Ukraine - Civil Society Report. Conference of the States Parties to the United Nations Convention against Corruption. CAC/COSP/2011/NGO.9. Marrakech. <http://www.transparency.org/files/content/publication/94-ukraine-summary-2011.pdf>
- Transparency International (2013): Corruption by Country/ Territory. URL: <http://www.transparency.org/country#UKR> [Zugriff am 15.12.2013]
- TSN (2009): Путин написал хвалебную статью о Медведчуке. Vom 26.08.2009. URL: <http://ru.tsn.ua/svit/putin-napisal-hvalebnuyu-statyu-o-medvedchuke.html> [Zugriff am 28.12.2013]
- „UBR“ Ukrainiskij biznes resurs. Tihipko Portrait. Online Ressource URL: <http://bp.ubr.ua/profile/tigipko-sergei-leonidovich/> [Zugriff am 28.12.2013]
- Ukrainian Ministry of economic Development and Trade. State Export support. Exporters. http://www.ukrexport.gov.ua/eng/ukr_export_exporters/?act=view&id=582&country= [Zugriff am 29.12.2013]
- Umland, Andreas (2004): Westliche Förderungsprogramme in der Ukraine. Einblicke in die europäische-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991. Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 63.
- Umland, Andreas (2006): Frisst die Revolution ihre Kinder – oder Petro Poroschenko als kunftiger Doppelmörder der Orangen Koalition? Ukraine-Analysen Nr. 10. URL: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen10.pdf>
- World Bank (2013): Ukraine. Economic Update. URL: http://data.worldbank.org/country/ukraine#cp_wdi [Zugriff am 09.12.2013]
- Westphal, Kirsten (2009): Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit. SWP-Studie, Berlin.
- Wilson, Andrew (2002): The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven, London.
- Zanuda, Anastasija (2013) Экономика-2013: не-"улучшение" на фоне европаузы. BBC – Ukraine. URL: http://www.bbc.co.uk/ukrainian/ukraine_in_russian/2013/12/131223_ru_s_economy_2013.shtml [Zugriff am 29.12.2013]
- Zatulín, Konstantin (2009): Стратегия России в российско-украинских отношениях. Konferenz zum Thema Russischsprachige Ukraine: Möglichkeiten und Probleme der Konsolidierung. URL: <http://www.from-ua.com/politics/925733c7469fb.html> [Zugriff am 23.12.2013]
- Zatulín, Konstantin (2011): Interview für Информационно-аналитический портал постсоветского пространства „Materik“. URL: <http://www.materik.ru/personnel/detail.php?ID=58> [Zugriff am 19.12.2013]
- Zeihan, Peter (2009): Moskau wird Kiew nie dem Westen überlassen. In: Handelsblatt, vom 20.01.2009 <http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-moskau-wird-kiew-nie-dem-westen-ueberlassen-seite-2/3093024-2.html> [Zugriff am 16.12.2013]

Abstract - Deutsch

In dieser Arbeit wird ein Überblick über die Demokratisierungsprozesse in der Ukraine mit einem besonderen Augenmerk auf den Zeitraum vom Ende der Kutschma-Präsidentschaft bis Dezember 2013 gegeben. Das Hauptaugenmerk wird auf zwei Hauptfaktoren gelegt, welche die Richtungen der demokratischen Entwicklung in der Ukraine definieren. Der erste Faktor ist der externe politische und wirtschaftliche Einfluss von "West"- und "Ost"-Mächten (EU und Russland) mit der daraus erfolgenden Herausbildung einer politischen "Zwei-Vektor" Strategie und der damit verbundenen Außenpolitik. Der zweite Faktor sind die Wechselbeziehungen und der Kampf der wirtschaftlichen und politischen Eliten in der Ukraine, besonders beeinflusst durch die territoriale Teilung, ihre unterschiedlichen sozialen Wurzeln in der sowjetischen Ära, und die hohe Korruption als Folge der spontanen und wilden Privatisierung von Staatseigentum in der Zeit der Kutschma-Präsidentschaft.

In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, die engen Beziehungen zwischen diesen beiden Faktoren zu zeigen. Es wird vor allem beschrieben, wie die Manipulationen mit dem "Zwei-Vektor"-Kurs im politischen Kampf zur Verfolgung kurzfristiger Interessen der Eliten verwendet werden. Es wird argumentiert, dass beide Faktoren berücksichtigt sein sollen, da sie den Wettstreit mit entgegengesetzten Absichten beinhalten und zu einer Destabilisierung des ukrainischen Demokratisierungsprozesses beitragen. Dies führt zur periodischen Bewegung der dysfunktionalen Demokratie in Richtung eines autoritären Regimes mit Anzeichen des "blackmail state" und rückwärts. Darüber hinaus haben die kurzfristigen Interessen der Oligarchie-Clans, darunter diejenigen, die derzeit an der politischen Macht sind, zu den aktuellen Unruhen geführt und die ukrainische Wirtschaft an den Rande des Bankrotts gebracht.

Die Diskussion um den Einfluss korrupter Eliten und externer Akteure auf die Entwicklung der demokratischen Institutionen, wie die Gewaltenteilung und die Zivilgesellschaftsbildung ist gegeben. Es wird argumentiert, dass die informelle politische Kontrolle über das Polizei- und Gerichtssystem sowie Korruption im Zusammenhang mit der Abwesenheit einer Steuerung der schwachen Zivilgesellschaft die Haupthindernisse für die Stabilität der Demokratisierungsprozesse in der Ukraine sind. Es wird beobachtet, dass die formalen Reformen der demokratischen Institutionen fast keine Auswirkungen auf die Stabilisierung der Demokratie in der Ukraine hatten und wahrscheinlich haben werden, bis die reale, nicht nur formelle Trennung der Macht und die Stärkung der Zivilgesellschaft stattfindet. Die politische Situation in der Ukraine kann als transparentes Beispiel für die Beobachtung werden, dass die reine *electoral*-Demokratie an sich, auch unter Zwang der völlig freien und ehrlichen Wahlen, nicht die Nachhaltigkeit des demokratischen Prozesses unterstützen kann.

Abstract - English

In this work an overview of the democratization processes in Ukraine is given with a particular attention to the period from the end of Kuchma's presidency till December 2013. The main emphasize was given to the two major factors, which define the directions of democratic development in Ukraine. First factor is an external political and economic influence of "West" and "East" (EU and Russia) together with consequent formation of "two-vector" internal political policy and agenda attached to it. Second factor is interrelation and struggle of economical and political elites in Ukraine, which have special features of territorial division, their different social roots in Soviet era, and high level of corruption as consequences of spontaneous and wild privatization of state property in time of Kuchma's presidency.

In this work an attempt to reveal close relations between these two factors is made. It is described, in particular, how the manipulations with "two-vector" course is used in the political struggle between elites for promoting their short term interests. It is argued that both considering factors, which involve the competition of opposite tendencies, produce a major contribution in destabilization of the Ukrainian democratization process. It leads to the periodical movement from dysfunctional democracy toward authoritarian regime of "blackmail state" and backward. In addition, the short term interests of the oligarchy clans, including those who are currently in political power, have lead for the current civil unrest and put the Ukrainian economy on the verge of bankruptcy.

The discussion concerning the influence of corrupted elites and external players on the development of the democratic institutions, such as Separation of Powers and formation of civil society is also given. The informal political control over the police and court system as well as corruption together with absence of a control from weak civil society are argued to be of the key obstacles for the stability of the democratization processes in Ukraine. It is observed that the formal reforms of the democratic institutions have had and potentially will have almost no effects on the stabilization of democracy in Ukraine unless the real, not just formal separation of the powers and strengthening of civil society will take place. The political situation in Ukraine may be considered as a transparent example of the observation that the *electoral* democracy itself, even under constraint of fully free and honest elections, cannot support a sustainability of the democratic process.

Lebenslauf

Name	Natalia Sarapkina
E-Mail	natalia.sarapkina@gmail.com
Staatsbürgerschaft	Ukraine

Ausbildung

März 2008 – März 2014	Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
September 1995 – Mai 2000	Allgemeine Mittelschule Nr. 81 in Dnipropetrovsk, Ukraine.
September 1990 – Mai 1995	Allgemeine Mittelschule Nr. 38 in Dnipropetrovsk, Ukraine